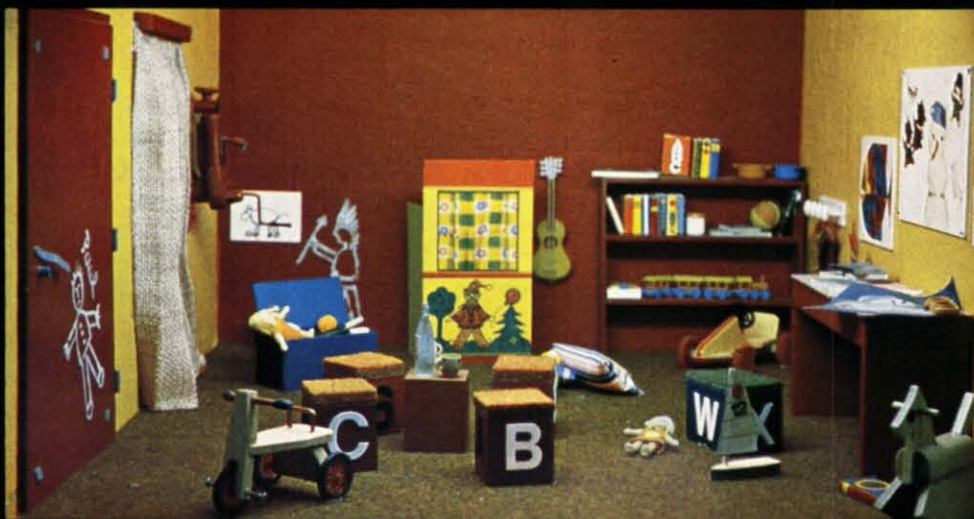




MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

2'74 FEBRUAR



**Beispiele
friedensmäßiger
Schutzraum-
nutzung**



Neue 300-bar-Technik für den Atemschutz in der Industrie. Dräger setzt Maßstäbe.

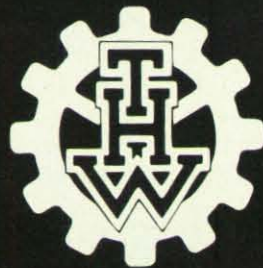
Mit einer neuen Preßluftatmer-Generation: dem PA 54 I/1800. Vereinfachte Funktion, nur eine Flasche — 300 bar Fülldruck — mit 6 Liter Rauminhalt, 1800 Liter Luftvorrat, geringeres Gewicht (nur ca. 14 kg), verbesserte Trageweise und unkomplizierte Wartung sind entscheidende Pluspunkte.

Die Industrie hat die Vorzüge der 300-bar-Technik erkannt: den PA 54 I/1800 von DRÄGER; zugelassen für den Einsatz bei Feuerwehren und im Bergbau über Tage.



**DRÄGERWERK AG
LÜBECK**

MAGAZIN 2'74



Aus dem Inhalt

Seite 5:

„Zielgruppe: Architekten“ — Der BVS präsentiert auf der Constructa '74 den Schutzraumbau.

Seite 9:

„Planung von Atemschutzgerätekraftwerken“ — Materialerhaltung im einheitlichen Katastrophenschutz.

Seite 13:

„Menschlichkeit im Kriege“ — Vor der Genfer Konferenz über die Ergänzung der Rotkreuz-Abkommen von 1949.

Seite 15:

„Bedienung sitzt im Fahrerhaus“ — Vergleichsversuche zweier Fahrzeugkonzeptionen.

Seite 17:

„Katastrophenschutz — auch für Tiere?“ — Besonnenes Handeln ist Voraussetzung für jede Hilfeleistung.

Seite 21:

„Stürmische Tage in Hamburg“ — Ein Heer von Helfern ist auf der Hut.

Seite 23:

„23 Jungen im Rauch erstickt“ — Feuer in einem belgischen Internat.

Seite 24:

„Wie steht es mit der Stromversorgung?“ — Ein Überblick über die verschiedenen Energieträger; 2. Teil.

Seite 30:

Lehrgangszeitplan 1974 der Katastrophenschutzschule des Bundes.

Seite 32:

Leserbriefe — Lesermeinung

Seite 64:

„Prüfmolch kriecht durch die Leitung“ — Lehren aus der Ölkatastrophe von Ochtrup.

Impressum

Herausgegeben im Auftrage des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz 5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-Magazin“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder
Alfred Kirchner
Werner Koller
Dr. Werner Schiefel

Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Grafik und Layout:

Wolfgang Wilczek — Reinhold Budde
im Mönch-Verlag Bonn

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Verlag P. A. Santz,
599 Altena, Postfach 137
Tel.: (0 23 52) 28 21, Telex: 08 229 311

Anzeigenverwaltung:

BAUVERLAG GMBH — ZS 55.1
62 Wiesbaden 1, Postfach
Wittelsbacherstraße 10
Tel. (0 61 21) 7 49 51
Telex: 04 186 792

Anzeigenleiter: Manfred W. Kleinfeld
Anzeigen-Preisliste Nr. 2 — gültig
ab 1. 7. 1973

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit


Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.

Abonnement vierteljährlich DM 8,40, jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten.

Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

 Tatsächlich verbreitete Auflage: 106.100 Exemplare IVW-geprüft.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.



UMSCHAU

Innenausschuß fordert mehr Geld für ZV

Der Innenausschuß des Deutschen Bundestages hat dem Haushaltsausschuß vorgeschlagen, die Mittel für Zivilverteidigung im Jahr 1974 um 41,15 Millionen DM zu erhöhen und bisher gesperrte Personalstellen freizugeben. Die Mitglieder des Innenausschusses stellten dazu einmütig fest, daß der von Bundestag und Bundesregierung geforderte schwerpunktmäßige Ausbau des Katastrophenschutzes und des Rettungswesens diese Erhöhung notwendig mache. Zugleich wurde in einer Stellungnahme betont, die veranschlagte Steigerung des Zivilverteidigungshaushaltes von 548,3 Millionen DM im Jahre 1973 auf 571,1 Millionen entspreche einem Zuwachs von nur 3,5 Prozent, während der Bundeshaushalt 1974 insgesamt um 10,5 Prozent wächst.

In diesem Zusammenhang ist auch die Feststellung interessant, daß bei Einzelmaßnahmen der zivilen Verteidigung bereits erhebliche finanzielle Engpässe entstanden sind. So faßte die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes für den Selbstschutz eine Entschließung, den Bundesminister des Innern zu bitten, zusätzliche Mittel für den Bau privater Schutzräume bereitzustellen. Durch die gezielte und überaus erfolgreiche Ansprache der Bauinteressenten seien die vorgesehenen Gelder auf längere Sicht restlos verplant, und zahlreiche Bauherren könnten zur Zeit keine Zuschüsse nach den geltenden Richtlinien erhalten. Von 1,6 Millionen DM im Jahre 1971 ist der Haushaltsansatz auf 5 Millionen DM im vergangenen Jahr zwar gestiegen; um jedoch allen Anträgen entsprechen zu können, wäre etwa der dreifache Betrag nötig. Auch die Förderung des Baus von Schutzanlagen im Bereich des unterirdischen fließenden Verkehrs (U-Bahnen) sei mit 15

Millionen DM finanziell so beengt, daß etwa 3 bis 4 Objekte jährlich bezuschußt werden könnten, während etwa 35 Anträge abgelehnt werden mußten.

Einheitlicher Rettungsdienst notwendig

Die Forderung der gewerblichen Berufsgenossenschaften nach einem modernen und einheitlichen Rettungsdienst unterstrich auf einer Vertreterversammlung Prof. Dr. Contzen, ärztlicher Direktor der Unfallklinik Frankfurt. Er forderte ein lückenloses Unfallmeldesystem durch münzfreien Notruf mit einer für ganz Europa einheitlichen Notrufnummer, den organisierten Rettungsdienst mit besonders geschulten und nach festem Lehrplan ausgebildeten Rettungssanitätern, den Einsatz von Rettungsfahrzeugen, die einheitlich ausgerüstet sind, und die Schaffung von Unfall- und Reanimationsabteilungen in den Krankenhäusern. Darüber hinaus betonte Prof. Contzen, daß die gesamte Bevölkerung über lebensrettende Sofortmaßnahmen unterrichtet und ausgebildet werden müsse.

W. Hanke trat in den Ruhestand



Walter Hanke, zuletzt Leiter der Fachabteilung in der Bundeshauptstelle des Bundesverbandes für den Selbstschutz, ist am 31. Dezember 1973 in den Ruhestand getreten. Kurz vor seinem Ausscheiden hatte er in Anerkennung seiner Verdienste von BSV-Präsident Oberstadtdirektor Heinz-Robert Kuhn die Ehrennadel des Verbandes erhalten. Hanke wurde am 25. September 1908 in Görlitz/Schlesien geboren. Als Ostvertriebener ließ er sich nach dem 2. Weltkrieg in Oldenburg nieder. Dort kam er 1954 mit dem damaligen Bundesluftschutzverband in Berührung.

Hanke hat dann im Laufe der Jahre alle Stufen des Verbandes durchwandert. Er begann als ehrenamtlicher Helfer und erwarb die Lehrbefähigung als Selbstschutzlehrer. 1956 wurde er als Fachbearbeiter für Ausbildung hauptamtlicher Mitarbeiter an der BLSV-Ortsstelle Oldenburg. In jener Zeit gab es für ihn häufig Einsätze als Leiter von fahrbaren Schulen und bei Lehrveranstaltungen der Landesschule Niedersachsen. Anfang 1960 wurde Hanke als Fachdienstleiter eines regionalen Aufstellungsstabes für den überörtlichen Luftschutzhilfsdienst in den Dienst des Verwaltungspräsidenten von Oldenburg übernommen. 1962 wurde ihm die Leitung der Landesstelle Niedersachsen des BLSV übertragen. Im Oktober 1964 kam er zur Bundeshauptstelle nach Köln. Hier leitete er drei Jahre lang das Organisationsreferat. 1967 übernahm er die Leitung der Fachabteilung.

Seine Kollegen, die ihn schätzten und achteten, erinnern sich gern an die väterliche, freundliche Art, in der er anderen Menschen stets gegenübertrat.

Orkan über Westeuropa

Mindestens 46 Menschen sind Ende Januar bei heftigen Stürmen über West- und Mitteleuropa getötet worden. Allein in der Bundesrepublik starben vier Personen. In West- und Süddeutschland verursachte das Unwetter größere Sachschäden. Zahlreiche Häuser wurden abgedeckt, entwurzelte Bäume behinderten den Verkehr. Erhebliche Schäden entstanden an Balkons und parkenden Fahrzeugen, auf die Äste und Baumstämme gefallen waren. In München hielten abgedeckte Dächer, zertrümmerte Schaufensterscheiben und auf die Oberleitungen der Straßenbahn gefallene Äste Feuerwehr und Technisches Hilfswerk in Atem. In Düsseldorf wurde ein ganzer Wohnblock abgedeckt, und auf dem Münchener Flughafen Riem wirbelte der Sturm drei Sportmaschinen durch die Luft. Bei hohem Wellengang kenterte auf dem Rhein ein mit Kies beladenes Schiff aus Holland.

Der neue Seenothubschrauber der Bundesmarine mit dem Namen „Seaking“ wurde während des schweren Orkans im Ärmelkanal erstmals erfolgreich eingesetzt: In deutsch-britischer Zusammenarbeit konnten zwei dänische Seeleute, deren Küstenmotorschiff unter-



Düsseldorf nach dem Sturm: Ganze Wohnblocks wurden abgedeckt.

gegangen war, gerettet werden. Vier weitere Besatzungsmitglieder wurden tot aus der See geborgen.

Die deutschen Hubschrauberbesatzungen werden zur Zeit in Südwestengland auf „Seaking“ umgeschult. Noch in diesem Jahr soll ein Großteil der neuen Hubschrauber den Seenotrettungsdienst aufnehmen.

Notverbundplanung der Wasserwerke am Rhein

Eine Planstudie über die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in technischer und finanzieller Hinsicht innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen weist auf die Möglichkeit eines Notverbundes zwischen rheinabhängigen und rheinunabhängigen Wasserwerken hin.

Der Rhein stellt einen der wichtigsten Wasserspender für die Trinkwassergewinnung in Nordrhein-Westfalen dar. Etwa 3,5 Mio. Menschen werden hier von Wasserwerken versorgt, die mehr oder weniger auf die Förderung von Rheinuferfiltrat, d. h. von aus dem Strom in den Untergrund versickerndem Flußwasser, angewiesen sind. Als Folge der hohen Belastung des Rheins mit Abwasser und giftigen Stoffen tritt eine laufende Verschlechterung im Gütezustand des von den Wasserwerken geförderten Wassers ein. Bei weiter steigender Rheinverschmutzung ist die Trinkwasserversorgung aus rheinabhängigen Wasservorkommen ernsthaft in Frage gestellt. Darüber hinaus ist auch der Gefahr eines Aus-

falls der Wassergewinnungsanlagen als Folge von stoßartigen Verschmutzungen und Vergiftungen des Rheinwassers bei Unfällen — z. B. Schiffshavarien — Rechnung zu tragen.

Die erwähnte Studie ist auf Veranlassung des NRW-Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Rhein-Wasserwerke e. V. entstanden. Sie kommt zu dem Schluß, daß sich eine „eingeschränkte Versorgung“ — d. h. eine Deckung des durchschnittlichen Trinkwasserbedarfes unter Verzicht auf Spitzenbedarfsdeckung und Hinnahme von zumutbaren Einschränkungen — zumindest zeitweise unabhängig von der Trinkwasserversorgung aus dem Rhein erzielen läßt. Ein Nahverbund könnte etwa vorhandene Reservekapazitäten benachbarter Werke ausschöpfen; ein Fernverbund würde künftig zu errichtende zusätzliche Reservoirs sowie Trinkwasser aus dem Niederschlagsgebiet der Ruhr einbeziehen.

Krankenzüge für erweiterten Katastrophenschutz

27 Krankenzüge hat der Bund 1973 als Ausstattung des erweiterten Katastrophenschutzes nach Bayern geliefert. Sie können von den Sanitätsorganisationen (Arbeiter-Samariter-Bund, Bayerisches Rotes Kreuz, Malteser-Hilfsdienst, Johanniter-Unfall-Hilfe) im Rahmen der geltenden Bestimmungen auch für den täglichen Dienst wie Krankentransport und Unfallrettungsdienst verwendet werden. Bereits 1972, noch rechtzeitig zu den Olympischen Spielen, wurden 6 Krankenzüge für die Sanitätszüge in der Landeshauptstadt München ausgeliefert. Bei diesen Fahrzeugen handelt es sich um handelsübliche Krankentransportfahrzeuge (KTW), in denen bis zu vier liegende Kranke gleichzeitig transportiert werden können. Folgende Variationen sind möglich:

- a) zwei liegende und drei sitzende Verletzte plus Fahrer, Beifahrer und Transportbegleiter;
- b) vier liegende und ein sitzender Verletzter plus Fahrer, Beifahrer und Transportbegleiter.

Mit diesen Auslieferungen wurden dem Freistaat Bayern Krankenzüge im Werte von 1 Mio. DM zur Verfügung gestellt.



Ein kompletter ABC-Zug wurde STAN-gerecht Repräsentanten der Feuerwehren vorgeführt und fachmännisch begutachtet. Von rechts nach links: Benno Ladwig, Generalsekretär des Deutschen Feuerwehr-Verbandes, Albert Bürger, Präsident des DFV, Kreisbrandmeister Kurt Hog und BzB-Präsident Dr. Paul Wilhelm Kolb.

Notleitungen mit der DDR

Die ersten vier von insgesamt 14 Telefonverbindungen für den Informationsaustausch in dringenden Schadensfällen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sind in Betrieb genommen worden. Es handelt sich um die Fernsprech-Standleitungen der Grenzübergangsstellen Lübeck-Schlutup/Selmsdorf, Herleshausen/Wartha, Uelzen/Salzwedel und Coburg/Eisfeld. Und so lief der erste „innerdeutsche Dialog“ zwischen Herleshausen und Wartha ab: „Hier ist der Dienststellenleiter des Informationspunktes 9 der Bundesrepublik Deutschland.“ Die Gegenseite: „Hier ist der Kommandant des Informationspunktes 9 der DDR. Ich verstehe Sie mit Lautstärke 5.“ Die Telefonverbindungen sind in der am 20. 9. 1973 in Bonn unterzeichneten Vereinbarung beider Seiten über Grundsätze zur Schadensbekämpfung an der Grenze vorgesehen. Sie sollen zum gegenseitigen Informationsaustausch benutzt werden, wenn durch sofortige Maßnahmen Schäden auf dem Gebiet des anderen Staates verhindert werden können.

BVS-Helfervertreter

Bei der Landesstelle Hessen des Bundesverbandes für den Selbstschutz wurden am 5. Januar 1974 folgende Helfervertreter und Stellvertreter gewählt:

- Helfervertreter: Otto Walden, Dienststelle Wetzlar;
- 1. Stellvertreter: Werner Holste, Dienststelle Wiesbaden;
- 2. Stellvertreter: Dr. Rudolf Jung, Dienststelle Frankfurt.

Die Bundesschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz führt im März und April folgende Veranstaltungen durch:

Nr.	Veranstaltung	in der Zeit		Meldung bei	
		vom	bis	Dienststelle	Landesstelle
22	BVS-Fachlehrgang Bergung (findet an der BVS-Schule Niedersachsen in Voldagsen statt)	5. 3.	8. 3.	umgehend	umgehend
23	BVS-Fachlehrgang Weiterführende BVS- u. Se-Ausbildung	5. 3.	8. 3.	umgehend	umgehend
23 a	Informationsseminar	5. 3.	8. 3.	Einladung erfolgt durch die Bundesschule	
24	Arbeitsseminar Brandschutzgruppe (findet an der BVS-Schule Niedersachsen in Voldagsen statt)	5. 3.	8. 3.	umgehend	umgehend
25	BVS-Fachlehrgang Brandschutz (findet an der BVS-Schule Niedersachsen in Voldagsen statt)	12. 3.	15. 3.	umgehend	umgehend
26	Arbeitsseminar Zivile Verteidigung	12. 3.	15. 3.	umgehend	umgehend
27	Informationsseminar	12. 3.	15. 3.	Einladung erfolgt durch die Bundesschule	
28	BVS-Fachlehrgang BVS-Redner	19. 3.	22. 3.	umgehend	umgehend
29	BVS-Fachlehrgang ABC-Schutz Teil I	19. 3.	22. 3.	umgehend	umgehend
30	BVS-Fortbildungslehrgang BVS-Redner	26. 3.	29. 3.	umgehend	18. 2. 74
31	BVS-Fortbildungslehrgang BVS-Fachlehrer	26. 3.	29. 3.	umgehend	18. 2. 74
32	Arbeitsseminar Brandschutzgruppe (findet an der BVS-Schule Niedersachsen in Voldagsen statt)	26. 3.	29. 3.	umgehend	18. 2. 74
33	Informationsseminar			Einladung erfolgt durch die Bundesschule	
34	BVS-Fachlehrgang ABC-Schutz Teil II	2. 4.	5. 4.	18. 2. 74	25. 2. 74
35	BVS-Fachlehrgang Bergung (findet an der BVS-Schule Niedersachsen in Voldagsen statt)	2. 4.	5. 4.	18. 2. 74	25. 2. 74
36	BVS-Fachlehrgang Brandschutz (findet an der BVS-Schule Niedersachsen in Voldagsen statt)	2. 4.	5. 4.	18. 2. 74	25. 2. 74
37	Arbeitsseminar BVS-Redner	2. 4.	5. 4.	18. 2. 74	25. 2. 74
37a	BVS-Fachlehrgang Allgemeine Staats- und Verwaltungskunde	2. 4.	5. 4.	18. 2. 74	25. 2. 74
38	Informationsseminar	9. 4.	11. 4.	Einladung erfolgt durch die Bundesschule	
39	Informationsseminar	17. 4.	19. 4.	Einladung erfolgt durch die Bundesschule	
40	BVS-Fachlehrgang Brandschutz (findet an der BVS-Schule Rheinland-Pfalz in Birkenfeld statt)	23. 4.	26. 4.	1. 3. 74	10. 3. 74
41	BVS-Fachlehrgang BVS-Redner	23. 4.	26. 4.	1. 3. 74	10. 3. 74
42	Arbeitsseminar Bergungsgruppe (findet an der BVS-Schule Niedersachsen in Voldagsen statt)	23. 4.	26. 4.	1. 3. 74	10. 3. 74
43	Informationsseminar	23. 4.	26. 4.	Einladung erfolgt durch die Bundesschule	

Helmut Freutel/Fotos: Günter Sers

Zielgruppe: Architekten

Der BVS präsentierte auf der Constructa '74 den Schutzraumbau

In dem Bemühen, in der Bundesrepublik Schutzräume in ausreichender Zahl bereitzustellen, geht es nur mühsam voran. Zuviel ist in den Jahren des Wiederaufbaus hier versäumt worden, zu leichtfertig drängten Bauherren und Behörden dieses Gebiet immer wieder in den Hintergrund, zu schwer wog stets die finanzielle Belastung.

Doch so wie die weltpolitische Situation unseren Staat dazu zwingt, Verteidigungsanstrengungen in erheblichem Ausmaß zu unternehmen, so wichtig ist es, Vorsorgemaßnahmen aller Art zum Schutze der Zivilbevölkerung zu treffen. Dazu gehört auch die Errichtung von Schutzräumen.

Eine gute Gelegenheit, dieses einem berufenen Kreis von Fachleuten wie auch potentiellen Bauherren vor Augen zu führen, war die Internationale Bau- und Fachausstellung „Constructa '74“, die in der Zeit vom 2. bis 10. Februar in Hannover stattfand.

Die Constructa ist der anerkannte internationale Schrittmacher auf dem Bausektor. Sie ist der Treffpunkt für Architekten, Bauingenieure und Bau-Fachleute aus Industrie, Handel, Wohnungswirtschaft, Handwerk und Kommunen. Das komprimierte Angebot dieser Ausstellung wird von der Fachwelt als eigentlicher Puls-schlag des Bauwesens angesehen. Aktuelles, Zukünftiges und Tendenzen des Bauens werden hier eingehend behandelt. Auf Tagungen setzen sich prominente Fachleute mit den Problemen des Bauens auseinander.

Alles dies waren Gründe für den Bundesverband für den Selbstschutz (BVS), ebenfalls auf dieser Ausstellung vertreten zu sein, um seinem gesetzlichen Auftrag, Zivilschutz-aufklärung zu betreiben, nachzukommen.

Wie für jeden Aussteller erhob sich auch für das Referat Öffentlichkeitsarbeit des BVS bei der Planung des Standes die Frage, wie man das, was man anzubieten hat, dem Besucher präsentiert. In unserer an optischen und akustischen Reizen gewiß nicht



Internationaler Treffpunkt für Architekten, Bauingenieure und Baufachleute war auch in diesem Jahr die Constructa in Hannover.



Für den Bundesverband für den Selbstschutz war die Constructa '74 eine gute Gelegenheit, einem berufenen Kreis von Fachleuten das Thema Schutzraumbau näherzubringen.

armen Zeit ist dies bei einer so „schwerverkaufbaren Ware“, wie es der Schutzraumbau ist, gewiß ein Problem.

Da es heute weniger um das Warum des Schutzraumbaus oder um den Nachweis seiner Zweckmäßigkeit geht, — ein Gebiet, das man insbesondere in Fachkreisen als abgeschlossen betrachten kann — mußten andere Anreize gefunden werden, mit denen man die Baumüdigkeit auf diesem Sektor und den Hang zum Baukosten-sparen überwinden konnte.

Hier boten sich vier handkräftige Argumente an:

- Die finanzielle und technische Unterstützung des Schutzraumbaus durch den Staat.
- Das gute Beispiel des Staates bei der Errichtung von Schutzräumen in Neubauten des Bundes.
- Die beträchtlichen Investitionen, die gemacht werden, wenn Tiefgaragen und U-Bahnhöfe über ihren friedensmäßigen Zweck hinaus zu Schutzobjekten ausgebaut werden.
- Die weitgehend immer noch unbekannte Möglichkeit der friedensmäßigen Nutzung von Hausschutzräumen.

In Zusammenarbeit mit dem Referat Bau und Technik wurde für den Ausstellungsstand eine Konzeption gefunden, die sowohl den spezifischen Interessen von Architekten und Bauingenieuren als auch dem Informationsbedürfnis potentieller Bauherren entsprach. Als Hauptzielgruppe wurden die Architekten angesehen. Ihnen mußte klargemacht werden, daß es beim Schutzraumbau keine technischen Probleme mehr gibt, weder im Hinblick auf Bemessung und Konstruktion noch in Bezug auf Abschlüsse, Lüftung und elektrische Anlagen.

Motivation zum Handeln schaffen

Der Gedanke, beim Entwurf eines Neubaus einen Schutzraum einzuplanen, entspricht kaum einem spontanen Impuls. Dem Gedanken muß gewöhnlich ein Aneignungsprozeß vorausgehen, währenddem der planende Architekt Einsicht in die Bedeutung, Nützlichkeit und vielfache Verwendbarkeit erhält. Dies wirkt sich dann positiv auf seine Einstellung und damit auf seine Motivation aus. Denn



Das Ziel, ausreichend Schutzräume verschiedener Typen für die Zivilbevölkerung zu schaffen, wurde anhand dieses großen Stadtmodells anschaulich dargestellt.



Kern der Ausstellung des BVS war das Modell eines Schutzraumes im Maßstab 1:1, an dem technische Lösungen der Schutzprobleme demonstriert wurden.

erst die Motivation initiiert menschliches Verhalten. Da eine gesetzliche Pflicht, Schutzräume zu errichten, nicht besteht, ihr Bau immer noch der Eigeninitiative von Planern und Bauherren überlassen bleibt, hat der BVS es sich zur

Aufgabe gemacht, jetzt auch mit Hilfe der neuen Ausstellung eine individuelle innere Bereitschaft zum Schutzraumbau zu mobilisieren. Dazu gehört, aus einer unlustbetonten Situation das Motiv zum Bau von Schutzräumen zu erwecken.



Ein echter Blickfang waren sechs Modelle im Maßstab 1:10, die eine sinnvolle friedensmäßige Nutzung von Schutzräumen aufzeigten und damit bewiesen, daß ein Schutzraum kein toter Raum sein muß.

Zielsetzung plausibel dargestellt

Der Bundesverband für den Selbstschutz zeigte auf der Constructa, daß in dem Bemühen um die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Schutzräumen Staat und Bevölkerung in gleicher Weise mitwirken müssen und können.

An einem großen Stadtmodell wurde in anschaulicher, aber auch überzeugender Art dargestellt, wie es bei gutem Willen und einer vom Gedanken der Vorsorge beherrschten Planung aussehen könnte: Unterschiedliche Typen privater und öffentlicher Schutzbauten, wie Hausschutzräume, Schutzräume in Schulen und öffentlichen Gebäuden sowie Mehrzweckanlagen, ergeben in ihrer Gesamtheit den sich in diesem Stadtgebiet aufhaltenden Bürgern im Ernstfall ein Höchstmaß an Zuflucht und Sicherheit. In dem Modellfall wurden die Schutzräume durch relaisgesteuerte Beleuchtungseffekte hervorgehoben und auf einer darüber-



Das naturgetreue Modell verfügt über alle Konstruktionsmerkmale und die gesamte technische Einrichtung und Ausstattung eines Hausschutzraumes für 25 Personen.



Den Besuchern des BVS-Standes wurde gezeigt, daß die technische Seite des Schutzraumbaus bis in alle Einzelheiten, auch hinsichtlich der Ausstattung — hier die klappbaren Liegen —, gelöst ist.



Während der Dauer der Ausstellung standen sachverständige Berater — auf unserem Bild der Referent für Bau und Technik beim BVS, Dipl.-Ing. F. Neckermann (links) — zur Beantwortung von Fragen bereit.



Über die technische Information hinaus erhielten viele Besucher auch Antworten auf Fragen über mögliche Zuschüsse und steuerliche Abschreibungen beim Bau von Hausschutzräumen.

montierten Informationstafel analog dem jeweiligen Typ erläutert. Kern der Ausstellung war das Modell eines Schutzraumes im Maßstab 1:1. An ihm wurde aufgezeigt, daß die technische Seite des Schutzraumbaus bis in alle Einzelheiten gelöst ist und für die Architekten bei der Planung so gut wie keine komplizierte Mehrarbeit entsteht. Dieses naturgetreue Modell eines Hausschutzraumes für 25 Personen in Originalgröße — zur besseren Betrachtung aufgeschnitten,



Eine weitere Möglichkeit der Beratung fanden die Besucher im großen Informationszentrum der Hannover-Messe, wo der Bundesverband für den Selbstschutz eine Box ständig besetzt hielt.

daß auch die Stärke der Umfassungsbauteile und die Bewehrung erkennbar waren —, mit sämtlichen Konstruktionsmerkmalen und der gesamten technischen Einrichtung und Ausstattung war der eigentliche Schwerpunkt der Ausstellung. Damit wurde auch verdeutlicht, daß Schutzräume den „Bautechnischen Grundsätzen für Hausschutzräume des Grundschutzes“ entsprechen müssen, wenn man in den Genuß des staatlichen Zuschusses kommen will.

Das Argument, daß Schutzräume eigentlich tote Räume seien, wurde durch sechs Modelle im Maßstab 1:10 entkräftet, die eine sinnvolle Nutzung dieser Schutzanlagen in Friedenszeiten augenfällig demonstrierten. Sie zeigten die Schutzräume einschließlich der technischen Einrichtungen als Hobbyraum, Trimm-Dich-Raum, Kinderspielzimmer, Hausbar, Musikstudio und Abstellraum. (Die beiden Umschlagseiten dieser Ausgabe des ZS-MAGAZIN geben diese Modelle im Bilde wieder.) Mit Akribie hat der Erbauer die Modelle bis in alle Einzelheiten durchgebildet. Der Schutzraum ist kaum noch zu erkennen, der friedensmäßige Nutzeffekt glaubbar veranschaulicht.

Flankierende Maßnahmen

Die starke optische Aussagekraft des Standes regte zweifellos die Besucher zu Fragen an. Zur Beantwortung dieser Fragen und zur Verbreitung ergänzender Sachinformation standen seitens des BVS sachverständige Berater — als Architekten und Bauingenieure fachkundig und schutzbauerfahren — bereit, die über die technische Information hinaus auch Auskunft geben konnten über Zuschußbestimmungen, Abschreibungsregelungen und Einzelprobleme. Als flankierende Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit dienten spezielle Pressemappen mit vorbereiteten Texten und Bildern für das Pressezentrum und zur Information der Journalisten sowie die Verbreitung der Schutzbaufibel, die neben den technischen Richtlinien mit Erläuterungen ausführliche Hinweise auf staatliche Zuschüsse und steuerliche Abschreibungen gibt. Eine täglich sich wiederholende Anzeige im „Constructa '74-Journal“ verwies auf den Stand des BVS. Es fehlte auch nicht der ständige Hinweis, daß der Bundesverband für den Selbstschutz, der neben seiner Bundeshauptstelle in Köln und zehn Landesstellen in den Bundesländern ca. 400 Dienststellen unterhält, allen Interessenten mit Auskunft, Beratung und Hilfe in technischen Fragen zur Verfügung steht.

Die Ausstellung des BVS, für die Constructa '74 konzipiert und geschaffen, wird in Zukunft in dieser Form auch auf anderen Veranstaltungen zu sehen sein, immer daran erinnernd, daß es die Schutzräume sind, in denen die Bevölkerung eine Chance hat, bewaffnete Auseinandersetzungen zu überleben.

Planung von Atemschutzgerätekwerkstätten

Materialerhaltung im einheitlichen Katastrophenschutz

Zu den Grundvoraussetzungen für das reibungslose Funktionieren des einheitlichen Instrumentes des Katastrophenschutzes für den Einsatz im Frieden wie im Verteidigungsfall gehört eine aufeinander abgestimmte und möglichst vereinheitlichte Ausstattung. Es gibt zwei gesetzliche Zuständigkeiten für den Katastrophenschutz. Während im friedensmäßigen KatS die Länder (einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände) weisungsbefugt sind und die Kosten tragen, ist der Bund zuständig für den Verteidigungsfall und die aus der Vorsorge für diesen Zweck entstehenden Kosten.

Der Gesetzgeber hat auf Grund der engen Verzahnung mit Recht in § 5 Abs. 2 des KatSG den Grundsatz der Vereinheitlichung der friedensmäßigen und der zusätzlichen Ausstattung besonders hervorgehoben, der nicht nur für den Einsatz, sondern auch in Bezug auf die Wartung und Instandsetzung der Ausstattung besondere Bedeutung hat. Wenn auch aus Kostengründen eine Verwirklichung der Abstimmungs- und Vereinheitlichungstendenzen nur über längere Zeiträume realisiert werden kann, so müssen jedoch bereits jetzt alle

Möglichkeiten genutzt werden, bei Neuplanungen diesem gemeinsamen Anliegen näherzukommen. Auf dem Gebiet der Materialerhaltung bietet sich u. a. an, eine sachgerechte Aufgabenteilung vorzunehmen und Instandsetzungseinrichtungen gemeinsam zu nutzen. Schwierigere Instandhaltungsaufgaben, die kostspielige technische Einrichtungen, Meß- und Prüfgeräte und den Einsatz qualifizierten Fachpersonals erfordern, sollten so ausgelegt werden, daß die friedensmäßige wie die bundeseigene Ausstattung betreut werden kann. Bei der Planung der entsprechenden Werkstätten müssen daher die räumlichen Betreuungsbereiche sowie Anzahl und Art der zu bearbeitenden Geräte sorgfältig geprüft und zwischen den verschiedenen Trägern des Katastrophenschutzes (KatS) abgestimmt werden. Die von den Ländern auf Kosten des Bundes betriebenen KatS-Zentralwerkstätten sollen künftig nach entsprechender Erweiterung ihrer Kapazität auch für die Instandsetzung und Prüfung der friedensmäßigen Ausstattung in Anspruch genommen werden können. Die Zentralwerkstätten umfassen drei Werkstatt-Teile:

● Kraftfahrzeug- und Geräte-werkstatt

● Fernmeldegerätekwerkstatt

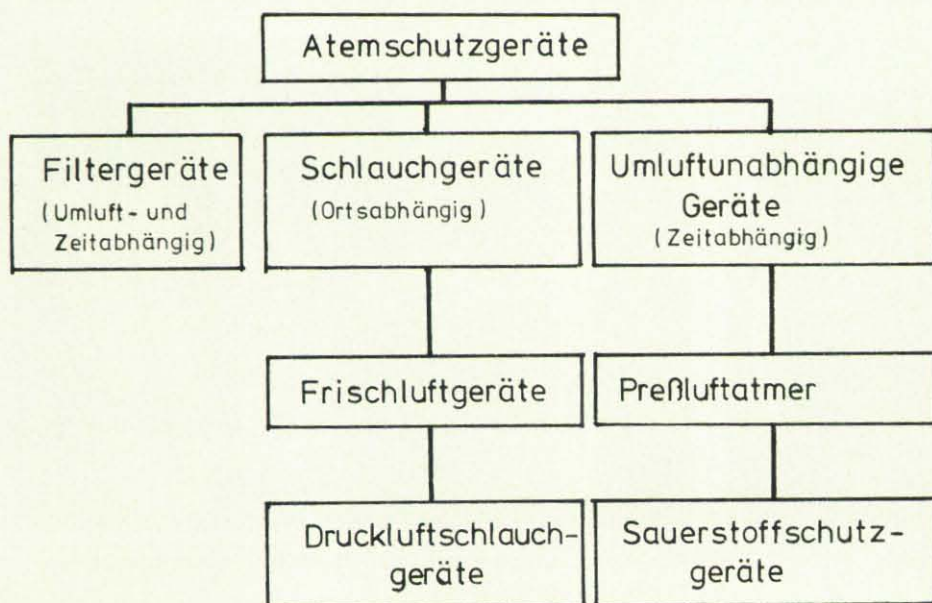
● Atemschutzgerätekwerkstatt

Die Planung von Atemschutzgerätekwerkstätten soll Gegenstand dieser Abhandlung sein. Dabei wird sowohl auf die Voraussetzungen für die Grundlagenermittlung als auch auf bauliche und technische Einrichtungen wie den Betrieb dieser Werkstatt eingegangen.

Systematik der Atemschutzgeräte

Bei dem hier angesprochenen fachkundigen Leserkreis dürfte es sich erübrigen, auf die Gefahren näher einzugehen, die den Helfern bei Rettungs- und Bergungseinsätzen z. B. in sauerstoffarmer Luft oder bei Vorhandensein nichtatembare Gasgemische drohen, und darauf hinzuweisen, welche Hilfe den Geräteträgern und den Geretteten durch den Einsatz von Atemschutzgeräten, von Sauerstoffbehandlungsgeräten und ähnlichen Ausstattungsgegenständen gewährt wird. Zur Vervollständigung der Darstellung und zum Verständnis der Aufgaben der Werkstätten soll daher die nebenstehende schematische Darstellung „Gliederung der Atemschutzgeräte“ genügen.

Gliederung der Atemschutzgeräte



Größe, Anordnung und Einrichtung der Räume

Zunächst einige Überlegungen zu der Frage der Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit KatS-eigener Atemschutzgerätekwerkstätten: Bisher wurden für den KatS bundesseitig über 11 000 Preßluftatmer, 2160 Sauerstoffbehandlungsgeräte, 154 000 ABC-Schutzmasken sowie eine große Anzahl anderer Beatmungsgeräte beschafft. Diese umfangreichen Bestände an Atemschutzgeräten erfordern eine laufende und außerdem kostenaufwendige Materialerhaltung, wenn sie im

Atemschutzgerätekwerkstatt

Räume:

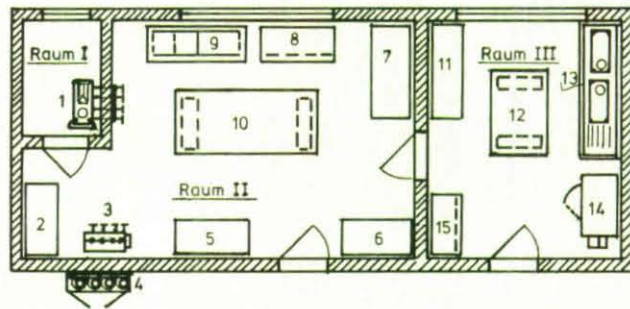
Raum I = Kompressorraum,
Raum II = Montage- und Füllraum für
Preßluft- und Sauerstoffgeräte,
Raum III = Montageraum für
ABC-Schutzmasken.

Einrichtungsgegenstände:

Nr. 1 = Kompressor, Leistung 320 bar,
umschaltbar auf 220 bar. Nr. 2 = Regal
für Sauerstoff-Flaschen. Nr. 3 =
Sauerstoffumfüllpumpe. Nr. 4 =
Sauerstoffstandflaschen (außerhalb
des Raumes). Nr. 5 = Stapelregal
für Preßluft- und Sauerstoffgeräte
(Ausgang). Nr. 6 = Stapelregal für
Preßluft- und Sauerstoffgeräte

Atemschutzgerätekwerkstatt

M = 1:100



(Eingang). Nr. 7 = Regal für Preßluftflaschen. Nr. 8 = Werkbank.
Nr. 9 = Tischwand mit Schrank und Schubfächern. Nr. 10 = Arbeitstisch
für Montage und Prüfung der Preßluft- und Sauerstoffgeräte. Nr. 11 = Schrank
für ABC-Schutzmasken. Nr. 12 = Arbeitstisch für Montage und Prüfung der
ABC-Schutzmasken. Nr. 13 = Waschanlage für die Reinigung der ABC-
Schutzmasken. Nr. 14 = Desinfektionsschrank. Nr. 15 = Werkbank.

Bedarfsfälle einsatzbereit sein
sollen.

Eine Wartung in Werkstätten der
gewerblichen Wirtschaft oder bei
den Herstellerwerken der Geräte
ist — abgesehen von den Kosten —
mit erheblichen Verpackungs- und
Transportschwierigkeiten verbunden.
Die Inanspruchnahme kommunaler
Wartungseinrichtungen am Standort
der Einheiten und Einrichtungen war
bisher nur in ganz wenigen Fällen
möglich. Die Abgrenzung der Material-
erhaltungsstufen für Atemschutzgeräte
zeigt, welche Bedeutung den Atem-
schutzgerätekwerkstätten beigemessen
werden muß. Unter Berücksichtigung
der lebenswichtigen Funktion der
Atemschutzgeräte im Einsatz sind
dem Geräteträger nach der Geräte-
benutzung nur die Arbeiten einer
Grobreinigung des Gerätes und des
Trocknens der Atemmaske über-
tragen worden. Alle anderen
Arbeiten der Materialerhaltung sind
— in Anlehnung an die landes-

rechtlichen Vorschriften — den
Atemschutzgerätekwerkstätten
vorbehalten.

Bei der Werkstattplanung wird
davon ausgegangen, daß die Atem-
schutzgerätekwerkstatt der KatS-
Zentralwerkstatt angegliedert wird.
Diese Lösung bietet sich an, da die
Atemschutzgeräte fast ausschließlich
zur verlasteten Fachdienstausstattung
der KatS-Fahrzeuge gehören. Bei
dem planmäßigen Werkstatt-
durchgang der Fahrzeuge wird neben
dem Fahrzeug auch die verlastete
Fachdienstausstattung geprüft und
gewartet. Hierdurch wird sicher-
gestellt, daß beim Verlassen der
KatS-Zentralwerkstatt Fahrzeug und
Fachdienstausstattung voll einsatz-
fähig sind.

Die obenstehende Grundriß-Skizze
gibt eine Übersicht über die bauliche
Gestaltung und Einrichtung einer
Atemschutzgerätekwerkstatt. Die
Werkräume dieser Werkstatt sollten
im Bereich der KatS-Zentralwerkstatt

so plziert werden, daß eine
Beeinträchtigung durch den Betrieb
der Kfz-Werkstatt ausgeschlossen ist.
Diese Überlegungen ergeben sich
aus der Notwendigkeit, Preßluft-
flaschen mit sauberer Frischluft zu
füllen.

Der aufgezeigten Raumgestaltung
einer Atemschutzgerätekwerkstatt
liegen Erfahrungswerte bereits
bestehender Werkstätten zugrunde.
Als Raumbedarf werden für den
Kompressorraum 5 m², für den
Montage- und Füllraum der Preßluft-
und Sauerstoffgeräte 38 m² und für
den Montageraum für ABC-Schutz-
masken 18 m² bei einer Raumtiefe von
5 m und einer Raumhöhe im Lichten
von 3 m für ausreichend gehalten.
Eine räumliche Trennung des
Kompressors (Druckleistung 320 bar)
von den Montageräumen ist wegen
des Geräuschpegels notwendig.
Armaturen und Füllstutzen müßten
im Montageraum untergebracht
werden. Die Anordnung der Ein-



Teilansicht einer Atemschutzgerätekwerkstatt.

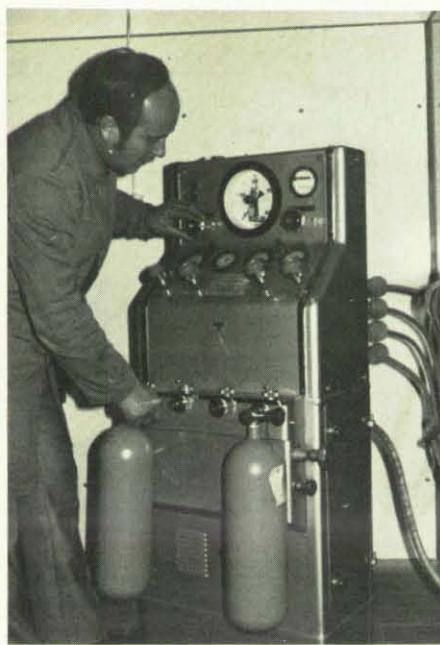


Funktionsprüfung der in der Werkstatt instandgesetzten
Preßluft-Atemgeräte.

richtungsgegenstände im Montage- und Füllraum basiert auf den Erkenntnissen rationeller arbeits-technischer Bewegungsabläufe und der griffnahen Unterbringung von Material und Geräten. Es soll noch darauf hingewiesen werden, daß die Sauerstoffstandflaschen (Vorratsflaschen) aus Gründen der Unfallverhütung außerhalb des Werkraumes untergebracht werden müssen. Eine räumliche Trennung des Montage- und Füllraumes für ABC-Schutzmasken von den übrigen Werkräumen ist wegen der relativ hohen Luftfeuchtigkeit in diesem Raum — bedingt durch das Waschen und Desinfizieren der Masken — unbedingt erforderlich. Umfang und Anordnung der Einrichtungsgegenstände sind ebenfalls auf einen rationellen Arbeitsablauf abgestellt.

Werkraum für Feuerlöcher-Prüfung

Eine Erweiterung des Aufgabebereiches der Atemschutzgerätekwerkstätten ist durch die Wartung und Prüfung der Feuerlöcher gegeben. Zur Ausstattung der KatS-Fahrzeuge gehören derzeit 16 000 Feuerlöcher; weitere 4000 Feuerlöcher befinden sich in den Liegenschaften der Einheiten und Einrichtungen. Bei den auf den Fahrzeugen verlasteten Feuerlöschern ist eine jährliche, bei allen übrigen Feuerlöschern eine zweijährliche Prüfung vorgeschrieben. Für die Wartung und Prüfung der Feuerlöcher ist ein besonderer Werkraum von 18 m² vorgesehen. (Dieser Raum ist in der vorstehenden Grundriß-Skizze nicht enthalten.) Die Einrichtung besteht aus einer Werkbank, zwei Regalen, einer Waage bis



Füllen der Sauerstoff-Flaschen an der Sauerstoffumfüllpumpe.

30 kg, einem Schrank zur Aufbewahrung des Löschpulvers und der Kohlensäureflaschen sowie handelsüblichem Werkzeug. Eine räumliche Abgrenzung zu den Werkräumen der Atemschutzgerätekwerkstatt ist notwendig, da bei den Wartungs- und Prüfarbeiten mit der Freisetzung von Löschpulver gerechnet werden muß.

Prüfanlagen für Druckgasbehälter

Die bei den Atemschutzgeräten verwendeten Druckgasflaschen unterliegen nach der „Verordnung über ortsbewegliche Behälter und über Füllanlagen für Druckgase (Druckgas V)“ besonderen Prüfungen innerhalb vorgeschriebener Fristen. Der im KatS vorhandene Bestand von 57 000 bundeseigenen Druckgas-

flaschen rechtfertigt die Einrichtung von Prüfanlagen für Druckgasbehälter, in denen unter Hinzuziehung eines Sachverständigen die Druckprüfung durchgeführt werden kann. Die Einrichtung von vier Prüfanlagen für Druckgasbehälter im Bundesgebiet dürfte in Anbetracht der derzeitigen Flaschenbestände und bei Berücksichtigung der Betreuungsbereiche als ausreichend zu betrachten sein.

Die Betreuungsbereiche umfassen:

- a) Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Bremen;
- b) Nordrhein-Westfalen;
- c) Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland;
- d) Baden-Württemberg und Bayern.

Die Prüfanlagen werden bestimmten, in zentraler Lage der Betreuungsbereiche liegenden Atemschutzgerätekwerkstätten angegliedert. Der Raumbedarf für eine Prüfanlage beträgt 35 m² zuzüglich eines Lager- raumes von 30 m². Die Einrichtung einer Prüfanlage besteht aus einer Einkolben-Druckpumpe mit einem Betriebsdruck bis max. 600 bar, einem Abdrückbock mit Kontrollmanometer und Absperrventil, drei Köcher- gestellen zur Aufnahme der Flaschen, einer Flaschen-Trockenanlage mit Kalt- und Heißluftanschluß, einer Spezialwaage zur Gewichtskontrolle der Flaschen, einer Werkbank mit Spezialwerkzeugen sowie einem Gerät zum Ausleuchten und Inspizieren der Flaschen-Innenwände. Zwei Prüfanlagen für Druckgasbehälter des KatS wurden inzwischen in Betrieb genommen. Bei der Konzipierung dieser Prüfanlagen und ihrer Verwirklichung hat das Personal dieser Werkstätten überaus große Eigeninitiative entwickelt sowie neue Konstruktionen geplant und ausgeführt. So sind mit Ausnahme der



Überprüfung der Manometer am Druckminderer der Sauerstoffbehandlungsgeräte.



Anschluß der Druckmesserleitung an den überholten Druckminderer.



Reinigen und Trocknen der ABC-Schutzmasken im Montageraum.



Prüfen der ABC-Schutzmaske im Maskendicht- und Ventilprüfgerät.

Einkolben-Druckpumpe, der Manometer und der Waage alle Einrichtungsgegenstände nach ihren Plänen in Eigenanfertigung hergestellt worden. Die bei diesen Anlagen gemachten Erfahrungen bestätigen, daß eine rationelle und wirtschaftliche Arbeitsweise gegeben ist, wenn bei einem Prüfvorgang mindestens 300 Druckgasflaschen geprüft werden können. Aus diesem Grunde werden von den Prüfanlagen die zur Prüfung anstehenden Druckgasflaschen bei den Atemschutzgerätekwerkstätten zu bestimmten Terminen abgerufen. Die Vorhaltung einer angemessenen Werkstattreserve an Druckgasflaschen in den Prüfanlagen ermöglicht den Transportfahrzeugen den sofortigen Umtausch und verhindert damit längere Wartezeiten der Fahrzeuge.

Sonstige Aufgaben

Die Atemschutzgerätekwerkstätten sollen auch für die Wartung, Prüfung und Instandsetzung der Einrichtungsgegenstände für Hilfskrankenhäuser eingesetzt werden. Diese Geräte werden für den Verteidigungsfall eingelagert und müssen nach bestimmten Fristen auf ihre Funktion und den Erhaltungszustand überprüft und dabei aufgetretene Mängel beseitigt werden. Von der breiten Palette der zu betreuenden Gegenstände seien hier nur das ärztliche Instrumentarium, med.-technisches Gerät, Laborausstattung und Unterkunftsgesetz erwähnt. Die Atemschutzgerätekwerkstätten als Teil der KatS-Zentralwerkstätten werden natürlich mit hauptamtlichem Personal betrieben. Die Bediensteten

sollen über eine Grundausbildung als Feinmechaniker verfügen. Darüber hinaus erhalten sie eine Fachausbildung bei den Herstellerwerken der Atemschutzgeräte und Feuerlöscher. Die mit der verantwortlichen Prüfung bestimmter Teile des Atemschutzgerätes betrauten Bediensteten erhalten nach dem erfolgreichen Besuch der Speziallehrgänge einen Befähigungsnachweis der Herstellerwerke. Je nach Größe der Werkstatt und der Anzahl der zu betreuenden Geräteeinheiten sind ein Werkstattleiter und mehrere Atemschutzgeräte-Handwerker vorgesehen.



Einkolben-Druckpumpe (Betriebsdruck max. 600 bar) zum Abdrücken der mit Wasser gefüllten Druckgasflaschen.

Kosten

Die Prüfung der Wirtschaftlichkeit eigener Atemschutzgerätekwerkstätten in den KatS-Zentralwerkstätten hat ergeben, daß bei diesen Regiebetrieben erhebliche Kosteneinsparungen gegenüber der Vergabe an Betriebe der gewerblichen Wirtschaft erzielt werden.

Die einmaligen Investitionsausgaben für die Einrichtung der Atemschutzgerätekwerkstatt betragen für die Baumaßnahme rd. 70 000,— DM, für die Einrichtungsgegenstände ebenfalls rd. 70 000,— DM. Die laufenden Betriebskosten (Personal, Abschreibung, Bauunterhaltung, Ersatzteile, Strom, Wasser, Heizung usw.) werden mit rd. 65 000,— DM jährlich veranschlagt. Bei Inanspruchnahme von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft würden rd. 155 000,— DM jährliche Kosten anfallen.

Bei den Prüfanlagen für Druckgasbehälter wird ein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten noch günstigeres Resultat erzielt. Hier betragen die einmaligen Investitionskosten für Baumaßnahmen rd. 48 000,— DM und für die Einrichtungsgegenstände etwa 30 000,— DM. Die laufenden Betriebskosten sind mit 22 000,— DM pro Jahr anzusetzen. Hierin sind bereits die Prüfgebühren für die Anwesenheit eines TÜV-Bediensteten bei dem Prüfvorgang enthalten.

Demgegenüber würde die Prüfung der Druckgasflaschen in der gewerblichen Wirtschaft Aufwendungen in Höhe von rd. 66 000,— DM jährlich verursachen.

Menschlichkeit im Kriege

Vor der Genfer Konferenz über die Ergänzung der Rotkreuz-Abkommen von 1949

Vertreter von mehr als 100 Nationen werden sich am 20. Februar in Genf zu einer diplomatischen Konferenz zusammenfinden. Vor ihnen liegen die Entwürfe von zwei Zusatzprotokollen zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen von 1949. Fünf Wochen lang wollen sie über eine Ergänzung und Verbesserung des humanitären Völkerrechts beraten. Gastgeber ist der Schweizer Bundesrat als Regierung des Depositärstaats der Genfer Abkommen.

Das humanitäre Völkerrecht unternimmt den Versuch, ein System von Rechtsnormen zu schaffen, das dem einzelnen auch dann ein Minimum an menschlicher Behandlung garantiert, wenn in einem Krieg der Staat nicht mehr die Möglichkeit hat, seine Angehörigen wirksam zu schützen. Es reiht sich ein in die vielen Versuche früherer Zeiten, die Schrecknisse des Krieges zu mildern.

Den Kern des humanitären Völkerrechts bilden heute die Genfer Abkommen vom 12. August 1949. Es sind dies die Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte im Felde und der Streitkräfte zur See, das Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen und das Abkommen zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegzeiten.

Neue Arten der Kriegführung

Haben sich diese Vereinbarungen in den 25 Jahren ihres Bestehens bewährt? Eine positive Antwort fällt schwer angesichts der sich häufenden Berichte von rücksichtslosen Gewaltakten an Wehrlosen in den Kriegen und Widerstandskämpfen unserer Zeit. Die vielen Beispiele für die totale Mißachtung elementarer Prinzipien der Genfer Abkommen könnten den Beobachter zu tiefer Resignation führen.

Eines muß man freilich deutlich sehen: Abkommen dieser Art, deren Beachtung niemals erzwungen werden kann, sind nicht mehr als ein Versuch, durch das Aufrichten einer international anerkannten Rechtsschranke die schlimmsten Exzesse der Unmenschlichkeit zu mindern; oder, wie ein Rotkreuz-Vertreter einmal gesagt hat, „die Hemmungen zu entwickeln, die die Kriege davon abhalten, zu grausam zu werden.“

Auch ist zu bedenken, daß manche Bestimmungen der Genfer Abkommen heute an gewandelte Verhältnisse angepaßt werden müssen. Neue Arten der Kriegführung — wie der Guerillakampf — sind darin kaum berücksichtigt. Reformen sind notwendig, um die Abkommen auch in solchen militärischen Konflikten voll zur Anwendung bringen zu können, die keine Kriege im Sinne des herkömmlichen Völkerrechts darstellen.

Die beiden Zusatzprotokolle, die den Diplomaten in Genf zur Beratung vorliegen, erstreben eine zeitgemäße Ergänzung der Vereinbarungen von 1949. Zugleich dienen sie dazu, noch einmal in feierlicher Form die bekannten Grundsätze der Genfer Abkommen zu bekräftigen.

Dabei wird der Versuch gemacht, das humanitäre Völkerrecht an moderne Konfliktformen anzupassen, besondere Regeln für innerstaatliche Auseinandersetzungen, Partisanen- und Befreiungskämpfe aufzustellen, ein Verbot für die Anwendung bestimmter Waffen auszusprechen und einen verstärkten Schutz der Zivilbevölkerung herbeizuführen.

Weiter Weg

Bis die Entwürfe ihre jetzige Gestalt erreicht hatten, war ein weiter Weg zurückzulegen. Seit rund 15 Jahren bemüht sich das Internationale Rote Kreuz um ein verbessertes Völkerrecht. Die Internationale Rotkreuz-Konferenz in Istanbul 1969 erteilte

dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz den Auftrag zu konkreten Vorarbeiten für eine Ergänzung der Genfer Abkommen.

In Zusammenarbeit mit den Nationalen Gesellschaften des Roten Kreuzes, des Roten Halbmondes und des Roten Löwen mit der Roten Sonne entstanden umfangreiche Dokumentationen, die auf einer Reihe von Expertenkonferenzen beraten wurden: Vertreter des Roten Kreuzes trafen sich im März 1971 in Den Haag. Ihre dort erarbeiteten Vorschläge legten sie einer Konferenz von Regierungsvertretern vor, die Mai/Juni 1971 in Genf tagte. Es folgten eine weitere Konferenz von Rotkreuzexperten im März 1972 in Wien und die zweite Tagung von Regierungssachverständigen Mai/Juni 1972 in Genf. Fast einen ganzen Monat lang berieten damals 400 Delegierte von 76 Signatarstaaten der Genfer Abkommen von 1949 über die Protokollentwürfe.

Die in den verschiedenen Expertenkonferenzen überarbeiteten Vertragsentwürfe beschäftigten zuletzt die 22. Internationale Rotkreuz-Konferenz in Teheran im November 1973. Diese billigte die Entwürfe und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die diplomatische Konferenz im Februar 1974 die Zusatzprotokolle ohne Verzug annehmen möge.

Gastgeber Schweiz

Nun also sind die Politiker an der Reihe. Die Schweizer Regierung hat alle Teilnehmerstaaten der Genfer Abkommen und diejenigen Staaten, die Mitglied der Vereinten Nationen sind, aber die Abkommen noch nicht unterzeichnet haben, eingeladen, sich auf der Genfer Konferenz für die Neubestätigung und Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts durch Delegierte vertreten zu lassen. Unter diesen wird auch eine Abordnung der Bundesrepublik sein, die

den Genfer Abkommen 1954 beigetreten ist. Drei Hauptausschüsse werden sich mit der Prüfung der beiden Protokollentwürfe beschäftigen. Zum Generalsekretär der Konferenz hat die Schweiz Botschafter Jean Humbert ernannt.

Sollte es nicht gelingen, bis zum 29. März 1974 zu einem endgültigen Abkommen zu gelangen, wird eine zweite Sitzungsperiode für Anfang 1975 einberufen werden.

Internationale Konflikte

Das I. Zusatzprotokoll bezieht sich auf den Schutz der Opfer in internationalen bewaffneten Konflikten. Seine sechs Kapitel behandeln:

- Allgemeine Bestimmungen;
- Verwundete, Kranke und Schiffbrüchige;
- Kampfmittel und -methoden/Kriegsgefangenenstatut;
- Zivilbevölkerung;
- Durchführung der Abkommen und des vorliegenden Protokolls;
- Schlußbestimmungen.

Im Mittelpunkt der Zusatzprotokolle stehen Bestimmungen zum Schutze der Zivilbevölkerung. In dem Kapitel über die Hilfe für Verwundete und Kranke sind — so DRK-Generalsekretär Dr. Anton Schlögel — „alle berechtigten Wünsche erfüllt“ worden. Der bisher allein dem militärischen Sanitätsdienst und dem zivilen Krankenhauspersonal vorbehalten Schutz wird auf alle zivilen Sanitätsformationen und -einrichtungen ausgedehnt.

Der Grundsatz, daß die an einem Konflikt beteiligten Parteien ihre Operationen auf die Ausschaltung oder Schwächung der feindlichen Kriegsmacht beschränken müssen, wird bekräftigt. Mit einigen Beispielen konkretisiert der Entwurf diese Regel: So ist es verboten, wahllose und terroristische Bombardierungen vorzunehmen. Lebensnotwendige Güter und gewisse Bauten und Anlagen — z. B. Stauwerke, Deiche, Atomkraftwerke — genießen einen absoluten Schutz vor Angriffen und Zerstörungen jeder Art.

Hilfsaktionen für die Zivilbevölkerung sollen erleichtert werden. Die Stellung der Rotkreuz-Gesellschaften wird gestärkt: Die Konfliktparteien bewilligen ihnen — so der Protokollentwurf — alle Erleichterungen, jegliche Hilfe und den notwendigen Schutz für die Ausübung ihrer huma-

nitären Tätigkeiten hinsichtlich der Verwundeten und Kranken, der Kriegsgefangenen, der Internierten und anderer militärischer und ziviler Opfer des Krieges.

Stellung des Zivilschutzes

In gleicher Weise sollen auch andere humanitäre zivile Organisationen unterstützt werden, die ordnungsgemäß von ihrer Regierung anerkannt oder ermächtigt sind und die ausschließlich humanitäre Tätigkeiten ausüben.

Die Stellung der Zivilschutzorganisationen — bisher in Artikel 63, Absatz 2 des IV. Genfer Abkommens festgelegt — soll auf eine brauchbare völkerrechtliche Grundlage gestellt werden. Der Entwurf sieht einen ausdrücklichen Hinweis darauf vor, daß die Aufgaben des Zivilschutzes in militärischen Kampfgebieten wie auch in besetzten Gebieten ausgeführt werden können. Ferner soll ein internationales Kennzeichen des Zivilschutzes geschaffen werden.

Neu sind die Rechte für Guerillakämpfer und Partisanen. Im herkömmlichen völkerrechtlichen Sinne sind sie keine Kombattanten und haben daher auch keinen Anspruch darauf, nach einer Festnahme wie Kriegsgefangene behandelt zu werden. Der allen vier Genfer Abkommen gemeinsame Artikel 3 nennt nur einige Mindestnormen menschlicher Behandlung, die auch dann Geltung haben, wenn ein bewaffneter Konflikt keinen internationalen Charakter hat. Das I. Zusatzprotokoll verlangt, daß Guerillas bei einer Gefangennahme Anspruch auf den Kriegsgefangenenstatus haben, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen, nämlich

- sich bei ihren Operationen an die Grundsätze des Kriegsrechts halten,
- bei ihren Operationen den Charakter als Kombattanten dadurch hervorheben, daß sie die Waffen offen führen und sich von der Zivilbevölkerung durch irgendein Mittel unterscheiden,
- unter einer verantwortlichen Leitung stehen.

Innerstaatliche Konflikte

Das II. Zusatzprotokoll befaßt sich zum großen Teil mit den gleichen

Fragen wie das erste — jedoch auf die Verhältnisse des nicht-internationalen, d. h. innerstaatlichen Konflikts ausgerichtet, der in den Genfer Abkommen kaum berücksichtigt wird. Es ist jedoch nicht die Gesamtheit der im ersten Zusatzprotokoll niedergelegten Regeln übernommen worden, da vor allem die besonderen Kampfbedingungen eines nicht-internationalen Konflikts berücksichtigt werden sollten.

Zusatzprotokoll II erstrebt vor allem das Ziel, die Bevölkerung gegen die Willkür der Konfliktparteien und vor den Kriegsfolgen zu schützen. Personen, die nicht oder nicht mehr an den Feindseligkeiten teilnehmen, werden unter allen Umständen mit Menschlichkeit behandelt. Wenn sie ihrer Freiheit beraubt werden, haben sie ein Anrecht auf menschenwürdige Internierungs- oder Haftbedingungen. Verwundete und Kranke erhalten die Pflege, die ihr Gesundheitszustand erfordert. Die Streitkräfte sollen gewisse Verhaltensregeln befolgen, um die Fairness des Kampfes zu sichern.

Recht der Menschheit

Das zweite Zusatzprotokoll behandelt ausschließlich humanitäre Fragen und läßt die Problematik des völkerrechtlichen Status der am Kampf Beteiligten bewußt beiseite. Die gerade in einem nicht-internationalen Konflikt delikaten Fragen von Legalität und Legitimität der gegnerischen Parteien bleiben offen; die Anwendung der humanitären Schutzbestimmungen berührt in keiner Weise die rechtliche Stellung der Kämpfenden. Hier deutet sich eine Umformung des Völkerrechts „von einem Recht der Staaten zu einem Recht der Menschheit“ an, wie es der Regensburger Völkerrechtler Otto Kimminich formuliert hat. (Sein Buch „Humanitäres Völkerrecht — Humanitäre Aktion“ wird auf Seite 70 dieses Heftes besprochen.)

Wenn eine internationale Konvention, die die Inhumanität des Krieges begrenzen will, mehr sein soll als eine feierliche, aber unverbindliche Proklamation, dann müssen seine Bestimmungen sehr konkret und wirklichkeitsnah sein und veränderten Verhältnissen angepaßt werden. Eben das bezwecken die Ergänzungen der Abkommen von 1949, über die jetzt in Genf verhandelt wird.

Bedienung sitzt im Fahrerhaus

Vergleichsversuche zweier Fahrzeugkonzeptionen

Auf den Berliner Flughäfen Tempelhof und Tegel wurden im September neuartige Pulverlöschfahrzeuge in Betrieb genommen, die in ihrer Gesamtkonzeption eine Reihe von Novitäten aufzuweisen haben. Dabei handelt es sich um die Fahrzeuge TroLF 2000 und TroLF 4000.

TroLF 4000

Wie unsere Bilder zeigen, unterscheiden sich die Fahrzeuge schon deutlich in ihrem Aufbau. Beim TroLF 4000 (geschlossene Form) ist der Pulverwerfer vor dem Fahrerhaus angeordnet, während er sich beim TroLF 2000 wie bisher auf dem Dach des Aufbaus befindet. Da das Fahrgestell des TroLF 4000 mit einem abklappbaren Fahrerhaus ausgestattet ist, mußte der Werferaufbausockel ebenfalls abklappbar ausgeführt werden. Die Pulverrohrleitungsführung geht durch das Fahrerhaus.

An den vorderen Stirnkanten des Aufbaus sind in Nischen die Löschpulverstrahlrohre gelagert. Je eine doppelflügelige Tür ermöglichen den Zugang zur Löschanlage und zur Hydraulik. Die großformatigen Schlauchhaspeln sind ausschwenkbar.

Die Pulverlöschanlage P 4000 wurde nach den neuesten technischen Gesichtspunkten konzipiert. Sie setzt sich aus folgenden Hauptgruppen zusammen: Löschmittelbehälter, Treibgasanlage, Expansions-schockbehälter und Schalttafeln. Der **Löschmittelbehälter** faßt 4000 kg Löschmittel. Die **Treibgasanlage** besteht aus acht Treibgasflaschen mit je 50 Liter Inhalt und 200 bar Fülldruck. Als Treibmittel wird trockener Stickstoff verwendet. Das Öffnen der Treibgasflaschenventile erfolgt elektropneumatisch. Der **Expansions-schockbehälter** dient der Erzeugung des Expansions-schocks, wodurch das Zweistoffgemisch Löschmittel - Treibmittel homogenisiert und fluidisiert wird. Mit dem automatischen Öffnen des Expansions-schockventils bei einem Druck von 10 bar ist gleichzeitig die Entriegelung des Haupt-

pulverhahnes gekoppelt. Die **Hauptschalttafel** befindet sich auf der linken Fahrzeugseite im Aufbau, sie enthält alle Bedienungs-, Wartungs- und Kontrollfunktionen für die Pulverlöschanlage. Sie ist in Form eines Schaltschranks aufgebaut und ermöglicht im geöffneten Zustand den Zugriff zu allen pneumatischen und elektrischen Bauelementen. Für die Bedienungsanleitung und die Kennzeichnung der Kontrolleuchten wurden eigens dafür entwickelte Piktogramme (Bildzeichen) verwendet. Die **Schalttafel** für die Haspelsteuerung ist links und rechts unter der Doppelflügeltür untergebracht. Die Fernsteuerung befindet sich im Fahrerhaus. Sie ist so angeordnet, daß sie sowohl vom Fahrer als auch vom Beifahrer bedient werden kann. Mit der Fernschaltung läßt sich die Hydraulik auf Handbetrieb umschalten. Sie enthält u.a. auch den Schalter für die Werferbedienung,

also für die in zwei Geschwindigkeiten regelbare Elevation und Rotation sowie für den Pulverausstoß. Das Absperrorgan ermöglicht sowohl das Absperrern des Pulverausstoßes als auch eine Mengenregulierung. Die maximale Ausstoßleistung des Pulverwerfers beträgt 55 kg/sec. Zum Zwecke einer Fernbedienung befindet sich auf der linken Fahrerhausseite eine Mehrfachsteckdose, die den Anschluß einer Fernsteuereinheit ermöglicht, so daß der Werfer über ein Fernbedienungskabel ferngesteuert werden kann. Die Löschpulverstrahlrohre mit einer Leistung von 5 kg/sec. sind über je 30 m formbeständigen Schlauch NW 32 mit der Pulverlöschanlage verbunden. Der auf einer großformatigen Haspel gelagerte Schlauch ist von Hand und hydraulisch abwickelbar. Die im vorderen Teil des Aufbaus untergebrachte Hydraulik-Anlage wird über eine Zweikreis-Hydraulik-Pumpe betrieben.



Nicht nur im Aufbau unterscheidet sich das Pulverlöschfahrzeug TroLF 4000 von früheren Konzeptionen; die gesamte Technik weist eine Reihe von Novitäten auf.



Auch das Pulverlöschfahrzeug TroLF 2000 wurde in vielen technischen Details verbessert. Trockenlöschfahrzeuge sind zum Einsatz bei Bränden bestimmt, wie sie z. B. in Häfen, Werften und auf Flugplätzen entstehen können.

TroLF 2000

Das Feuerlöschfahrzeug TroLF 2000 weicht in seiner Konzeption in vielen technischen Details von dem TroLF 4000 ab. Beim Aufbau wurde die halb geschlossene Form gewählt. Nur wesentliche Teile der Anlage wurden verkleidet. Im Heck des Fahrzeuges befindet sich eine aus vier 3 kg-Flaschen bestehende C O₂-Batterie. Hier wurden auch noch sechs 12 kg-Metallbrand- und Glutbrandlöscher untergebracht. Die Pulverlöschanlage P 2000 ist eine serienmäßige Anlage, die der P 4000 ähnelt. Lediglich die Bedienung der Schaltfunktionen erfolgt mechanisch. Der Expansionschock arbeitet nach dem gleichen Prinzip wie bei der Anlage des P 4000.

Die Hauptschalttafel ist in den Aufbau einbezogen. Sämtliche Bedienungsfunktionen erfolgen über mechanische Bedienungshebel. Die Fernsteuerung im Fahrerhaus ist die gleiche wie beim TroLF 4000. Sie wird ergänzt durch eine elektrische Zieleinrichtung, die die Werferposition anzeigt. Der Pulverwerfer ist identisch mit

dem des TroLF 4000. Er ist jedoch auf dem Dach des Aufbaus angeordnet und zusätzlich mit Bedienungsg Griffen für Handbetrieb versehen. Seine Leistung beträgt max. 40 kg/sec., abgestimmt auf die kleinere Pulverlöschanlage.

Die im Schlauchfach untergebrachten Löschpulverstrahlrohre sind ebenfalls identisch. Die Schläuche sind jedoch auf konventionellen Haspeln aufgewickelt.

Die Hydraulik stimmt bis auf die beiden fehlenden Funktionen für den Haspelantrieb ebenfalls mit der des TroLF 4000 überein.

Technik + Taktik = Löscherfolg

Der ständig zunehmende Luftverkehr macht die Bereitstellung solcher Löschfahrzeuge notwendig, die den damit wachsenden Gefahrenrisiken Rechnung tragen. Flugzeugunfälle auf Flughäfen oder in ihrer Umgebung sind häufig verbunden mit Bränden von großen Treibstoffmengen. Dabei entstehen großflächige Brandherde mit enormer Hitze-

strahlung, die, sollen Rettungsmaßnahmen wirksam sein, schnellstens beseitigt werden muß. Der Einsatz von Trockenlöschfahrzeugen hat sich seit Jahren bewährt. Im Verein mit Schaum-Wasser-Tanklöschfahrzeugen und Rettungsfahrzeugen und bei taktisch richtigem Einsatz aller zur Verfügung stehenden Geräte und Löschmittelvorräte bleiben Löscherfolge nicht aus. Die schlagartige Löschwirkung der Löschpulverwolke ist verblüffend groß. Doch das Löschpulver allein entwickelt noch keine ausreichende Kühlwirkung, um z. B. ein Rückzünden von Treibstoffdämpfen an heißen Wrackteilen zu verhindern. Darum muß der Löscherfolg des Pulvers durch ein weiteres Löschmittel, in erster Linie durch Schaum, gesichert werden. Mit Schaum lassen sich Treibstoffflächen abdecken und Gasentwicklungen verhindern.

Insbesondere beim TroLF 4000 wurden neue einsatztaktische Bedürfnisse mit dem neuesten technischen Entwicklungsstand in Einklang gebracht. Die Bewährungsprobe wird gewiß nicht lange auf sich warten lassen.

H. F.

Dr. E. Stickdorn

Katastrophenschutz – auch für Tiere?

Besonnenes Handeln ist Voraussetzung für jede Hilfeleistung

Jeder denkt bei dieser Frage zuerst an seinen Hund, seine Katze oder andere mehr oder weniger umhiegte Haustiere. Sie vor Gefahren zu schützen, ist eine Aufgabe des Tierhalters, die keine Schwierigkeiten bereitet und ohne fremde Hilfe erfüllt werden kann.

Wer aber macht sich schon Gedanken über die Nutztiere, die uns die wertvollsten Lebensmittel — Fleisch, Milch, Eier — liefern? Sie werden ja schließlich zu diesem Zweck gehalten und gewinnen erst dann an Interesse, wenn unsere Wohlstandsversorgung durch irgendeine Krise gefährdet erscheint.

Der Nutztierbestand der Bundesrepublik Deutschland — er besteht

aus etwa 14 Millionen Rindern, 20 Millionen Schweinen und 100 Millionen Geflügel — stellt die Ernährungsbasis für die Bevölkerung dar. Diese großen Tierzahlen versetzen unsere Landwirtschaft in die Lage, 85 % des im Frieden benötigten Fleisches selbst zu erzeugen, allerdings auf Kosten umfangreicher Futtermittelimporte.

Es dürfte jedem klar sein, daß so große Tierbestände bei Katastrophen besonders gefährdet sind und damit Schutzmaßnahmen für Tiere im Rahmen der Ernährungssicherstellung besondere Bedeutung haben. Planung und Durchführung dieser Maßnahmen gehören in den Aufgabenbereich der hier zuständigen

Behörden, die jedoch auf Verständnis und Mitarbeit eines jeden einzelnen Tierhalters angewiesen sind. Vor allem Massentierhaltungen mit ihren enormen Kapazitäten und ihrer Abhängigkeit von der Energieversorgung sollen hier angesprochen werden.

Die für die Städte gültigen Schutzmethoden lassen sich nicht ohne weiteres auf ländliche Verhältnisse übertragen; zusätzliche Maßnahmen sind für Tierhaltung, Fütterung, Bevorratung, Maschinen und Geräte erforderlich. Deshalb ist man gerade in ländlichen Gebieten von alters her auf Selbst- und Nachbarschaftshilfe angewiesen. Für Großkatastrophen und den Verteidigungsfall ist auch



Spüren auf seßhafte chemische Kampfstoffe am Tier.



Entgiftungsarbeit am Tier beginnt mit dem Auftragen von Entgiftungsstoff.

ein behördlicher Katastrophenschutz für Tiere erforderlich, mit dessen Durchführung lt. § 4 des KatSG das Veterinärwesen beauftragt ist.

Der Veterinärdienst

Als ein Fachdienst des Katastrophenschutzes verhindert, vermindert und beseitigt der Veterinärdienst Schäden, die bei Katastrophen an Tieren, Lebensmitteln tierischer Herkunft, Futtermitteln und Tränkwasser auftreten.

Dieser Auftrag ist eindeutig ausgerichtet auf

- die Erhaltung der Nutztierbestände,
- die Sicherstellung der Ernährung und
- den Schutz der Bevölkerung vor den gesundheitlichen Gefahren durch kampfstoffgeschädigte Lebensmittel.

Die Einheit des Veterinärdienstes ist der Veterinärzug mit einer Sollstärke von 17 Helfern. Zugführer und stellv. Zugführer sind Tierärzte, 15 weitere Veterinärhelfer sollen Erfahrungen im Umgang mit Tieren haben (Schlächter, Tierpfleger, Landwirte, Fleischbeschauer). Mit

seiner materiellen Ausstattung an Kraftfahrzeugen und Gerät soll der Veterinärzug in der Lage sein, seine Aufgaben in einem Landkreis mit etwa 50 000 Großtieren oder im Schlachthofbereich einer Großstadt durchzuführen. Seinen Einsatzbefehl erhält er vom Hauptverwaltungsbeamten.

Der Einsatz des Veterinärdienstes kann auch bei Katastrophen im Frieden (Reaktorunfall, Sturmflut, Überschwemmung) notwendig werden; vor allem aber soll er den besonderen Gefahren begegnen, die im Verteidigungsfall bei Anwendung der weiträumig wirkenden ABC-Kampfmittel drohen. Dem Veterinärdienst kommt dann die Bedeutung eines ABC-Dienstes für Tiere zu. Im einzelnen muß mit Aufgaben gerechnet werden, die zum Teil auch im Rahmen der Selbstschutzmaßnahmen durch die Tierbesitzer selbst, zum anderen nur durch die speziell ausgebildeten Tierärzte und Helfer des Veterinärdienstes durchzuführen sind. Das setzt allerdings voraus, daß die in der Tierhaltung beschäftigten Personen über die Grundlagen der Hilfs- und Schutzmaßnahmen unterrichtet sind.

Ein Beispiel für überlegtes Handeln gab ein Tierbesitzer während der Hamburger Flutkatastrophe von 1962. Als das Wasser seinen Tieren im Stall bis zum Bauch stand und er sich entscheiden mußte, ob er die Tiere losbinden und frei lassen oder im Stall ertrinken lassen sollte, hörte er im Transistor-Radio durch die Warnreportage vom Zurückgehen der Flut. Er ließ die Tiere im Stall und rettete sie damit. Im Freien und etwas tieferen Gelände wären sie von der Strömung fortgerissen worden und ertrunken.

Erste Hilfe an Tieren

Besonnenes Handeln ist Voraussetzung für jede Hilfeleistung. Das heißt: Ruhe bewahren; erst denken, dann handeln.

Stark blutende Verletzungen werden mit Vorrang versorgt. Blutungen stillt man am besten durch einen Druckverband. Er besteht aus einem Druckpolster (ungeöffnete Mullbinde, fest zusammengerollter Wattebausch), das mit kräftiger Binde fest auf die abgedeckte Wunde gebunden wird und die Blutgefäße in der Wunde

zusammenpreßt. Zur Blutstillung an Gliedmaßen eignen sich auch oberhalb der Wunde angelegte Abbindungen (Stricke, Tücher). Abbindungen dürfen nicht ununterbrochen liegen bleiben, höchstens eine Stunde!

Brandwunden werden mit Mull oder sauberen Tüchern abgedeckt. Tiere ruhigstellen, tierärztlichen Rat abwarten.

Phosphorbrandwunden mit feuchten Tüchern abdecken (notfalls auch mit Sand), um Flammen zu ersticken. Phosphorteilchen nicht mit bloßen Händen berühren. Brandwunden mit 1%iger Sodalösung (1 Eßlöffel auf 1 Liter Wasser) behandeln, mit Sodalösung getränkte Tücher auflegen und durch Begießen feucht halten. Oberflächliche oder verschmutzte Wundflächen und ihre Umgebung werden durch Abspülen oder Abtupfen mit einer Desinfektionsmittellösung gereinigt und mit MP-Puder bedeckt.

Denke grundsätzlich daran:

Das Leben der Tiere ist nicht, wie das der Menschen, um jeden Preis zu erhalten. Schwerverletzte Tiere, bei denen sich aus Gründen des Tierschutzes und der Wirtschaftlichkeit langwierige Behandlungen verbieten, sind der unmittelbaren Verwertung durch Schlachtung zuzuführen oder zu töten.

Als schwerverletzt gelten Tiere mit

- Knochenwunden oder Brüchen der großen Röhrenknochen oder Wirbel;
- Brandwunden großflächiger Art, über 20% der Körperoberfläche;
- umfangreiche Verletzungen der Muskulatur;
- Verletzungen der Bauch- oder Brusthöhle;
- Verletzungen der großen Gelenke, Sehnen und Sehnenscheiden.

Übersteigt die Zahl der verletzten Tiere die Möglichkeiten der Selbstschutzkräfte, so wird der Einsatz des Veterinärdienstes erforderlich.

Tierverluste dieser Art dürften sich jedoch nach den bisherigen Erfahrungen in Grenzen halten.

Bedeutend größer ist die Gefährdung der Tierbestände nach Anwendung **atomarer** oder **chemischer** Waffen. Ihre weitreichende Wirkung — vor allem auf Weidetiere, also Rinder — muß der Tierhalter genauso kennen wie einfachste Schutzmöglichkeiten für sich selbst und für seine Tiere. Nur so kann ein Verlust des



Abschwemmen des Entgiftungsstoffes.

Bestandes, also ein Massenansturm geschädigter Tiere, vermieden werden.

Hier bietet sich noch ein weites Betätigungsfeld für die Schulungskräfte des BVS. Gerade der Landbevölkerung ist klarzulegen, daß die Gefahr der Strahlenbelastung für Mensch und Tier im ausgedehnten Gebiet des frühen radioaktiven Niederschlages, wie er nach Bodendetonationen von Kernwaffen zu erwarten ist, durch Schutzraum- bzw. Stallaufenthalt gering gehalten werden kann.

Voraussetzung hierfür ist eine rechtzeitige Warnung der Tierhalter mit dem Ziel, die Tiere rechtzeitig aufzustellen. Entscheidend für die Schutzwirkung des Stalles ist u. a. die Dicke und Dichte seines Wand-, Decken- und Dachmaterials. Der Trend zur modernen Bauweise mit Eternit und Glaswolle steht auch den Schutzplanungen im Stall entgegen.

Aufgabenkatalog für Tierhalter

in der Zeit von der Warnung bis zum Eintreffen des radioaktiven Niederschlages (nach Dringlichkeit)

1. **Einteilung** der im Betrieb verfügbaren Personen für die Durchführung bzw. Überprüfung der folgenden Aufgaben:
2. **Aufstallung** der in Stallnähe weidenden Tiere
3. **Wasserbevorratung:** Auffüllen und Sichern von Wasserbehältern jeder Art im Stallbereich
4. **Futternotversorgung** für einige Tage, vorwiegend Rauhfutter (notfalls: Preßstroh-Ballen als Erhaltungsfutter)
5. **Schließen** der Stallfenster und Stallbelüftung vor allem auf der Windseite. Weitere Lüftung nach Bedarf und Jahreszeit über Stall-



Die Abbildung zeigt eine Musterausstattung für Erste Hilfe an Tieren, wie sie im Rahmen des Selbstschutzes für größere Tierbestände vorgesehen ist. Ein Kunststoffbehälter mit staubdicht schließendem Deckel enthält: 3 Rollen Verbandzellstoff; 3 Rollen Verbandwatte; 1 Paket Mullkompressen; 8 Stück Mullbinden; 10 Stück Cambric-Binden; 2 Dosen Wundpuder; 1 Spule Heftpflaster; 1 Kunststoff-Flasche mit Soda; 2 Flaschen Hautdesinfektionsmittel; 1 Büchse mit 1 kg Chloramin; 1 Schere, gebogen, aus rostfreiem Stahl; 1 Pinzette; 1 Fieberthermometer (Veterinär); 1 Stechmesser mit Scheide als Allzweckmesser und 2 Geburtsstricke aus Perlon.

öffnungen auf der windabgewandten (Lee-) Seite

6. **Abdecken** der im Freien befindlichen Futtermittel- und Silos

7. **Nochmals melken**, dann Kälber im Stall laufen lassen

Steht mehr Zeit zur Verfügung:

8. Aufstallung der weiter entfernt weidenden Tiere unter Verwendung der gewohnten Hilfsmittel (Trecker, Hund)

9. Entsprechende Vergrößerung der Wasser- und Futtermittel im Stallbereich

10. **An die eigene Sicherheit denken:** Vervollständigung der Lebensmittel- und Getränkevorräte im Schutzraum, Arbeitskleidung, Regenschutz, Kopfbedeckungen, Rundfunkgerät, wichtiges Handwerkszeug und Dokumente nicht vergessen.

Gefahren abschätzen

Bleiben Tiere auf der Weide einem radioaktiven Niederschlag ausgesetzt, so wäre eine mehr oder weniger gefährliche, von der Stärke der Radioaktivität abhängige Strahlenbelastung die Folge. Die Abschätzung der Gefahren ist von Bedeutung

● **für Menschen**, die bei der Bergung und Pflege dieser Tiere tätig werden,

● **für Tiere**, die durch Aufnahme einer hohen Strahlendosis von der Strahlenkrankheit bedroht sind,

● **für Lebensmittel**, z. B. radioaktive Milch, die von solchen Tieren gewonnen wird.

Die Entscheidung über das weitere Schicksal der betroffenen Tiere kann nur von Tierärzten des Veterinärdienstes unter Berücksichtigung vieler Faktoren getroffen werden. Einer der wichtigsten ist das zeitliche Abklingen der Radioaktivität.

Aus diesen hier nur angedeuteten Aufgaben im Gebiet des radioaktiven Niederschlages ist ersichtlich, daß Tierbesitzer und Veterinärdienst für den Fall eines Einsatzes von ABC-Kampfmitteln auf enge Zusammenarbeit angewiesen sind. Der Tierhalter erwartet Hilfe von den mit entsprechendem Gerät ausgestatteten Spezialisten des Veterinärzuges, die Helfer des Veterinärzuges — er ist eine verhältnismäßig kleine Einheit — benötigen Verständnis und die Mithilfe der Tierhalter. Dies gilt auch für **Dekontaminationsmaßnahmen** (die Entfernung schädlicher radioaktiver oder chemischer Stoffe) von den Tieren oder von Lebensmitteln tierischer Herkunft.

Ähnliche, vielleicht noch kompliziertere Verhältnisse sind nach Anwendung chemischer Kampfstoffe zu erwarten,

da hier mit Stoffen von höchster Giftigkeit zu rechnen ist. Tiere auf Weiden können in den Wirkungsbereich flüchtiger oder seßhafter Kampfstoffe gelangen. In dieser Lage verbieten sich Selbsthilfaktionen durch Laien wegen der damit verbundenen Lebensgefahr.

Nur unter günstigen Bedingungen dürfte es dem Veterinärdienst auf Grund seiner Ausbildung und Ausstattung möglich sein, betroffene Tiere zu bergen. Entscheidend ist hier die Einsatzform der Kampfstoffe.

Flüchtige Kampfstoffe wirken nur kurzfristig. Nach Abzug der Giftwolke könnten die Helfer des Veterinärdienstes unter Leitung eines sachkundigen Tierarztes in der Lage sein, zu den betroffenen Tieren vorzudringen, das Ausmaß der Vergiftung festzustellen und eine Behandlung bzw. Schlachtung der vergifteten aber noch lebenden Tiere vorzunehmen. Bedeutend schwieriger sind Hilfsmaßnahmen für Tiere nach Anwendung **seßhafter** Kampfstoffe, die über Tage und Wochen im Gelände wirksam bleiben können. Hier besteht auch akute Gefahr für die eingesetzten Helfer. Den Einsatzmöglichkeiten des Veterinärdienstes sind in solchen Situationen Grenzen gesetzt.

Da die Mitwirkung im Katastrophenschutz freiwillig ist, fehlt es auch bei der Aufstellung von Veterinärzügen an geeigneten Veterinärhelfern. Besonders mangelt es an jüngeren praktizierenden Tierärzten als Führer der Veterinärzüge. Diesen Tierärzten werden, wie auch den Unterführern, neben der Grundausbildung spezielle Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, die nicht nur dem Allgemeinwohl dienen. Sie sind auch von persönlichem und beruflichem Nutzen.

Dem Mangel an Veterinärhelfern einschl. Tierärzten wäre m. E. durch Anwendung des § 8 (2) KatSG abzuwenden. Danach können wehrpflichtige Helfer, die sich mit Zustimmung der zuständigen Behörde auf zehn Jahre zum Dienst im Katastrophenschutz verpflichtet haben, vom Wehrdienst befreit werden, solange sie im Katastrophenschutz mitwirken.

Ein weiteres Werbemoment bedeutet die Förderung des Selbstschutzgedankens in der Landbevölkerung, eine Aufgabe, die der BVS bei seiner Aufklärungs- und Ausbildungsarbeit mit wohlwollender Unterstützung der Kreis- und Gemeindeverwaltungen sowie der bäuerlichen Genossenschaften zu erfüllen hat.

Harald Faust

Stürmische Tage in Hamburg

Ein Heer von Helfern ist auf der Hut

Alljährlich in der Vorweihnachtszeit wird vor dem Rathaus in Hamburg-Harburg — wie vielerorts auch — ein großer Tannenbaum aufgestellt. Um ihn herum stehen dann die von Jahrmärkten her bekannten Buden und ein Karussell für Kleinkinder. So war es auch wieder am 4. Dezember 1973. Weihnachtszeit — ruhige, friedliche Zeit, möchte man bei dem Anblick denken!

Daß es auch sehr schnell anders kommen kann, darüber unterhielten sich zur gleichen Zeit im Rathaus etwa 100 Männer, die der Harburger Bürgermeister, Bezirksamtsleiter Dewitz, eingeladen hatte. Es waren die Vertreter des „Regionalen Katastrophen-Dienst-Stabes“ der Behörden und Hilfsorganisationen, darunter zwei Vertreter des Technischen Hilfswerks.

Vorausgegangen war eine Katastrophenschutzübung auf Stabs-ebene. Dies nun sollte ein abschließender Erfahrungsaustausch sein. Ausgetauscht wurden aber nunmehr weitere Erfahrungen; nämlich auch die aus den großen November-Stürmen.

Alljährlich, im Frühjahr und im Herbst, ertönen über den Rundfunk die Meldungen des „Deutschen Hydrographischen Instituts“ im Anschluß an die Nachrichten oder als Einblendungen:

„... und hier noch eine Sturmflutwarnung!

Für das Gebiet der Deutschen Nordseeküste, Bremen und Hamburg besteht die Gefahr einer schweren Sturmflut. Das Abendhochwasser wird voraussichtlich 2,50 m bis 3,0 m über dem mittleren Hochwasser eintreten.“

Wenn sich daran noch eine Unwetterwarnung anschließt, die Sturmgeschwindigkeiten von 115 — 130 km in der Stunde aus Nordwest ankündigt, dann wissen die „Eingeweihten“, daß einige unruhige Stunden bevorstehen.

Die „Eingeweihten“, das sind bei uns in Hamburg-Harburg — wie natürlich



Ein eisiger starker Wind macht die Deicharbeiten besonders schwierig.



THW-Helfer verspannen die Pfähle und befestigen Kunststoffplanen zur Befestigung des Vordeiches.

in ganz Hamburg auch —

1. die Mitarbeiter der Wasserwirtschaft (Baubehörde)
2. a) der Bezirksamtsleiter (Bürgermeister) mit
b) den Angehörigen des RKD
Behördenvertreter
Polizei und
Feuerwehr
3. die Helfer der Hilfsorganisationen wie
Deichwacht/BVS und
Technisches Hilfswerk.

Die erste Phase ist die Rufbereitschaft, alle „Telefonpartner“ werden informiert. Hat die Wasserwirtschaft (Oberdeichwarte) den RKD (Regionaler Katastrophen-Dienst-

Stab) alarmiert, tritt dieser zusammen, und bei weiter steigendem Wasser besetzen alle eingeteilten Kräfte nach Anweisung ihre Positionen in den Dienststellen und draußen an den vom Sturmwind umwehten Deichen. Alarmzüge mit Sirenen werden in den Niederungen oder in das vor dem Hauptdeich liegende sogenannte Vorland in Marsch gesetzt, um die Bevölkerung zu warnen, wenn es sein muß mit dem Signal „Katastrophenalarm“! Steigt das Wasser weiter, droht es an einigen Stellen bereits über die Ufer zu treten, dann tritt bei einem Wasserstand von 2,50 m über mittlerem Hochwasser auch das in Bereitschaft liegende THW in Aktion.



Der Deich ist fachgerecht fertiggestellt. Ein hartes Stück Arbeit liegt hinter den Helfern.

Bei Eintreten des eben genannten Wasserstandes wird vom RKD die Wasserstufe II ausgerufen. Der Oberdeichwart informiert daraufhin die Dienststelle des THW, und eine in Bereitschaft liegende Gruppe rückt mit einem MKW aus, um im Bereich des Hafens liegende Fluttore zu schließen. Die jeweils eingeteilten Gruppen haben Helfer mit Sonderausbildung für diese Aufgaben, da bei Stromausfall bestimmte Maßnahmen erforderlich werden. Es kommt dabei auf schnelles Handeln an.

Am 16. November mußten zwei Tore geschlossen werden. Die Fahrzeuge einschließlich der Wasserfahrzeuge auf den Anhängern wurden auf dem Platz vor der Unterkunft aufgefahren, um im Bedarfsfall sofort eingesetzt werden zu können. Dringend benötigte Sandsäcke wurden gefahren. Aber der große Einsatz blieb aus. Die Deiche hielten, und gegen Mittag des 16. November 1973 konnte der Rückbau abgeschlossen werden.

Die gleiche Situation wiederholte sich noch am 19. und 24. November 1973. Am 6. Dezember 1973 aber näherte sich ein neues Sturmtief der Deutschen Bucht. Es wurde bereits frühzeitig Rufbereitschaft angeordnet. Der BV II/7 hatte an diesem Abend Dienst. Noch vor dem Einsetzen der als Folge des Nordweststurmes angekündigten schweren Sturmflut wurde der BV-Hamburg-Harburg gebeten, eine eben aufgefüllte Deichlücke — der neue LKW-Kipper hat sich dabei hervorragend bewährt — abzusichern. Eine verstärkte Gruppe des I-Zuges 755 wurde um 19.30 Uhr nach Wilhelmsburg zur Straße Packersweide in Marsch gesetzt. Geschützt werden sollten ein Industriebetrieb, eine Zufahrtsstraße zu einem bedeutenden Werk und eine Kleingartenkolonie. Hier war das Wasser bereits dreimal durchgebrochen und

hatte das ganze Gebiet vor dem Hauptdeich unter Wasser gesetzt. Unter der Leitung von Gruppenführer Egon Schierhorn und mit Unterstützung des ortskundigen Gerätewartes Erwin Gössler wurde der Deich bei orkanartigem Wind unter nicht geringen Gefahren mit einer Plane abgedeckt und mit Sandsäcken beschwert. 21.35 Uhr rückte die Gruppe wieder ein. Die harte Arbeit war leider vergebens. Zwar hat der Deich gehalten, aber die Flutwelle ist über Deich und Schutzmauer hinweggegangen. Die bedauernswerten Anwohner hatten nun zum vierten Male innerhalb kurzer Zeit Flutschaden zu beklagen.

21.35 Uhr wurde durch den RKD Wasserstandsstufe II ausgerufen! Sofort nach Alarmierung rückte eine Gruppe des Bergungszuges 741 aus, um das Fluttore an der Moorburger Straße im Hafengebiet zu schließen. Dieses Tor wurde dann sehr lange geschlossen gehalten, da sich das auflaufende Wasser etwa wie langgezogene Atlantikwellen verhielt und immer in Wellenbewegungen anstieg. Im RKD gingen nun die ersten Meldungen von Überflutungen ein, in den Straßen des Hafengebietes lief das auflaufende Wasser und suchte sich seine Wege. Der Sturm hielt keinen Augenblick seinen Atem an, er blies vielmehr immer neue Wassermassen in die Elbmündung. Norddeutschland erlebte die zweit-schwerste Sturmflut seit 150 Jahren. Sie wurde nur von dem katastrophalen Hochwasser 1962 noch übertroffen.

In der Dienststelle des THW hörte man neben dem Gesang der Naturgewalten nun auch noch das Heulen der Sirenen, die die Bewohner vor der drohenden Gefahr warnen sollten. Jede Meldung über das Steigen des Wassers wurde mit Besorgnis registriert.

Die „Veteranen“ von 1962 spielten im Geiste bereits Lagen durch und dachten mit Besorgnis an die Bewohner von Wilhelmsburg, Altenwerder und Finkenwerder. — Aber die Deiche hielten auch diesmal — wenn auch erheblich mehr Schäden angerichtet wurden als bei den letzten drei Sturmfluten.

Um 2.45 Uhr am nächsten Tag wurde die Wasserstandsstufe II aufgehoben. Um 4.00 Uhr lagen die meisten Helfer im Bett, einige mußten in der Unterkunft bleiben, weil keine Verkehrsmittel mehr fuhren. Um 6.00 Uhr gingen die ersten Helfer wieder ihrer Arbeit nach. Der Geschäftsführer Stiernerling kam 36 Stunden nicht mehr aus seinen „Klamotten“. — Denn am 8. 12. 1973 sollte an der Packerweide die Deichlücke für den Rest des Winters gesichert werden. Da die letzte Flutwelle die Sandsäcke zum Teil fortgespült hatte, mußte nunmehr eine verstärkte Kunststoffplane über dem frischen Lehm ausgebreitet werden. Sie wurde mit Pfählen festgeflockt und mit einer Drahtüberspannung gesichert. An den Rändern wurden erneut zur zusätzlichen Sicherung Sandsäcke verlegt. Mit diesen Arbeiten wurde wiederum eine Gruppe des I-Zuges 755 und eine Gruppe des Bergungszuges 740 beauftragt. Bei dichtem Schneetreiben, Glätte und Nässe mußte dieses nicht ganz ungefährliche Unternehmen durchgeführt werden, da der Deich in unmittelbarer Nähe einer Kaimauer liegt.

Wenn diese stürmischen Tage auch keine dramatischen Einsätze brachten, so sind doch große Erfahrungen gesammelt und Erkenntnisse gewonnen worden, die bei weit gefährlicheren Situationen von Vorteil sein werden. So wurden Alarmierungswerte überprüft oder bestätigt. Die Zusammenarbeit mit dem RKD und der Wasserwirtschaft (Oberdeichwart) wurde vertieft, neue Erkenntnisse über die Leistungsfähigkeit der Helfer bei schlechtem Wetter an den Deichen gesammelt. Schmerzlich wurde das Fehlen von Funkgeräten vermißt, ein Telefonanschluß wieder einmal als unzureichend erkannt und die oft angezweifelte Verwendungsfähigkeit der sogen. § 8.2 — Helfer * positiv bestätigt.

Wir waren mit unseren Helfern zufrieden und sind der Meinung, daß wir im letzten Jahr ein gutes Stück vorangekommen sind.

* Wehrpflichtige Helfer, die sich gem. § 8.2 KatSG mit Zustimmung der zuständigen Behörde auf mindestens zehn Jahre zum Dienst im Katastrophenschutz verpflichtet haben und dafür keinen Wehrdienst zu leisten brauchen.

23 Jungen im Rauch erstickt

Feuer in einem
belgischen Internat

In der Nacht zum 24. Januar kamen im Internat der Schule zum Heiligen Herzen in Heusden in der belgischen Provinz Limburg bei einem Brand 23 Jungen im Alter von dreizehn bis fünfzehn Jahren ums Leben. Die Schule, die von Franziskaner-Mönchen geleitet wird, hat 500 Schüler, von denen 219 im Internat leben.

Das Feuer muß gegen 23 Uhr ausgebrochen sein. Offenbar wurde es aber erst nach geraumer Zeit entdeckt. Der mit der Nachtwache betraute Pater hatte Rauchgeruch bemerkt. Bei seiner Suche nach der Ursache kam er dann an einen Schlafsaal im Obergeschoß des dreistöckigen Gebäudes, aus dem Qualm hervor- drang. Er alarmierte sofort die Feuerwehr. Erst als diese die Tür zum Schlafsaal aufbrach, loderten die Flammen empor. Der Saal war durch leichte Holzwände in Kojen unterteilt. Mehr als 60 Schüler wohnten hier. Einige von ihnen hatten sich durch Fenster auf eine davorliegende Terrasse retten können, andere wurden vor den Fenstern tot aufgefunden.

Die Ursache des Brandes ist zur Zeit noch nicht ermittelt. Es besteht der Verdacht, daß einer der Schüler mit



Blick in den ausgebrannten Schlafsaal eines Internats in der belgischen Provinz Limburg, in dem 23 Schüler im Rauch umkamen.

einer brennenden Zigarette eingeschlafen ist. Die Feuerwehr vermerkte aber, daß die Sicherheitsvorkehrungen gegen Brandgefahr unzureichend waren. Ob dies der Fall war oder nicht, es mag jetzt einige Internate, Hotels und andere Beherbergungsbetriebe geben, die aufgrund dieses Schocks ihre Sicherheitsvorkehrungen überprüfen und notfalls verbessern.

Viele andere werden weiterhin leichtfertig sagen: „Bei uns passiert schon nichts.“ Daß diese Devise nicht nur falsch, sondern schon kriminell ist, braucht nicht besonders betont zu werden.

Brandgefahr ist immer eine ernste Bedrohung. Maßnahmen dagegen dürfen sich nicht im Abschluß einer Feuer- versicherung erschöpfen. Gewiß, der materielle Schaden von Bränden kann dadurch eventuell aufgewogen werden, doch gibt es auch dabei unersetzliche Verluste. Wieviel Leben und Gesundheit ist schon durch Brände zerstört worden!

Es gibt Regeln, die sich ein jeder einprägen muß. Es gibt Brandschutzgebote, die immer Gültigkeit haben. Ein jeder frage sich selbst, ob er wirklich alles zur Verhinderung von Schadensfeuer getan hat, ob er, sollte

dennoch ein Brand entstehen, genau weiß, was zu tun ist. Gleichgültigkeit ist Leichtsinn, Fahrlässigkeit ist mörderisch.

Für jeden Betrieb, gleich welcher Art, ist die Sicherheitsplanung eine nützliche Investition. Die Technik ist auf dem Gebiet der Vorsorge soweit fortgeschritten, daß mit ihrer Hilfe Brände und vor allem Brandkatastrophen auf ein Minimum beschränkt werden können.

Es gibt viele Arten von Anlagen, die jeden Brand schon in der Entstehungsphase melden, Geräte, die selbst schon auf geringe Mengen Rauch oder auch auf rauchlose Flammen ansprechen. Es gibt vollautomatische Sprinkleranlagen, die jeden Brand melden und ihn schnell und zuversichtlich ablöschen. Dies sind nur einige Beispiele.

Jeder, der Verantwortung trägt für einen Betrieb, für Sachwerte und vor allen Dingen für Menschen, kann sich anhand von ausgezeichneter Fachliteratur über Sicherheitsplanung und Sicherheitsmaßnahmen orientieren und entsprechend handeln. Brandkatastrophen müssen nicht sein, Brandkatastrophen dürfen nicht sein!

H. F.

Wie steht es mit der künftigen Stromversorgung?

Ein Überblick über die verschiedenen Energieträger

2. Teil

Strom aus Kernkraft

Bei der Spaltung radioaktiver Stoffe, etwa des Urans oder Plutoniums, entsteht Wärme. Dieser Vorgang wird in einem Kernreaktor gesteuert und je nach Bedarf in seinem Umfang vermindert oder gesteigert. Zur Nutzung der Wärme wird diese von einem Kühlmittel (z. B. Flüssigkeit, wie leichtes oder schweres Wasser, flüssige Metalle oder Gase) direkt über einen Wärmeaustauscher aus dem Reaktorraum abgeleitet. Die Wärme erzeugt Dampf und dieser treibt Turbinen, die mit elektrischen Generatoren, den Stromerzeugern, verbunden sind (siehe Abb. 8).

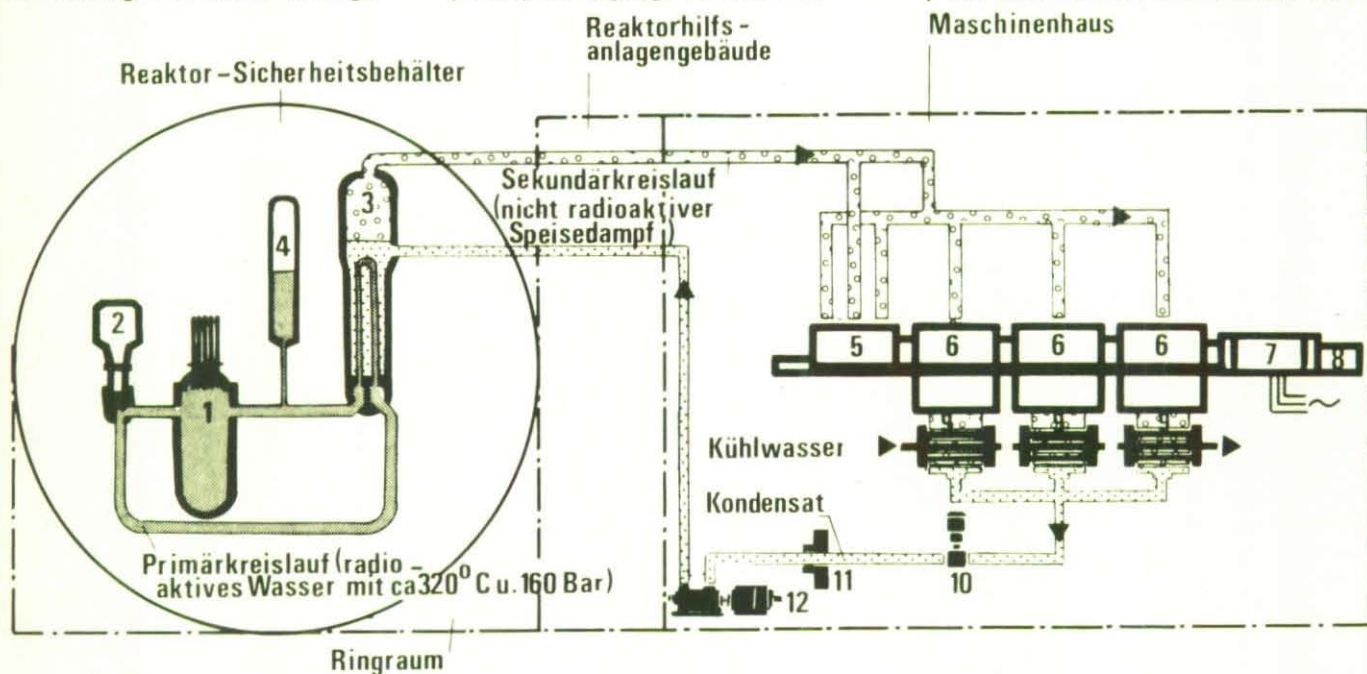
In einem Kernkraftwerk entspricht der Reaktor dem „Ofen“ oder Kessel der Anlage, in welchem sonst der die Turbine treibende Dampf durch Verfeuerung von Kohle erzeugt

werden müßte. Das Uran oder ein anderes Spaltmaterial bildet also den Brennstoff; an die Stelle der Verbrennung tritt die Kernspaltung.

Die sog. Leistungsreaktoren dienen in erster Linie der Dampferzeugung. Der auf einen hohen Druck gespannte Dampf bläst auf die Schaufelblätter der Turbine und treibt die Turbinenwelle. Mit der Turbinenwelle dreht sich der Rotor des Generators und erzeugt ein kreisendes Magnetfeld. Hierdurch wird in den Wicklungen des Stators, also dem feststehenden, äußeren Teil des Generators mit einem ruhenden Magnetfeld, eine elektromotorische Kraft, d. h. der ins Verteilungsnetz geschickte Wechselstrom „induziert“. Ein Kernkraftwerk unterscheidet sich von einem herkömmlichen Dampfkraftwerk mit Kohle-, Öl- oder Gasfeuerung lediglich in der Art der Dampferzeugung. Turbine und

Generator sind grundsätzlich gleich (Vergleiche Abb. 8).

Es gibt heute eine große Zahl verschiedener Leistungsreaktoren, die sich je nach Art des radioaktiven Brennstoffes, dem Bremsmittel (Moderator zur Steuerung des Vorganges der Kernspaltung) oder Kühlmittel unterscheiden. Wir wollen hier nur als Beispiel die sog. Leichtwasser-Reaktoren nennen, bei denen normales Wasser als Brems- und Kühlmittel dient. Sie finden als Druckwasser- oder Siedewasser-Reaktor Anwendung. Beim Druckwasser-Reaktor (vergleiche Abb. 8) setzt man, um das Sieden (Verdampfen) des als Wärmeträger dienenden Wassers zu verhindern, den Wasserkreislauf unter hohen Druck. Im Siedewasser-Reaktor wird dagegen das Sieden des Wassers zugelassen. Wird der entstehende Wasserdampf aus dem Reaktor direkt in die Turbine



Arbeitsweise eines Kernkraftwerkes mit Druckwasserreaktor

Abb. 8

- 1 Kernreaktor
- 2 Hauptkühlmittelpumpe
- 3 Dampferzeuger (Wärmeaustauscher)
- 4 Druckhalter

- 5 Turbine, Hochdruckteil
- 6 Turbine, Niederdruckteil
- 7 Generator
- 8 Erregermaschine

- 9 Kondensator
- 10 Hauptkondensatpumpe
- 11 Speisewasserbehälter
- 12 Hauptspeisewasserpumpe

Ausgleich der Strombelastungskurve

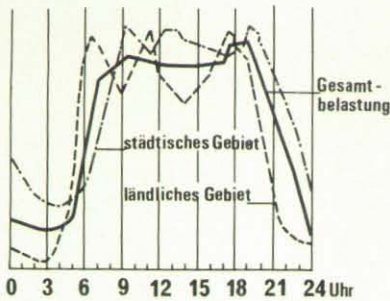


Abb.: 9

Quelle: RWE AG

geleitet, haben wir es mit einem besonders einfachen Einkreisssystem zu tun. Dieses hat jedoch den Nachteil, daß der Dampf beim Passieren des Reaktors mit radioaktiven Stoffen in Berührung gekommen ist. Deshalb muß in diesem Falle auch die Turbine mit in die Strahlenabschirmung einbezogen werden. Große Anlagen werden daher meistens mit einem Zweikreis-Kühlsystem ausgerüstet: Der im Innern des Reaktors erzeugte radioaktive Dampf (Primär-Kreislauf) gibt seine Wärme über einen Wärmeaustauscher an den Turbinendampfkreislauf (Sekundär-Kreislauf) ab. Kernkraftwerke mit Siedewasserreaktoren erzeugen nur Dampf von einer Temperatur bis etwa 300° C, während moderne Dampfkraftwerke mit Heißdampf-

temperaturen zwischen 500 und 600° C arbeiten. Dies wird auch in fortgeschrittenen Bauformen, den Hochtemperatur- und Heißdampfreaktoren, erreicht. Die Zukunft wird zweifellos den sog. Schnellen Reaktoren, auch Schnelle Brüter genannt, gehören, bei denen als Kernbrennstoff Plutonium und vor allem aber das in den bisher geschilderten Wasserreaktoren nicht mehr verwendbare, verbrauchte Uran Verwendung finden kann. In einem solchen sog. Brutreaktor also wird aus dem Abfall der Wasserreaktoren in Form von Plutonium neuer Kernbrennstoff „erbrütet“. Schnelle Brüter erzeugen demnach mehr Kernbrennstoff als sie selbst verbrauchen, gestatten auch die Nutzung von radioaktiven Brennstoffen mit geringem Urangehalt und stellen eine weit bessere Ausnutzung der vorhandenen Brennstoffvorkommen um mindestens das 50fache sicher. Diese Tatsache hat für die Zukunft eine ungeahnte Bedeutung, denn es bedeutet für die nächsten Jahrhunderte ausreichende Elektrizität auf der Basis von Kernenergie.

Kraftwerkseinsatz in der Elektrizitätsversorgung am 16.10.1970 (Tageshöchstbelastung)

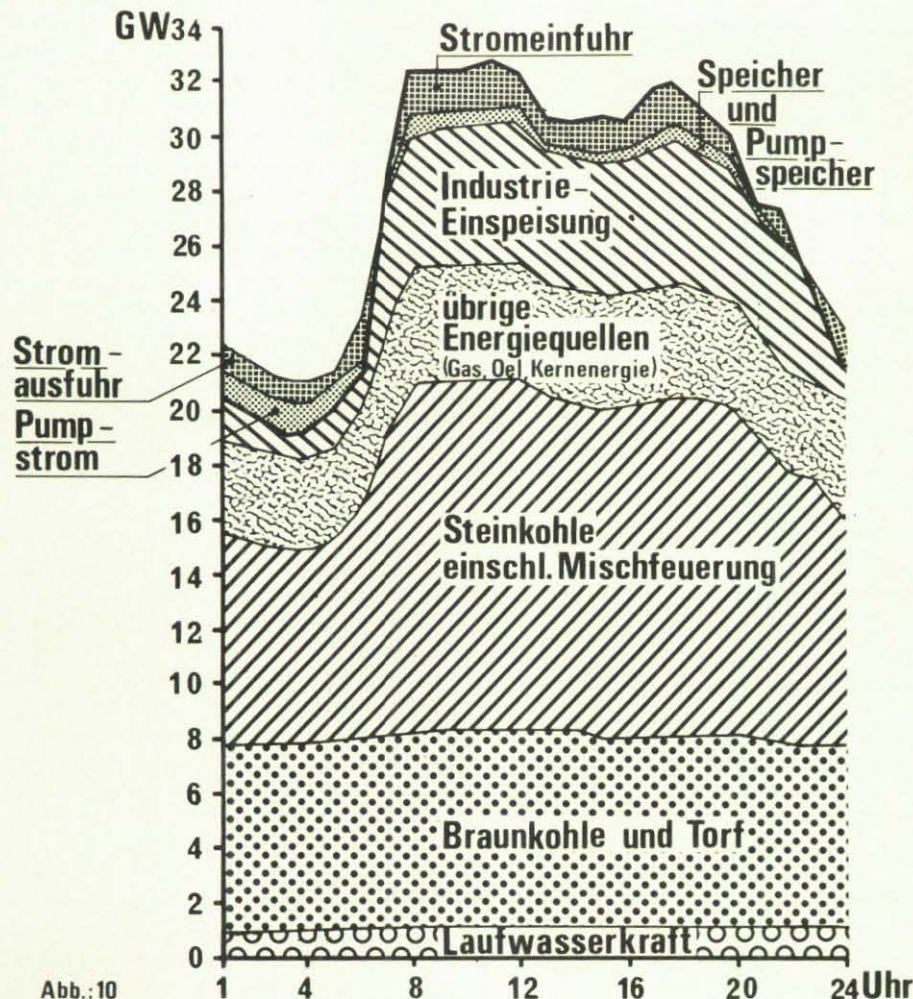


Abb.: 10

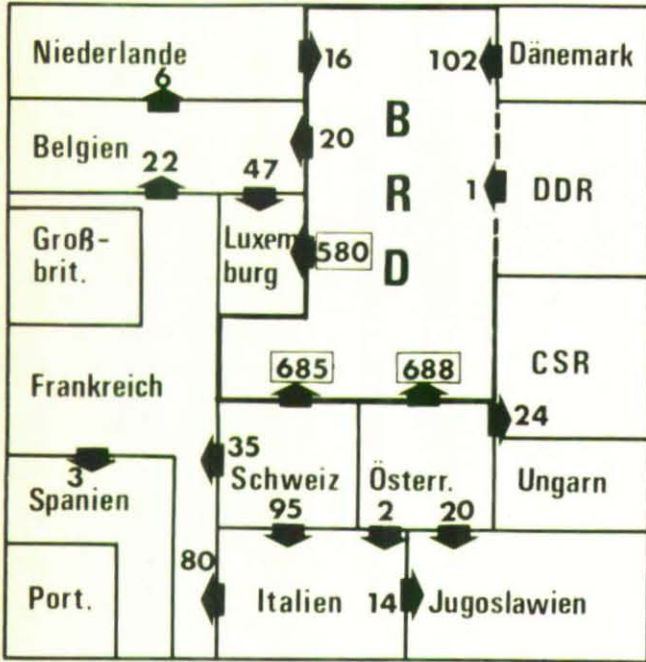
Stromverbrauchsschwankungen und -spitzen

Neben der Tatsache der ständigen Steigerung des Strombedarfes in Vergangenheit und Zukunft sind es vor allem zwei Merkmale, die für die Elektrizitätsversorgung ausschlaggebend sind:

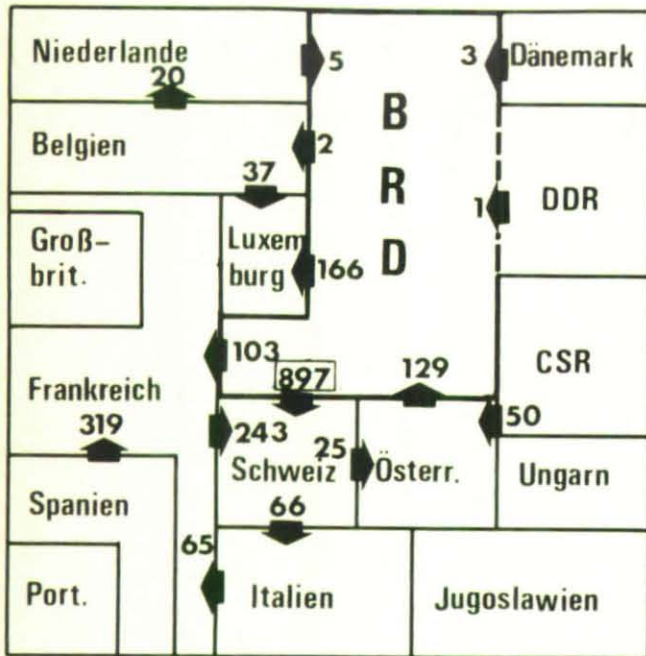
1. Der Strombedarf der verschiedenen Bedarfsträger, wie Haushalte, Gewerbe, Handel, Industrie, Landwirtschaft und der öffentliche Bedarf, ist unterschiedlich und unterliegt spezifischen jahreszeitlichen, monatlichen, wöchentlichen, stündlichen und noch kürzerfristigen Schwankungen.

2. Elektroenergie läßt sich in der heute überwiegend erzeugten Form von Drehstrom nicht wie eine Ware speichern, sondern muß in dem Augenblick erzeugt werden, in dem sie benötigt wird. Die Abb. 9 zeigt die typischen Strombelastungskurven im Verlauf eines Tages in einem städtischen und einem ländlichen Versorgungsgebiet. Die ausgezogene Linie als Kurve der Gesamtbelastung weist weit geringere Schwankungen auf und macht bereits deutlich, daß die gemeinsame Versorgung verschieden strukturierter Gebiete (Stadt und Land) wesentlich die Spitzen und Täler in der Belastungskurve ausgleicht, hiermit eine weit bessere Ausnutzung der Kraftwerke und damit eine Verbilligung der

Europäischer Stromverbund



Sommerperiode



Winterperiode

Erläuterung:
 ▲ Zwischen-
 129 staatlicher
 Ausgleich in MW

Stromversorgung ermöglicht. Diese Tatsache macht bereits die Vorteile eines möglichst großräumigen Energieverbundes zwischen Gebieten mit dichter und geringerer Besiedlung sowie mit starker und geringerer Industrialisierung deutlich.

Die Abbildung 10 zeigt einen weiteren entscheidenden Vorteil des Energieverbundes auf, der in der Verknüpfung möglichst vieler Kraftwerke und auf der Basis der verschiedensten Energieträger zu einem einzigen Stromversorgungsnetz besteht. Dargestellt ist die Belastungskurve am Tage des höchsten Stromverbrauches im Jahre 1970 und dessen Abdeckung durch die mit den einzelnen Energieträgern betriebenen Kraftwerke: Die wegen des relativ niedrigen Heizwertes wirtschaftlich nur an deren Gewinnungsort arbeitenden Kraftwerke auf Braunkohle- und Torfbasis decken in gleichmäßigem, ununterbrochenen Tag- und Nachtbetrieb die sog. Grundlast im Versorgungsgebiet. Gleiches gilt für die Laufwasserkraft, die vom augenblicklichen Wasserdargebot in den Strömen und Flüssen abhängig ist. Auch die Kernenergie als modernste Energieform kann wirtschaftlich nur dann eingesetzt werden, wenn sie möglichst gleichmäßig genutzt wird. Die mit Steinkohle und den übrigen fossilen Brennstoffen gefeuerten Kraftwerke der öffentlichen Energieversorgung und der Industrie gestatten eine gewisse Anpassung an den Schwankungsrhythmus. Die vollständige Anpassung an die von den unterschiedlichsten Verbrauchern und Verbrauchergruppen erzeugten Belastungsschwankungen gelingt heute nur durch einen über die Ländergrenzen hinaus reichenden Stromverbund, wie ihn die Abb. 11 deutlich macht. Er dient der optimalen Ausnutzung aller Energiequellen. Wenn in der Sommerperiode durch erhöhten Wasserzufluß infolge Gletscherschmelze in den Alpenländern Österreich und der Schweiz die Wasserkraftwerke mehr Energie anbieten, kann diese in Gebiete mit Wärmekraftwerken geliefert werden. Hier können nun z. B. planmäßig Kessel und Turbinen stillgelegt und überholt werden. Im Winter findet der gegenläufige Weg der Stromenergie Anwendung, wenn in den Ländern mit starkem Anteil an Wasserspeichern wegen der Gletschervereisung die Vorräte knapp werden. So können jeweils die einzelnen Energieträger entsprechend ihrer Rentabilität optimal ausgelastet werden. Hierdurch wird nicht nur

eine preisgünstige Stromversorgung, sondern auch eine geradezu einmalige Sicherheit für alle Verbundpartner ermöglicht. Über das ganz Mitteleuropa und besonders die Energieerzeugungs- und -verbrauchszentren verbindende Höchstspannungsnetz können in Sekundenschnelle riesige Energieströme nach allen Richtungen in Bewegung gesetzt werden.

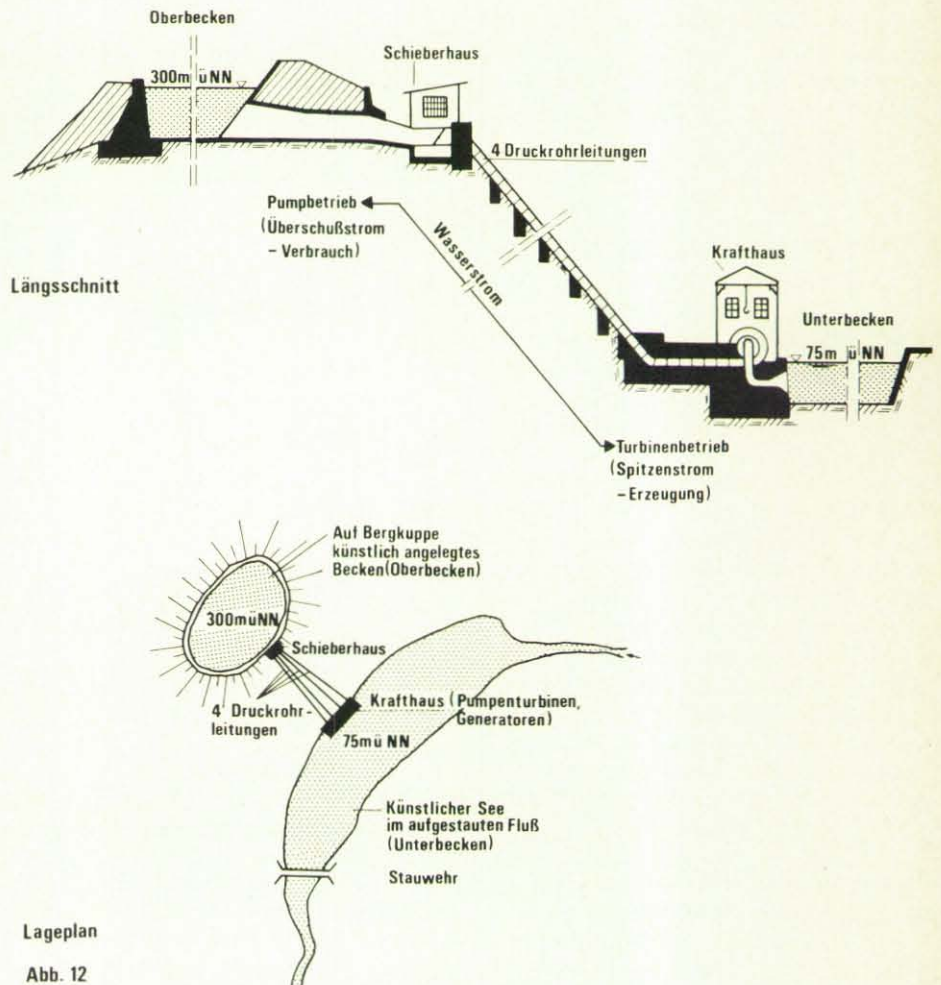
Pumpenspeicherung

Zur Abdeckung kurzzeitiger Belastungsspitzen und als Momentanreserve bedient sich die Elektrizitätswirtschaft der Pumpenspeicherwerke. Sie bieten die Möglichkeit, durch das Medium Wasser elektrische Energie zu speichern und bei Bedarf kurzfristig einzusetzen: Die besonders in den Nachtstunden aus den Grundlastwerken auf der Basis von Kohle und Laufwasserkraft zur Verfügung stehende Stromenergie wird zum Antrieb von Pumpen verwendet, welche Wasser aus tief gelegenen Seen oder gestauten Flüssen (Unterbecken) in möglichst hochgelegene Speicherbecken (Oberbecken) fördern (siehe Abb. 12). Während täglicher Stromverbrauchsspitzen strömt das geförderte Wasser durch Rohrleitungen oder Druckstollen den umgekehrten Weg wieder zurück zu Tal und speist Turbinen, die auf gleicher Welle mit Stromerzeugern arbeiten. Die Abb. 13 zeigt das Belastungsdiagramm eines Pumpenspeicherwerkes an 2 Wintertagen mit dem typischen und im vorliegenden Beispiel besonders häufigen Wechsel zwischen Pumpbetrieb, d. h. Füllung des oberen Speicherbeckens bzw. dem umgekehrten Turbinenbetrieb, d. h. Entnahme von Wasser aus dem hochgelegenen Speicher zur Stromerzeugung mit dem Ziele der Abdeckung kurzfristiger Verbrauchsspitzen im Versorgungsnetz.

Viele zusätzliche Kraftwerke

Der innerhalb von jeweils 10 Jahren erwarteten Verdoppelung des Stromverbrauches in der Bundesrepublik kann allein durch den Bau neuer Kraftwerke begegnet werden. Nach dem Energieprogramm der Bundesregierung müssen bis zum Jahre 1985 mindestens 100 neue Großkraftwerke mit Gesamtkosten von schätzungsweise mehr als 70 Milliarden DM errichtet werden. Wenn man hierbei noch berücksichtigt, daß die Kosten für die Strom-

Prinzip der Pumpenspeicherung



erzeugung lediglich etwa ein Drittel des Gesamtaufwandes ausmachen und dazu in die Stromverteilungsnetze und Schalt- sowie Umspannanlagen nochmals etwa doppelt so viel investiert werden muß, werden die gewaltigen Anstrengungen zur Sicherstellung der künftigen Elektrizitätsversorgung bei uns deutlich. Dabei geht die Entwicklung hin zum Bau immer größerer Kraftwerkseinheiten (sog. Blöcken, wie der Fachmann sagt). Sie bieten nicht nur den Vorteil des weit geringeren Brennstoffverbrauches — wie die Abb. 14 mit der Darstellung der Abnahme des Verbrauchers an Braun- und Steinkohle je erzeugte Kilowattstunde in der Vergangenheit bis heute eindringlich zeigt —, sondern auch in wesentlich niedrigeren Bau- und Personalkosten. Während z. B. im Jahre 1929 der damals größte gebaute Turbinengenerator eine Leistung von 85 Megawatt besaß, sind heute Aggregate mit einer Leistung von 1300 Megawatt (1 Megawatt (MW) = 1 Mio Watt = 1000 Kilowatt (KW)). Die Zukunft gehört den kostengünstigsten und umweltfreundlichen Energie-

trägern Erdgas und Kernenergie, wofür bereits Kraftwerkseinheiten von über 3000 MW in Planung sind. Auch die Braunkohle erfüllt bei der Zukunftssicherung der Elektrizitätsversorgung eine wesentliche Aufgabe. Deshalb kommt der Erschließung neuer Lagerstätten besondere Bedeutung zu. Die Abb. 15 gibt eine Übersicht über die zur Zeit geplanten rd. 40 Neu- und Erweiterungsbauten von Großkraftwerken in der Bundesrepublik. Das Bild der Zukunftssicherung der Stromversorgung wäre jedoch lückenhaft, wenn man die Steinkohle als unsere einzige derzeit unbeschränkt verfügbare Energiequelle in ihrer Rolle als Versorgungsfundament verkennen würde.

Kernkraftwerke im Meer

Es gibt in den USA eine bereits konkrete Formen annehmende Zukunftsvision, nach der im Wasser vor den Meeresküsten schwimmende oder auf dem Meeresgrund verankerte riesige Plattformen

errichtet werden, auf welchen Kraftwerke mit einer Leistung von mindestens 4 000 — 5 000 MW entstehen. Die sich hieraus ergebenden vielgestaltigen technischen und Umwelt-Probleme werden auch bereits bei uns diskutiert.

Abwärmelast der Flüsse

Bei der Erzeugung von Elektroenergie wird nur ein Teil der erzeugten Wärme umgewandelt (Nutzwärme), der größere Teil bleibt leider ungenutzt (Abwärme) und muß aus dem Kraftwerk abgeleitet werden. Bei den mit fossilen Brennstoffen betriebenen Kraftwerken beträgt der Nutzwärmeanteil etwa 35 — 40 %, bei den Kernkraftwerken sogar nur 30 — 35 %. Während also in den Verbrennungskraftwerken die fortzuleitende Abwärme rund 45 — 54 % ausmacht, ist sie bei einem Kernkraftwerk fast um ein Drittel größer, nämlich 60 — 65 %. (Der an 100 % fehlende Anteil geht durch Abstrahlung und Abgase verloren). Die einfachste und billigste Lösung besteht darin, die Abwärme mit Kühlwasser abzuführen, das aus Flüssen entnommen und in diese erwärmt wieder zurückgeleitet wird. Wegen des hohen Kühlwasserbedarfes liegen die meisten vorhandenen und geplanten Großkraftwerke an den wasserreichen Strömen, Flüssen, Binnenschiffahrtskanälen oder an den Meeresküsten. Die Abb. 15 macht deren Häufung an Rhein, Main, Neckar, Donau, Ems und Weser deutlich. Durch die Wiedereinleitung des erwärmten Kühlwassers bei dem wirtschaftlichsten Kühlverfahren der Frischwasserkühlung treten schädliche Veränderungen im Gewässer auf: Die Pflanzen- und Tierwelt wird vollständig verändert. Die bisher vorhandenen Organismen sterben mehr oder weniger ab. An ihre Stelle treten wärmeliebende Organismen, die nicht mehr den zum Abbau der Schmutzstoffe aus Abwassereinleitungen im Fluß dringend benötigten Sauerstoff produzieren, sondern sogar noch dem Fluß entziehen. So kann es zu völligem Sauerstoffmangel im Fluß führen. Das Flußwasser beginnt „zu faulen“, man spricht vom „Umkippen“ des Gewässers. Es bilden sich Schwefelwasserstoff und Methan, es kommt zur Bildung von Giften, und das Flußwasser ist auch nach Versickerung im Untergrund und anschließender Aufbereitung für die

Belastungsdiagramm eines Pumpspeicherwerkes an zwei Wintertagen

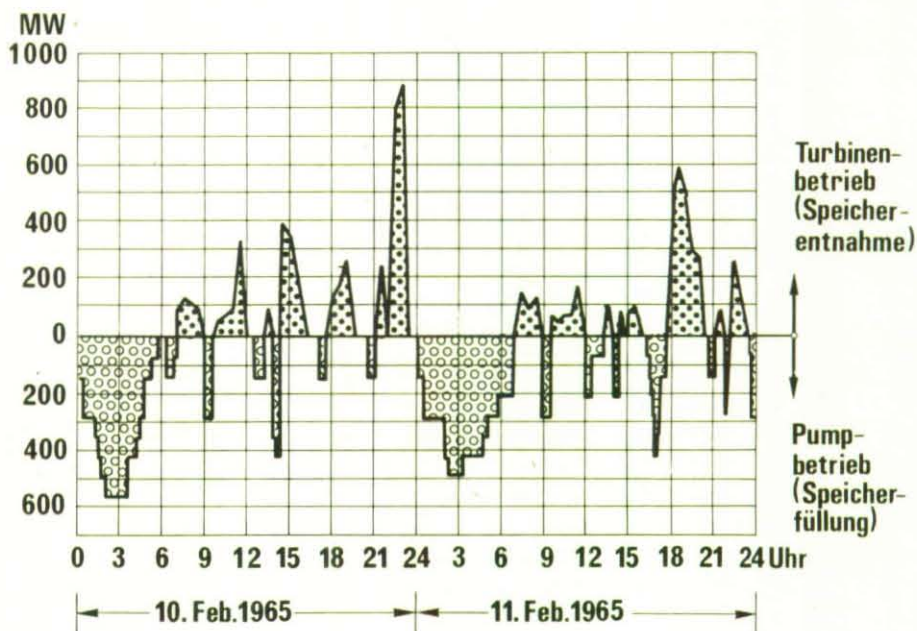


Abb.: 13

Quelle : RWE Essen

Trinkwasserversorgung ungenießbar. Um die Gewässer zu entlasten, baut man zusätzlich Kühltürme, die die Abwärme an die Luft abgeben und in denen das in ständigem Kreislauf geführte Kühlwasser „rückgekühlt“ wird. Hierbei braucht nur das im Kühlturm verdunstete Wasser als Frischwasser aus dem Fluß ergänzt zu werden. Solche Kühltürme in ihrer charakteristischen hyperbolischen Form und mit einer Höhe von bis zu 130 m und Durchmessern von bis zu

100 m sind heute neben den Schornsteinen die augenfälligsten Kennzeichen von Großkraftwerken. Als Folge der Verdunstung im Kühlturm bilden sich Dampf Wolken, die sich auch wiederum ungünstig auf die Atmosphäre auswirken. Deshalb müssen in Zukunft die Kraftwerke von Naßkühlung auf Trockenkühlung übergehen, bei welcher die Abwärme ohne Dampf bildung und Erhöhung der Luftfeuchtigkeit abgegeben wird und man bei der Standortwahl für ein Kraftwerk künftig nicht mehr an ein Gewässer gebunden ist.

Abnahme des Verbrauches an Braunkohle und Steinkohle je erzeugte kWh durch grössere Kraftwerkseinheiten und verbesserte Techniken

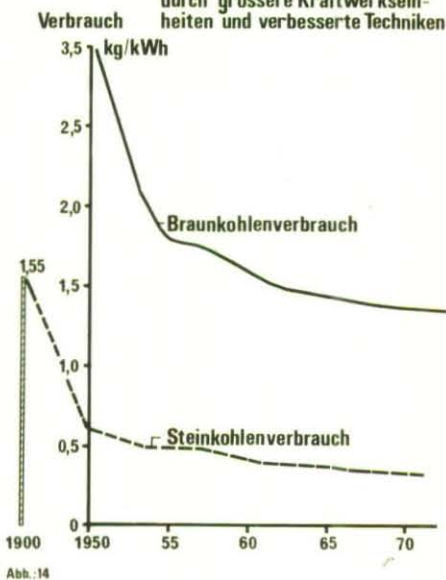


Abb.: 14

Kernenergie – Energie der Zukunft

Mit dem Einsatz von Kernenergie und den sich aus ihrer Weiterentwicklung eröffnenden ungeahnten Möglichkeiten kann die Versorgung mit Elektroenergie für lange Zeit gesichert werden. Sie muß dazu führen, den augenblicklichen Raubbau an den uns auf der Erde nicht unbegrenzt zur Verfügung stehenden fossilen Brennstoffen durch deren Verbrennung zu Heizzwecken zu beenden, damit sie auch in ferner Zukunft noch als unersetzliche Ausgangsmaterialien für die chemische Umwandlung in andere Stoffe, z. B. zur Erzeugung von Kunststoffen, zur Verfügung stehen. Die Kernenergie wird uns auch künftig die Erzeugung

der Edelennergie Erdgas aus Braun- und Steinkohle eröffnen, worauf bereits hingewiesen worden ist.

Neue Energiequellen

Die Wissenschaftler vieler Nationen arbeiten jedoch auch an der Erschließung weiterer Energiequellen: Hierzu gehört die direkte Umwandlung von Wärme in elektrischen Strom, d. h. ohne den bisher üblichen Umweg über Dampfkessel und Turbine, erzeugt im magnetohydrodynamischen Generator aus hoch erhitzten Gasen (MHD-Verfahren). Die großtechnische Ausnutzung dieser völlig neuen Art der Stromerzeugung setzt allerdings noch die Lösung einiger Probleme voraus, die zur Zeit u. a. im Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in einer Versuchsanlage erforscht werden.

Kernfusion

Wissenschaftler aller Nationen, in der Bundesrepublik besonders in der Kernforschungsanlage Jülich, arbeiten intensiv daran, die bei der kontrollierten Verschmelzung von Atomkernen des schweren bzw. überschweren Wasserstoffes (Deuterium-Tritium) zu Helium frei werdende Energie zur Erzeugung von elektrischem Strom zu nutzen. Zur Einleitung dieses Vorganges der Kernfusion sind allerdings Temperaturen von 100 Millionen bis einigen Milliarden Grad sowie hoher Druck über die verhältnismäßig lange Zeit von etwa einer Sekunde erforderlich. Da schwerer Wasserstoff — wenn auch nur zu einem kleinen Bruchteil (1 Tonne Wasser enthält 150 Gramm schweres Wasser) — überall im natürlichen Wasser enthalten ist, steht damit in den Weltmeeren eine praktisch unerschöpfliche Energiequelle zur Verfügung. Da bei der Kernfusion die physikalischen und technologischen Fragen noch wesentlich komplizierter sind als bei der Kernspaltung, wird mit einer Lösung des Problems etwa erst im Jahre 2000 gerechnet.

Sonnenenergie

Aus dem Prozeß der Kernfusion entsteht die Strahlungsenergie der Sonne, die einzige Energiequelle, die der Umwelt keine Belastung bringt. Die Sonne sendet auf die

Erde eine Energiemenge aus, die weit höher ist als die Summe aller uns heute in Form fossiler Brennstoffe und Kernkraft zur Verfügung stehenden Energien. Wenn es also gelingt, die Sonnenenergie für die Elektrizitätsgewinnung und Raumheizung großtechnisch nutzbar zu machen, wozu in erster Linie die nur am Tage anfallende Sonnenwärme aufzufangen und auch für die Nacht gespeichert werden muß, ist für die Menschheit eine neue Epoche ohne Energiekrise und Umweltprobleme, das „Sonnenzeitalter“ im wahrsten Sinne des Wortes angebrochen. Werden wir Menschen von heute

dieses noch erleben? Bis dahin gilt es jedenfalls, Energie rationell und verantwortungsbewußt einzusetzen. Hierzu gehört z. B. die Verbesserung der Wärmeisolation in den Gebäuden zur Verringerung von Verlusten durch Wärmeabstrahlung. Bisher wurde ferner vernachlässigt die Ausnutzung der Abwärme aus Kraftwerken etwa zum Betrieb von Anlagen zur Gebäudeheizung. Auch der Rückgewinnung von Wärme durch Wärmeaustauscher und Wärmepumpen zur Heizung und Klimatisierung wird mehr Beachtung geschenkt werden müssen.

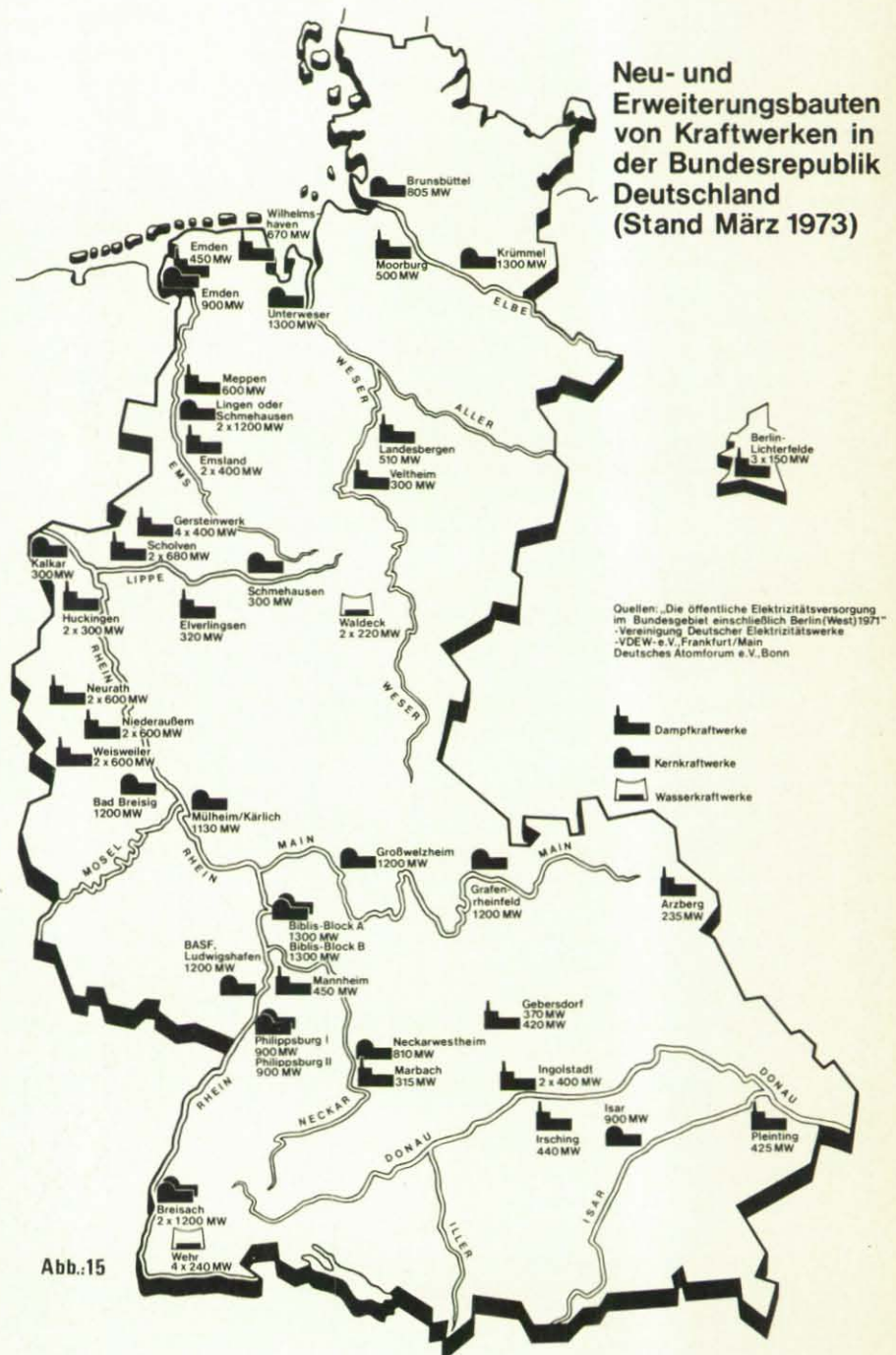


Abb.:15

Lehrgangszeitplan 1974 der Katastrophenschutzschule des Bundes

Lfd. von bis
Nr. Lehrgangsort (Meldeschuß)

Ahrweiler

A 17	Sonderlehrgang Schaltanlagen	4. 3.	8. 3.	A 36	Ausbildungslehrgang für Unterführer-Anwärter des Veterinärdienstes	22. 4.	26. 4.
A 18	Sonderlehrgang I für Sprengmeister-Anwärter des Bergungsdienstes	4. 3.	15. 3.	A 37	Ausbildungslehrgang für Führer der Führungsgruppen	22. 4.	26. 4.
A 19	Sonderlehrgang Gasschweißen Stufe I	4. 3.	15. 3.	A 38	Sonderlehrgang I „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ (Planübung mittlere Großstadt)	22. 4.	26. 4.
A 20	Ausbildungslehrgang für Führer-Anwärter der ABC-Melde- und Auswertestellen (AMS-K)	5. 3.	15. 3.	A 39	Sonderlehrgang II für Sprengmeister des Bergungsdienstes	22. 4.	26. 4.
A 21	Lehrgang „Führen im Katastrophenschutz“	5. 3.	15. 3.	A 40	Fortbildungslehrgang für Zugführer der Fernmeldeeinheiten (Fernmeldezüge)	22. 4.	26. 4.
A 22	Ausbildungslehrgang für Zugführer-Anwärter des I-Dienstes	11. 3.	22. 3.	A 41	Sonderlehrgang II „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ (Planübung Landkreis)	6. 5.	10. 5.
A 23	Ausbildungslehrgang für Führer-Anwärter der Fernmeldeeinrichtungen (Fernmeldezentrale HVB und KatS-Abschnitt)	12. 3.	22. 3.	A 42	Ausbildungslehrgang für Gruppenführer-Anwärter der AÖ-Gruppen	6. 5.	17. 5.
A 24	Ausbildungslehrgang für Führungskräfte des Veterinärdienstes	18. 3.	22. 3.	A 43	Ausbildungslehrgang Netz-Freileitung für Gruppenführer-Anwärter der E-Gruppen	6. 5.	17. 5.
A 25	Sonderlehrgang „Anlegen und Durchführen von Übungen“ für Führer taktischer Einheiten und Führer von Führungsgruppen	18. 3.	22. 3.	A 44	Ausbildungslehrgang für Zugführer-Anwärter des ABC-Dienstes	7. 5.	17. 5.
A 26	Sonderlehrgang Gasschweißen Stufe II (Rohrschweißerprüfung) G - RI m DIN 8560)	18. 3.	29. 3.	A 45	Lehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“	7. 5.	17. 5.
A 27	Sonderlehrgang Elektroschweißen Stufe I	18. 3.	29. 3.	A 46	Ausbildungslehrgang für Führer-Anwärter der Fernmeldeeinrichtungen (Fernmeldezentrale HVB und KatS-Abschnitt)	7. 5.	17. 5.
A 28	Ausbildungslehrgang für Bereitschaftsführer-Anwärter des Bergungsdienstes	19. 3.	29. 3.	A 47	Sonderlehrgang II „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ (Planübung Landkreis)	13. 5.	17. 5.
A 29	Ausbildungslehrgang für Führer-Anwärter der ABC-Melde- und -Auswertestellen (AMS-K)	26. 3.	5. 4.	A 48	Lehrgang: Besondere Fortbildung der Ärzte des Sanitätsdienstes	13. 5.	17. 5.
A 30	Lehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“	26. 3.	5. 4.	A 49	Sonderlehrgang Brunnenbau	20. 5.	25. 5.
A 31	Sonderlehrgang I „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ (Planübung mittlere Großstadt)	1. 4.	5. 4.	A 50	Lehrgang „Führen im Katastrophenschutz“	20. 5.	31. 5.
A 32	Sonderlehrgang II für Sprengmeister des Bergungsdienstes	1. 4.	5. 4.	A 51	Sonderlehrgang Brunnenbau	20. 5.	31. 5.
A 33	Ausbildungslehrgang für Truppführer-Anwärter der GW-Gruppen	1. 4.	5. 4.	A 52	Fortbildungslehrgang für Führungskräfte des Veterinärdienstes	27. 5.	31. 5.
A 34	Fortbildungslehrgang für Gruppenführer der E-Gruppen	1. 4.	5. 4.	A 53	Ausbildungslehrgang Netz-Freileitung für Truppführer-Anwärter der E-Gruppen	27. 5.	31. 5.
A 35	Ausbildungslehrgang für Gruppenführer-Anwärter der GW-Gruppen	16. 4.	27. 4.	A 54	Sonderlehrgang Trinkwasseraufbereitung (Berkefeldanlage)	27. 5.	31. 5.
		(25. 3.)		A 55	Sonderlehrgang Trinkwasseraufbereitung (Kruppanlage)	10. 6.	15. 6.
				A 56	Sonderlehrgang Aluminiumschweißen	10. 6.	15. 6.
				A 57	Sonderlehrgang „Anlegen und Durchführen von Übungen“ auf Standortebe- ne	10. 6.	22. 6.
				A 58	Ausbildungslehrgang für Truppführer-Anwärter der AÖ-Gruppen	17. 6.	21. 6.
				A 59	Lehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“	17. 6.	21. 6.
				A 60	Sonderlehrgang Elektroschweißen Stufe II	18. 6.	28. 6.
				A 61	Sonderlehrgang „Anlegen und Durchführen von Übungen“ auf Standortebe- ne	18. 6.	29. 6.
				A 62	Ausbildungslehrgang für Truppführer-Anwärter der GW-Gruppen	24. 6.	28. 6.
				A 63	Fortbildungslehrgang für Zugführer des ABC-Dienstes	24. 6.	28. 6.

Lfd. Nr.	Lehrgangsart	von (Meldescluß)	bis				
Außenstelle Hoya							
H 14	Sonderlehrgang II (Fortbildung) Behelfsbrückenbau — Leiter —	4. 3.	8. 3.	H 45	Fortbildungslehrgang für geprüfte Aubofahrer (Prüfung bis 1971 abgelegt)	15. 7. (17. 6.)	19. 7.
H 15	Fortbildungslehrgang für Fahrlehrer	4. 3.	8. 3.	H 46	Sonderlehrgang I Behelfsbrückenbau — Leiter —	15. 7. (17. 6.)	19. 7.
H 16	Sonderlehrgang Fahren auf dem Wasser	11. 3.	15. 3.	H 47	Sonderlehrgang für Aubofahrer	22. 7. (17. 6.)	26. 7.
H 17	Sonderlehrgang für Aubofahrer	11. 3.	15. 3.	H 48	Sonderlehrgang Stegebau	22. 7. (17. 6.)	26. 7.
H 18	Sonderlehrgang Behelfsbrückenbau II	11. 3.	15. 3.	H 49	Sonderlehrgang II (Fortbildung) Behelfsbrückenbau — Leiter —	22. 7. (17. 6.)	26. 7.
H 19	Sonderlehrgang Retten aus Wassergefahren	18. 3. (18. 2.)	22. 3.	H 50	Sonderlehrgang Fahren auf dem Wasser	29. 7. (1. 7.)	2. 8.
H 20	Sonderlehrgang für Aubofahrer	18. 3. (18. 2.)	22. 3.	H 51	Sonderlehrgang Vermessungsgrundlagen	29. 7. (1. 7.)	2. 8.
H 21	Sonderlehrgang Fahren auf dem Wasser	25. 3. (18. 2.)	29. 3.	H 52	Sonderlehrgang Aubo-Prüflehrgang	29. 7. (1. 7.)	9. 8.
H 22	Sonderlehrgang Behelfsbrückenbau I	25. 3. (18. 2.)	29. 3.	H 53	Sonderlehrgang Retten aus Wassergefahren	5. 8. (8. 7.)	9. 8.
H 23	Sonderlehrgang Aubo-Prüflehrgang	25. 3. (18. 2.)	5. 4.	H 54	Sonderlehrgang Behelfsbrückenbau I	5. 8. (8. 7.)	9. 8.
H 24	Sonderlehrgang Retten aus Wassergefahren	1. 4. (4. 3.)	5. 4.	H 55	Fortbildungslehrgang Vermessungsgrundlagen	5. 8. (8. 7.)	9. 8.
H 25	Sonderlehrgang Behelfsbrückenbau II	1. 4. (4. 3.)	5. 4.	H 56	Sonderlehrgang Fahren auf dem Wasser	12. 8. (8. 7.)	16. 8.
H 26	Sonderlehrgang Fahren auf dem Wasser	22. 4. (25. 3.)	26. 4.	H 57	Sonderlehrgang für Aubofahrer	12. 8. (8. 7.)	16. 8.
H 27	Sonderlehrgang für Aubofahrer	22. 4. (25. 3.)	26. 4.	H 58	Sonderlehrgang Retten aus Wassergefahren	19. 8. (22. 7.)	23. 8.
H 28	Sonderlehrgang Stegebau	22. 4. (25. 3.)	26. 4.	H 59	Sonderlehrgang für Aubofahrer	19. 8. (22. 7.)	23. 8.
H 29	Retten aus Wassergefahren	6. 5. (8. 4.)	10. 5.	H 60	Sonderlehrgang Behelfsbrückenbau II	19. 8. (22. 7.)	23. 8.
H 30	Sonderlehrgang für Aubofahrer	6. 5. (8. 4.)	10. 5.	H 61	Sonderlehrgang Fahren auf dem Wasser	26. 8. (22. 7.)	30. 8.
H 31	Sonderlehrgang I Behelfsbrückenbau — Leiter —	6. 5. (8. 4.)	10. 5.	H 62	Fortbildungslehrgang für geprüfte Aubofahrer (Prüfung bis 1971 abgelegt)	26. 8. (22. 7.)	30. 8.
H 32	Sonderlehrgang Fahren auf dem Wasser	13. 5. (8. 4.)	17. 5.	H 63	Sonderlehrgang Vermessungsgrundlagen	26. 8. (22. 7.)	30. 8.
H 33	Sonderlehrgang für Aubofahrer	13. 5. (8. 4.)	17. 5.	H 64	Sonderlehrgang Retten aus Wassergefahren	2. 9. (5. 8.)	6. 9.
H 34	Sonderlehrgang Retten aus Wassergefahren	10. 6. (13. 5.)	14. 6.	H 65	Sonderlehrgang für Aubofahrer	2. 9. (5. 8.)	6. 9.
H 35	Sonderlehrgang für Aubofahrer	10. 6. (13. 5.)	14. 6.	H 66	Fortbildungslehrgang Vermessungsgrundlagen	2. 9. (5. 8.)	6. 9.
H 36	Sonderlehrgang Behelfsbrückenbau I	10. 6. (13. 5.)	14. 6.	H 67	Sonderlehrgang Fahren auf dem Wasser	9. 9. (5. 8.)	13. 9.
H 37	Sonderlehrgang für Aubofahrer	18. 6. (20. 5.)	22. 6.	H 68	Sonderlehrgang Ölschadenbekämpfung auf dem Wasser	9. 9. (5. 8.)	13. 9.
H 38	Sonderlehrgang Aubo-Prüflehrgang	24. 6. (20. 5.)	5. 7.	H 69	Sonderlehrgang Aubo-Prüflehrgang	9. 9. (5. 8.)	20. 9.
H 39	Sonderlehrgang Stegebau	24. 6. (20. 5.)	28. 6.	H 70	Sonderlehrgang Retten aus Wassergefahren	16. 9. (19. 8.)	20. 9.
H 40	Sonderlehrgang Fahren auf dem Wasser	1. 7. (3. 6.)	5. 7.	H 71	Sonderlehrgang Stegebau	16. 9. (19. 8.)	20. 9.
H 41	Sonderlehrgang Behelfsbrückenbau	1. 7. (3. 6.)	5. 7.	H 72	Sonderlehrgang Fahren auf dem Wasser	23. 9. (19. 8.)	27. 9.
H 42	Sonderlehrgang Retten aus Wassergefahren	8. 7. (3. 6.)	12. 7.	H 73	Sonderlehrgang für Aubofahrer	23. 9. (19. 8.)	27. 9.
H 43	Sonderlehrgang für Aubofahrer	8. 7. (3. 6.)	12. 7.	H 74	Sonderlehrgang Behelfsbrückenbau I	23. 9. (19. 8.)	27. 9.
H 44	Sonderlehrgang Fahren auf dem Wasser	15. 7. (17. 6.)	19. 7.	H 75	Sonderlehrgang Retten aus Wassergefahren	30. 9. (2. 9.)	4. 10.

Lfd. Nr.	Lehrgangsart	von	bis		
		(Meldesluß)			
H 76	Sonderlehrgang für Aubofahrer	30. 9.	4. 10.	H 91	Sonderlehrgang Stegebau
		(2. 9.)			(7. 10.)
H 77	Sonderlehrgang Behelfsmäßiger Wegebau	30. 9.	4. 10.	H 92	Sonderlehrgang für Aubofahrer
		(2. 9.)			(28. 10.)
H 78	Sonderlehrgang Fahren auf dem Wasser	7. 10.	11. 10.	H 93	Sonderlehrgang Behelfsbrückenbau I
		(2. 9.)			(28. 10.)
H 79	Sonderlehrgang Behelfsbrückenbau II	7. 10.	11. 10.	H 94	Sonderlehrgang Behelfsbrückenbau III (mit vorbereitetem Gerät)
		(2. 9.)			(28. 10.)
H 80	Sonderlehrgang Retten aus Wassergefahren	14. 10.	18. 10.	H 95	Sonderlehrgang II für Kraftfahrer (Fahrgastbeförderung)
		(16. 9.)			(28. 10.)
H 81	Sonderlehrgang für Aubofahrer	14. 10.	18. 10.	H 96	Sonderlehrgang Fahren auf dem Wasser
		(16. 9.)			(28. 10.)
H 82	Sonderlehrgang Behelfsmäßiger Wegebau	14. 10.	18. 10.	H 97	Sonderlehrgang für Aubofahrer
		(16. 9.)			(28. 10.)
H 83	Sonderlehrgang Fahren auf dem Wasser	21. 10.	25. 10.	H 98	Sonderlehrgang Vermessungsgrundlagen
		(16. 9.)			(11. 11.)
H 84	Sonderlehrgang I Behelfsbrückenbau — Leiter —	21. 10.	25. 10.	Institut für Strahlenschutz in Neuherberg	
		(16. 9.)		Lfd. Nr.	Lehrgangsart
H 85	Sonderlehrgang Aubo-Prüflehrgang	21. 10.	1. 11.		von bis (Meldesluß)
		(16. 9.)		N 1	Ausbildungslehrgang im Strahlenschutz für Führungskräfte des Veterinärdienstes
H 86	Sonderlehrgang Retten aus Wassergefahren	28. 10.	1. 11.		6. 5. 10. 5. (17. 4.)
		(30. 9.)		N 2	Ausbildungslehrgang im Strahlenschutz für Führungskräfte des Veterinärdienstes
H 87	Sonderlehrgang Ölschadenbekämpfung auf dem Wasser	28. 10.	1. 11.		16. 9. 20. 9. (28. 8.)
		(30. 9.)		N 3	Ausbildungslehrgang im Strahlenschutz für Führungskräfte des Veterinärdienstes
H 88	Sonderlehrgang Fahren auf dem Wasser	4. 11.	8. 11.		14. 10. 18. 10. (25. 9.)
		(7. 10.)		N 4	Ausbildungslehrgang im Strahlenschutz für Führungskräfte des Veterinärdienstes
H 89	Sonderlehrgang Behelfsbrückenbau III (mit vorbereitetem Gerät)	4. 11.	8. 11.		2. 12. 6. 12. (13. 11.)
		(7. 10.)			
H 90	Sonderlehrgang I für Kraftfahrer (allradgetriebene Kfz.)	4. 11.	8. 11.		
		(7. 10.)			



LESERBRIEFE LESERMEINUNG

Notfallausweis

In der Ausgabe 9/73 berichten Sie über die Forderung einiger Bundestagsabgeordneter, einen einheitlichen Notfallausweis für alle Bundesbürger einzuführen. Ich würde eine solche Maßnahme sehr begrüßen, denn es würde für viele Verunglückte eine schnelle Hilfe ermöglichen. Auch unter den Gesichtspunkten des Zivilschutzes erscheint mir ein solcher

Ausweis sehr wichtig. Da sich trotz jahrelanger Diskussion bisher keine Erfolge gezeigt haben, rechne ich allerdings nicht damit, daß nun bald ein Notfallausweis eingeführt wird. Ich schlage deshalb vor, daß man zumindest alle Helfer im Rettungsdienst, Brand- und Katastrophenschutz mit einem Notfallausweis ausstattet. Die Tätigkeit im Katastrophenschutz ist mit vielen Gefahren verbunden, und man sollte eigentlich erwarten können, daß möglichst viel für die Sicherheit der Helfer, die sich oft freiwillig zur Verfügung stellen, getan wird. Mir erscheint es am sinnvollsten, wenn man den Notausweis mit dem Dienstaussweis kombiniert. Um zu gewährleisten, daß die Helfer den Ausweis im Dienst und privat immer bei sich haben, sollte jeder Helfer zwei Dienst-Notfall-Ausweise erhalten. Der erste Ausweis kann dann — möglichst in einer speziellen wasserdichten Tasche — in der Einsatzkleidung aufbewahrt werden. Den zweiten Ausweis kann der Helfer privat mit sich führen (deshalb möglichst

DIN-A-7-Format). Neben den Angaben für Notfälle sollte der Ausweis die Anschrift der zuständigen Dienststelle, Einheit, Dienststellung usw., Berechtigungsscheine zum Führen von Dienstfahrzeugen oder mot. Wasserfahrzeugen sowie Sprengberechtigungsscheine u. ä. enthalten.

Harry Baumann, Hannover

Keine Diesellok

In Heft 11/73 berichten Sie unter dem Titel „Lok und zwei Züge prallten zusammen“ über den Rettungseinsatz bei der Eisenbahn-Katastrophe, die sich am 5. Oktober 1973 in Marl ereignete. Auf Seite 14 oben hat sich ein grober Fehler (falsches Foto, falsche Unterschrift) eingeschlichen. Es ist keine Diesellok zu sehen, sondern ein Tender der Bauart 2'2' T 32, der zu der umgestürzten Dampflokomotive der Baureihe 44 gehört, die neben den D-Zug-Wagen liegt und nicht die Böschung hinunterstürzte.

Horst Merkel, Egenhausen

Weitere Rettungshunde

Wieder konnten drei Schäferhunde aus dem Kreis Steinburg mit der Rettungshundeplakette ausgezeichnet werden: „Dago von der Höllmühle“ (Besitzer Henning Schultz-Collet), „Dina von Haus Wolge“ (Besitzer Hans Huthoff) und „Ester Laikablut“ (Besitzer Karl Rudolf Merten). Schultz-Collet erreichte mit seinem Rüden das Prüfungsprädikat „Vorzüglich“.

Aus Lübeck und Ratekau wurden vier deutsche Schäferhunde Rettungshunde: „Basko von der Deesberger Allee“ (Gerhard L. Timm, Lübeck), „Basko vom Holstenritter“ (Günter Urvat, Ratekau), „Hektor“ (Hartmut Graf, Lübeck) und „Rone von der Runkholdwarft“ (Günter Urvat, Ratekau).

Karen Schünemann aus Pinneberg erlangte mit ihrem in Ascheberg ausgebildeten und erfolgreich geprüften Rettungshund „Pia vom Weinkopf“ bei einer Prüfung jugendlicher Schäferhundzüchter aus Schleswig-Holstein und Hamburg in Henstedt-Ulzburg (Kreis Segeberg) das Prädikat „Vorzüglich“.

Werner Drawin †

Im Alter von 72 Jahren verstarb in Husum der erste ehrenamtliche Leiter der dortigen früheren BLSV-Kreisstelle, Versicherungskaufmann und Beratender Wirtschaftler Werner Drawin.

Zwischen Nord- und Ostsee

Kiel. Wie eine statistische Zusammenfassung zeigt, leisten in Schleswig-Holstein beim Deutschen Roten Kreuz mehr als 10 000 Frauen, Männer und Jugendliche einen freiwilligen Dienst. 1972 nahmen insgesamt 43 372 Schleswig-Holsteiner an einem der Lehrgänge „Erste Hilfe – Sofortmaßnahmen am Unfallort“ oder „Häusliche Pflege“ teil.

Kappeln. Bei einer Versammlung des Landfrauenvereins stand das Thema „Selbstschutz“ im Mittelpunkt. Hierüber informierten BVS-Dienststellenleiter Anger (Schleswig), Frauensachbearbeiterin John und Fachlehrer Siegarth.

Kiel. 60 Jahre alt wurde der Präsident des DRK-Landesverbandes, Dr. Hartwig-Schlegelberger. Als Landrat des Kreises Flensburg-Land, langjähriger Finanz- und Innenminister des Landes und jetziger Landtagsvizepräsident, vor allem aber in seinem Wirken für das DRK fühlte er sich immer der sozialen Hilfe für den Mitmenschen verpflichtet. Als Innenminister setzte er sich mit seiner ganzen Persönlichkeit für die Belange der Zivilverteidigung und damit auch des Selbstschutzes tatkräftig ein.

Lübeck. Ein Informations-Seminar des BVS wurde in Gemeinschaft mit dem Verband der Heimkehrer (VdH) durchgeführt. In seinem Referat „Zivile Verteidigung aus politischer Sicht“ betonte MdBH Möller, in der Bundesrepublik seien der Zivilschutz und der Katastrophenschutz noch ungenügend ausgebaut. Regierungsdirektor a. D. Dr. Dopatka wies in seinen Ausführungen auf den privaten Schutzraumbau hin. Oberstleutnant Breymann stellte heraus, daß bei allen Spannungsbemühungen wir nicht frei seien von der Pflicht bewußter Verteidigungsbereitschaft, die auch die Zivilverteidigung mit einbeziehe.

Flensburg. Wieder einmal fand eine großangelegte Katastrophenschutzübung statt, diesmal mit der Annahme von Feuer, Sturm, Tankexplosion und Evakuierung. Hierbei probten der Abwehrstab im Rathaus am Sandkasten und die Einsatzorganisationen im Gelände. Der Schwerpunkt der Übung lag im Werftgelände.

Süderbrarup. Im Raum Süderbrarup (Angeln) lief unter dem Motto „Erst der Mensch, dann die Sache“ eine Katastrophenschutzübung mit der Annahme einer Sturmkatastrophe. Hieran beteiligten sich etwa 350 freiwillige Helfer.

Warder. Im Bereich der BVS-Dienststelle Neumünster fand in Warden/Nortorf für freischaffende und bedienstete Baufachleute ein Informations-Seminar über Schutzraumbau statt. Es sprachen Referent Dipl.-Ing. Neckermann (BVS-Bundeshauptstelle) über technische Möglichkeiten bei der Schaffung von Schutzplätzen und BVS-Fachgebietsleiter Regierungsdirektor a. D. Dr. Dopatka über staatliche Förderungsmaßnahmen.

Wilster. Im Bereich der BVS-Dienststelle Itzehoe wurde mit gutem Erfolg in der Stadt Wilster (Kreis Steinburg) ein Selbstschutz-Grundlehrgang durchgeführt, an dem sich 15 Personen beteiligten.

Elmshorn. An der „Flora-Woche 1973 Heute und Morgen“ beteiligten sich auch die BVS-Dienststelle Pinneberg mit einer Ausstellung und einer Informationsveranstaltung für Frauen mit praktischen Vorführungen. Als Referenten hatte man Frau MdB Irma Tübler und Regierungsdirektor a. D. Dr. Dopatka gewonnen.

Schafflund. In einem Informationsabend wurden vorwiegend Fragen der zivilen Verteidigung behandelt. Hierzu hatte Amtsvorsteher Thomas Christiansen eingeladen. Erschienen waren aus dem Amtsbereich Schafflund der Amtsausschuß, die Wehrführer und ihre Stellvertreter sowie interessierte Bürger. BVS-Dienststellenleiter Roland Hiebsch (Flensburg) stellte heraus, welche Aufgaben sich für die Hauptverwaltungsbeamten ergäben.

Husum. Selbstschutz-Grundlehrgänge fanden mit guter Beteiligung und großem Interesse in den Bereichen der BVS-Dienststellen Husum und Schleswig statt, in Winnert für die allgemeine Bevölkerung und in Hollingstedt für den Landfrauenverein.

Hemmingstedt. Auf der Hauptversammlung des Dithmarscher DRK-Kreisverbandes in Hemmingstedt forderte der Präsident des schleswig-holsteinischen DRK, Landesinnenminister a. D. Dr. Hartwig Schlegelberger, die Schaffung eines Landes-Katastrophenschutzgesetzes.

Lanken. Ein Informationsseminar des BVS mit Angehörigen der Bundeswehr fand in Lanken (Kreis Herzogtum Lauenburg) statt. Es sprachen der ea-Mitarbeiter der Landesstelle Schleswig-Holstein, Regierungsdirektor a. D. Dr. Dopatka, über „Maßnahmen der zivilen Verteidigung – Maßnahmen des Staates zum Schutze seiner Bürger“, vom Territorialkommando Schleswig-Holstein der deutsche Bevollmächtigte im Bereich AFNORTH, Oberstleutnant i. G. Menning, über „Die Zivilverteidigung in der Bundesrepublik aus militärischer Sicht“ und Oberstleutnant Breymann über „Schutzräume in militärischen Anlagen“. Alle Vorträge fanden großes Interesse.

Tagung mit CDU-Abgeordneten

Die BVS-Dienststelle Hamburg-Harburg hatte die Fraktion der CDU der Harburger Bezirksversammlung zu einer Info-Tagung in ihre Räume eingeladen. Alle Vorträge und Referate waren ausgerichtet nach den Info-Diensten 1 und 6 und wurden durch Filme ergänzt. Besonders aufmerksam wurde von den Abgeordneten die Frage des Schutzes der Bevölkerung und die notwendigen Selbstschutzmaßnahmen nach der Vwv-Selbstschutz diskutiert. In den oft sehr lebhaft geführten Diskussionen kam auch zum Ausdruck, daß die eigene Partei sich zu Versäumnissen in den Fragen des Zivilschutzes bekennen mußte. So schloß der Fraktionsvorsitzende Dieter Schläfke seinen Diskussionsbeitrag mit den Worten: „Wir müssen diese Versäumnisse in der Hamburger Bürgerschaft aufgreifen. Die Harburger CDU will sich besonders für eine Verbesserung und Vermehrung der Zivilschutzanlagen im Bezirk einsetzen.“

Harburger Helfer verabschieden Landesstellenleiter

Über 120 Helferinnen und Helfer der BVS-Dienststelle Hamburg-Harburg hatten sich zur Verabschiedung ihres Landesstellenleiters Ludwig Müller in der festlich geschmückten Kantine des Fernmeldeamtes 5 eingefunden. Eröffnet wurde die Veranstaltung mit einigen Musikstücken des Spielmannszuges „Deichwacht Hamburg“. Nach Grußworten des BVS-Beauftragten Wolfgang Stünkel würdigte Helfervertreter Paul Mäurer

die Verdienste des scheidenden Landesstellenleiters, wobei die besondere Aufmerksamkeit den Belangen der ehrenamtlichen Helfer gewidmet war. Daß es sich hierbei nicht um ein Lippenbekenntnis, sondern um einen vom Herzen kommenden Dank handelte, bewiesen die Blumen und die von Herbert Umlandt geschnittene Tafel mit dem Sinnspruch unseres Landesstellenleiters: „De nich will dieken — mutt wicken“, den Emblemen des BVS, der Deichwacht und dem Stadtwappen von Harburg. Die Finkenwerder Helfer verabschiedeten sich mit einem heimatlichen Geschenk, einem dicken Aal. Auch der Spielmannszug bedankte sich für die Hilfe mit einem sehr flotten Abschiedsmarsch und einem Blumenstrauß. Sichtlich bewegt bedankte sich Landesstellenleiter Ludwig Müller bei den Helfern. Er brachte zum Ausdruck, daß seine Arbeit nicht immer leicht gewesen ist, daß aber rückblickend ihm die 10 Jahre in Hamburg große Freude bereitet hätten. Die ehrenamtlichen Helfer sind die Stütze des Verbandes und werden es auch bleiben. Als letzte Amtshandlung gegenüber den Helfern überreichte er dem stellv. BVS-Beauftragten und Fachlehrer Horst Andres aus Neuenfelde die ihm verliehene Ehrennadel. Wolfgang Stünkel erhielt einen Blumenstrauß aus Anlaß seines silbernen Arbeitsjubiläums. Nach einem guten Grünkohlessen leitete Programmgestalter Werner Nehls zum gemütlichen Teil über. Bei Spielen, Tanz und vielen Einlagen (Zauberkünstler, Verlosungen) blieben die Helfer bis weit nach Mitternacht zusammen.

Landesstellenleiter Müller 65 Jahre alt

Wer so viele Freunde hat wie Landesstellenleiter L. Müller, braucht sich nicht wundern, wenn die Zahl der Gratulanten zum 65. Geburtstag den Rahmen einer „kleinen Feier“ bei weitem sprengte. Die Gratulanten kamen aus allen Teilen Hamburgs, offizielle und inoffizielle, die meisten alte Freunde und Kollegen aus jahrelanger guter Zusammenarbeit. Zwischen den vielen Blumen hübsche und wertvolle Geschenke, eines der originellsten: Ein Spazierstock, gedacht als ständiger Begleiter des passionierten Fußgängers und neuen Pensionärs für künftige Deichspaziergänge. Dazu eine „wärmende“ Wegzehrung und am Stock eine Fahrradklingel, um sich in eiligen Fällen schnellen Durchmarsch zu verschaffen. Überreicht wurde dieses Geschenk vom Vorsitzenden des Personalrates, G. Rietze. Lag es daran, daß aus diesem besonderen Anlaß alle alten Kollegen zusammentrafen, lag es an den strapaziösen Wochen, gekennzeichnet durch außergewöhnlich häufigen Katastrophen-Alarm in der Hansestadt, die hinter allen lagen, daß man sich dadurch enger denn je verbunden fühlte, ganz gewiß jedoch lag es vor allem an der lebenswert-leutseligen Art des „Chefs“ und Geburtstagskindes, daß dieser Tag so harmonisch und mit viel Klönschnack verlief und so wenig offiziellen Charakter hatte.

Senat dankt Helferinnen und Helfern

Schon wenige Wochen nach seiner Amtseinführung bat der Präses der Behörde für Inneres, Senator Hans-Ulrich Klose, die Leiter der Hilfsorganisationen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes zu einem Empfang in das Gästehaus des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg. Als Vertreter des BVS nahm Landesstellenleiter Ludwig Müller teil.

Senator Klose würdigte die ehrenamtliche Tätigkeit der Helferinnen und Helfer in Hamburg und bat die Vertreter der Hilfsorganisationen, ihren Helfern den Dank des Senats zu übermitteln.



Spielmannszug „Deichwacht Hamburg“ verabschiedet Landesstellenleiter Müller mit einem flotten Musikstück.

Information für Mitarbeiter

Zwei interessante Themen standen auf der Tagesordnung, als zur „Arbeitsgemeinschaft Kontaktpflege“ eingeladen wurde.

Aus der beruflichen Tätigkeit der Helfer wird in loser Reihenfolge berichtet. Zum Auftakt sprach Kurt-Werner Sadowski als Mitarbeiter des Amtes für Wohnung und Siedlung über das Thema „Stadtsanierung heute“. Das zweite Thema diente einem besseren Überblick über die Organisation des „Kat-S in der Stadtgemeinde Bremen“. Der Leiter der Kat-S-Schule des Landes Bremen, Heinz Lübbe, referierte in sehr übersichtlicher Weise. Besonders aktuell war dieses Thema, da am 1. 1. 1974 eine neue Kat-S-Ordnung in Kraft trat und die Mitarbeiter des BVS auf diesem Wege genaueste Information über die neue Konzeption erhielten.

Diakone und Schwestern bejahen Selbstschutz

In Absprache mit dem Senator für Soziales, Jugend und Sport führte die Landesstelle ein Informationsseminar mit der „Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände in Bremen“ durch. Die Leitung des Seminars hatte Landesstellenleiter Hans Umlauf. Leitender Regierungsdirektor Peter Galperin vom Senator für Soziales, Jugend und Sport wies in seiner Begrüßung vor mehr als 40 verantwortlichen Persönlichkeiten der Arbeitsgemeinschaft auf die Notwendigkeit hin, Informationen über den betrieblichen Katastrophenschutz an leitendes Personal von Krankenanstalten und Vollheimen zu vermitteln.

Die Thematik des Seminars ging nach Darstellung der gesetzlichen Grundlagen der zivilen Verteidigung besonders auf Wesen und Aufgabe des Selbstschutzes der Bevölkerung ein. „Die Aufgabe des Zivilschutzes, bezogen auf den Selbstschutz in Wohn- und Arbeitsstätten, kann ohne die notwendige Selbsthilfe des Bürgers nicht verwirklicht werden“, betonte Landesstellenleiter Umlauf. Die Fachgebietsleiter Diethelm Singer

und Hermann Behrmann behandelten unter Verwendung von Folien mittels Tageslichtprojektors Fachthemen. Claus von Aderkas, Direktor des Diakonischen Werkes, sprach in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft den Referenten den Dank aller Teilnehmer aus.

Fachgebietsleiter Freese konnte bereits nach Beendigung der Veranstaltung im Hotel „Bremer Hospiz“ Terminwünsche für weitere Veranstaltungen in Familien-, Kinder- und Pflegeheimen notieren.

Bürger interessieren

Als ehrenamtliche BVS-Mitarbeiterin hatte ich in zwei Ausstellungen „Der Mensch im Mittelpunkt“ in Bremen-Nord in einem Kaufhaus und in einer Sparkasse Besucher über Selbsthilfemaßnahmen zu informieren.

Als Aufklärungs- und Ausbildungshelferin verteilte ich die Info-Broschüre „Wir wollen, daß Sie leben“. Weitergehende Informationswünsche wurden häufig geäußert. Gemeinsam mit den anderen anwesenden BVS-Mitarbeitern wurden Kontaktgespräche geführt, Fragen beantwortet und Auskünfte gegeben. Viele Bürger nahmen mir wortlos im Vorübergehen Informationsunterlagen ab. Manchmal wurde auch Kritik laut. Für mich bedeuten diese Ausstellungen Möglichkeiten, zu lernen, wie ich meine Mitmenschen am besten anspreche, um sie für die Ziele unserer Arbeit zu gewinnen.

Inge Sch.

Neubeginn mit Selbstschutz

Nach Abschluß des ersten Selbstschutzlehrgangs für Jugendliche im Strafvollzug kann gesagt werden, daß der Versuch erfolgreich war. Es kam bei den einzelnen Themen zu interessanten Zwischenfragen, bemerkenswerten Kommentaren und fruchtbaren Diskussionen. Dies läßt darauf schließen, daß der anfangs wohl mehr von der Suche nach

Unterhaltung und Bildung ausgehende Interessenanlaß zu Denkanstößen führte. Nicht zu übersehen war, daß einige Teilnehmer der Lehrgänge mit gespannter Aufmerksamkeit zuhörten, fleißig und genau bei den praktischen Übungen mitmachten, sich aber sonst kaum oder gar nicht an den lebhaften Gesprächen beteiligten. Erwähnenswert und auffällig sind während der Filmvorführungen intensive Reaktionen bei diesem Personenkreis, wie sie sonst in dem Maße nicht zu beobachten sind. Dieses unmittelbare, offene, stark vom Gefühl beeinflusste Mitgehen und Sich-dazu-äußern, wie es hier im gelockerten Strafvollzug bei Jugendlichen hervortritt, wirft ein bezeichnendes Licht auf die seelische Stimmungslage der auf den Wiedereintritt in das freie Leben vorzubereitenden jungen Menschen.

Martha Werbelow geehrt

In einer Dienstbesprechung im Beisein des Helfervertreters Werner Schwanck und aller Bediensteten der Landesstelle ehrte Landesstellenleiter Hans Umlauf die Verdienste der ehrenamtlichen Fachgebietsleiterin II 5, Martha Werbelow, durch die Verleihung der BVS-Ehrennadel. Frau Werbelow, gelernte Apothekerin, ist seit 3. Juni 1962 Mitarbeiterin der Dienststelle. 1965 erwarb sie die Ausbildungsberechtigung und wurde ständig bei Ausbildungsveranstaltungen in der damaligen BVS-Schule in Ritterhude eingesetzt. Zusätzlich war sie in der Öffentlichkeitsarbeit und insbesondere bei Ausstellungen der Landesstelle tätig. Kontakte zu Bürgervereinen, Hausfrauenorganisationen und konfessionellen Frauengruppen führten zu zahlreichen Info-Veranstaltungen.

Am 1. Januar 1969 wurde Frau Werbelow, inzwischen BVS-Fachlehrerin, zur Leiterin des Fachgebiets II 5 —ea— berufen. Im Juni des gleichen Jahres absolvierte sie die Rednerprüfung und steht der Landesstelle als versierte Fachkraft zur Verfügung.

Gute Mitarbeit

Eine Besprechung zwischen Oberkreisdirektor Kippker und der BVS-Dienststelle Hildesheim führte dazu, daß die Gemeindeverwaltungen mit ausführlichen Verfügungen und die Öffentlichkeit durch die Presse auf den Selbstschutz hingewiesen wurde. Das hatte zur Folge, daß z. B. die Vorbereitungen für die Zeltausstellung in Bockenem sehr aktiv aufgenommen wurden. So übernahm die Stadt das Aushängen der von der BVS-Dienststelle fertiggestellten Werbepлакate, stellte einige Arbeiter zur Verfügung, die bei dem Zeltaufbau behilflich waren, und übernahm die Einladungen für die Eröffnung im Rathaus. DRK und ASB hatten am Eingang des Ausstellungszeltens je ein Einsatzfahrzeug aufgestellt. Nach der Begrüßung durch Stadtdirektor Wilke sprach der Leiter der Dienststelle Hildesheim, Helmut Soßna. Große Aufmerksamkeit wurde auch dem anschließenden Rundgang im Zelt gezollt.

Auch die Verwaltung der Stadt Sarstedt führte die vom OKD gestellte

Se-Aufgabe durch. Für einen zwischen Landkreis und BVS festgelegten Landkreis und BVS festgelegten Se-Grundlehrgang an drei aufeinander folgenden Abenden wurde viel vorbereitende Arbeit geleistet.

Die Teilnehmerzahl war daher sehr hoch; der zur Verfügung gestellte Raum der Feuerwehr hätte nicht kleiner sein dürfen.

Schwierige Aufgabe bewältigt

Ein über dem Erholungsgebiet von Nethen tobendes Unwetter mit einem Sportflugzeugabsturz war als Lage für eine Übung des I. Zuges der Bergungs-Bereitschaft und der Rettungshundestaffel vom Katastrophenschutz der Stadt Oldenburg keineswegs unrealistisch. Die Übung wurde auf dem Gelände Westerstede des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Nethen durchgeführt.

Das Flugzeug war in die Kiesgrube gestürzt. Eine Person (Puppe) trieb leblos im Wasser, drei Verletzte lagen am Ufer in den Sträuchern. Auf einem Aussichtsturm war eine Person

verletzt worden. Hinzu kam, daß ein Baum auf einen Personenwagen gestürzt war, in dem drei Personen saßen. In einem Stollen war eine Person durch herabstürzende Trümmer eingeschlossen.

Sechs Rettungshunde leisteten zusammen mit den Helfern der Bergung hervorragende Arbeit. Die geborgenen Verletzten mußten mit einem Schlauchboot über den Baggersee transportiert und anschließend über einen Abgrund mittels Seilbahn zur Verletztenablagestelle gebracht werden. Die Verletzten aus dem PKW mußten unter Zuhilfenahme der Hydro-Pressen befreit werden. Vom Turm wurde die verletzte Person auf einer Trage abgelassen. Die Verletzten wurden mit Krankenwagen ins nächste Krankenhaus gebracht. An der Übung waren, einschließlich der für die Verpflegung zuständigen Versorgungsgruppe, insgesamt 62 Mann beteiligt. Amtmann H. Doering, der Leiter der Abteilung Katastrophenschutz der Stadt Oldenburg, und Zugführer W. Schmidt äußerten sich über den Ablauf der Übung sehr lobend.

Rettungshunde-Pokalwettkampf

Den ersten „Rettungshunde-Pokalwettkampf Rheinland-Pfalz“ richtete die Rettungshundestaffel im Verein der Hundefreunde Kirn aus. Am Start waren Hundestaffeln aus Kandel, Zweibrücken und — außer Konkurrenz zu Übungszwecken — die Rettungshunde der Feuerwehr Wiesbaden. Der Innenminister, die Geschäftswelt, Landrat, Stadtverwaltung, Bundes- und Landtagsabgeordnete stellten Preise und Pokale zur Verfügung. Die BVS-Landesstelle unterstützte die Dienststelle Bad Kreuznach und stellte den Filmwerbewagen zur Verfügung, um die Bevölkerung über Verhalten und Hilfe bei Katastrophen zu informieren. Desgleichen wurden Aufklärungshelfer und Berater eingesetzt.

Insgesamt kamen 18 Hundeführer mit ihren vom BVS ausgebildeten Rettungshunden zum Einsatz. Vier Hunde wurden von Frauen geführt. Hinter dem Einzelsieger Karl Heinz Hartfiel mit „Rex“ aus Kandel

placierten sich Luise Agner mit „Ria“ aus Zweibrücken und Johanna Arnold mit „Assi“ aus Kandel. Auf dem 5. Platz folgte wieder eine Frau, Helga Hill, die Frau des Vorsitzenden des Vereins der Hundefreunde — gleichzeitig Ausbilderin des BVS — mit „Anka“.

Die Siegerehrung nahmen Landesstellenleiter Kunde und Dr. Postius als Vertreter des Innenministers vor. Am Schluß des Wettbewerbs dankte der Vorsitzende des Vereins der Hundefreunde, Hans Hill, — gleichzeitig auch Se-Lehrer — all denen, die mit zu einem guten Gelingen der Veranstaltung beigetragen hatten.

Erfolgreiche Aufbauarbeit

In der BVS-Dienststelle Mayen wurden im Rahmen der Frauenarbeit neben der laufenden Tätigkeit in Volksschulen in den beiden letzten Jahren die Aufklärungs- und Ausbildungstätigkeit in weiterbildenden Schulen aufgenommen. Über 200 Realschülerinnen wurden in

der Grundausbildung unterwiesen. Außerdem gelang es, in Berufsschulen und Krankenanstalten mit 150 Schwesternschülerinnen neben Aufklärungsveranstaltungen allen die Grundausbildung zu vermitteln. Guten Anklang fanden die gemeinsamen mit der Landwirtschaftskammer durchgeführten Veranstaltungen bei den Frauenverbänden. Teilnehmerzahlen von 200 bis 250 waren keine Seltenheit. So wurden über 2 000 Hausfrauen angesprochen, nicht nur im Bereich der Dienststelle Mayen, sondern auch in den Dienststellen Koblenz, Neuwied, Cochem und Daun. Einige Grundlehrgänge mit über 120 Teilnehmerinnen, meistens aus dem Club „Junger Hausfrauen“, bestätigten den Erfolg.

Leider konnte aus diesem Personenkreis niemand zu einem Besuch an der BVS-Schule in Birkenfeld gewonnen werden. Begründung: Durch schulpflichtige Kinder nicht abkömmlich. Zur Zeit stehen der Dienststelle vier Frauen als Aufklärungs- und Ausbildungshelfer zur Verfügung.

Dr. Kutscha verabschiedet



In einer Feierstunde im Kreise der Mitarbeiter der Landesstelle wurde der bisherige Leiter des Fachgebiets Öffentlichkeitsarbeit, Dr. Kutscha, nach 16 Jahren BVS-Arbeit verabschiedet.

Landesstellenleiter Kopsieker bedauerte, ein ganzes erfülltes Arbeitsleben auch nur annähernd beschreiben zu können. Wenn ein Mann wie Dr. Kutscha verabschiedet wird, dessen Wirken an einer der wichtigsten Schaltstellen der BVS-Arbeit irgendwie jeden einzelnen Mitarbeiter tangiert, so ist es unausbleiblich, daß bei einem Rückblick viele gemeinsame oder fröhliche Erlebnisse und gemeinsam bewältigte Schwierigkeiten in der Erinnerung auftauchen. Kopsieker würdigte das hohe Niveau der Öffentlichkeitsarbeit in NW, das durch Dr. Kutscha erreicht werden konnte.

Die vorliegenden Zahlen zeigen, wie groß die Lücke ist, die Dr. Kutschas Abgang in unseren Reihen hinterlassen wird, dessen hervorragendste Eigenschaften ein fast absolutes Einfühlungsvermögen und eine ständig wache Verständnisbereitschaft waren, die es praktisch nie zu einer Meinungsverschiedenheit kommen ließ.

Henry-Moore-Ausstellung

„Der Mensch in der Gefahr“, aus der Sicht des Künstlers Henry Moore, war das Thema der Ausstellung im Foyer des Rathauses der Kreisstadt Siegburg, veranstaltet von der BVS-Dienststelle in Zusammenarbeit mit Rat und Verwaltung. In Anwesenheit von Stadtdirektor Dr. Jakobs, Pressevertretern, Kreisbrandmeister Wilhelms, Vertreter der Katastrophenschutzeinheiten, der Schulen, Behörden und Ämter sowie der Bundeswehr erfolgte am 24. November

die Eröffnung, zu der Oberstudienleiter i. R. Heinrich Jacobi eine Einführung in das Werk des Künstlers gab.

200. Grundlehrgang in Aachen

Anläßlich des 200. Se-Grundlehrgangs im Jahre 1973 wurde in den Klinischen Anstalten in Aachen die 3400. Teilnehmerin vom Leiter der BVS-Dienststelle, Heinz Janke, besonders ausgezeichnet.

Als Vertreter der Stadt, in deren Auftrag der BVS die Selbstschutzausbildung durchführt, überreichte der Leiter des Amtes für Zivilschutz, Oberamtsrat Hugo, der 18jährigen Angelika Schumacher einen Bildband. Der für den Aufbau und die Ausbildung des Behördenselbstschutzes in den Klinischen Anstalten zuständige Oberverwaltungsleiter Josef Lämmersdorf übergab der jungen Teilnehmerin eine Festschrift der TH Aachen, die anläßlich ihres 100jährigen Bestehens herausgegeben wurde, zur Erinnerung.

Informationsgespräch

Der Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz und der Vorsitzende des Ausschusses für zivile Verteidigung des Rates der Stadt Bonn hatten zu einem Informationsgespräch in das BzB eingeladen. An der Veranstaltung nahmen teil: Präsident Dr. Kolb und mehrere Fachreferenten des BzB, der Vorsitzende und Mitglieder des Ausschusses für Zivile Verteidigung des Rates der Stadt Bonn, Beigeordneter Dr. Eggert, Ltd. Branddirektor Dipl.-Ing. Diekmann, der Leiter der Abt. Katastrophenschutz und Zivilschutz des Amtes 37, Einheitsführer und Regieeinheiten, Vertreter der Sanitätsorganisationen und der Berufsfeuerwehren sowie Dienststellenleiter des BVS.

Nach der Begrüßung durch Ausschußvorsitzenden Wildhagen und Präsident Dr. Kolb erläuterten die Referenten des BzB Aufgaben, Entwicklung und Aufbauzustand der Zivilen Verteidigung und des Katastrophenschutzes. In dem Film „Porträt eines Amtes“ wurden die Aufgaben des BzB und des THW dargestellt. In einem Kurzreferat erhielten die Teilnehmer einen Überblick über das zur Zeit in Lehrgängen des Lehrreferates laufende „Planspiel Bonn“. Die anschließende Diskussion diente vor allem dazu, den Kommunalpolitikern die Möglichkeit zur Information über Zivilschutz und Katastrophenschutzmaßnahmen zu geben. Dabei erhielt auch BVS-Dienststellenleiter Möbes Gelegenheit zu Ausführungen über die Situation des Selbstschutzes in Bonn. Durch weitere Veranstaltungen sollen die geschaffenen Kontakte vertieft werden.

Ausbildung bewährte sich

In den Abendstunden kam es in einer geschlossenen Abteilung des Landeskrankenhauses in Düren zu einem Brand. Der zuständige Pflegehelfer ist Leiter der Brandschutzgruppe. So konnte mit Kleinlöschgeräten der Brand erfolgreich bekämpft werden. Die Feuerwehr konnte nach ihrem Eintreffen bestätigen, daß das Pflegepersonal richtig gehandelt hat. Nach der Brandkatastrophe 1972 hat das Landeskrankenhaus Düren sofort einen Behördenselbstschutz aufgebaut und durch den BVS ausbilden lassen.

Helfervertretung

Für den Bereich der Landesstelle NW setzt sich die Helfervertretung wie folgt zusammen: Herbert Loot (Münster), Alfred Hüsgen (Aachen) und Heinz Ruppenthal (Coesfeld).

Verbraucherberatung in Erbach

Die Verbraucherberatung in Erbach im Odenwald führte im Rathaussaal eine Ausstellung durch, in der auch die Unfallverhütung im Haushalt geschildert wurde. Die erheblichen Unfallziffern in Haus, Hof und Garten haben auch die Verbraucherberatungen aufgerufen, aufklärend mitzuwirken. Zahlreiche Unfälle könnten verhindert werden, wenn sich die Menschen verhaltensgerechter verhalten würden. Schon beim Einkauf häuslicher Geräte sollte man prüfen, ob sie funktionsgerecht eingesetzt werden können und die Sicherheitsvorschriften beachtet wurden. An der Ausstellung beteiligte sich auch der BVS.

Landfrauen informiert

Die BVS-Dienststelle Groß-Gerau führte auf Einladung des Landfrauenvereins Klein-Gerau eine Aufklärungsveranstaltung durch. Der Referent des Abends, Humml, sprach vor allem über Unfälle mit Kindern und verwies die interessiert zuhörenden Frauen auf erforderliche Maßnahmen im Rahmen der Ersten Hilfe.

Einsätze der Fahrbaren Schule

Die Fahrbare Schule der BVS-Landesstelle wird im 1. Halbjahr 1974 an 25 Stellen zum Einsatz kommen, darunter in Marburg, Stadt Allendorf, Gelnhausen, Groß-Gerau, Heidenrod, Erbach (Odenwald), Bad Homburg, Neustadt, Lorch (Rhein), Geisenheim und im Untertaunuskreis. Zehn Unterweisungen, die jeweils fünf Tage dauern, sind bei Dienststellen der Bundeswehr vorgesehen.

BVS bei der Bundeswehr

Bei einem Raketenbataillon der Bundeswehr in Kilianstädten wurde eine realistisch aufgebaute Selbstschutzübung durchgeführt. Dabei ging es vor allem um Fertigkeiten im Brandschutz und bei Rettungsarbeiten. Oberleutnant Schörner, verantwortlich

für den elf Mann starken Trupp, erklärte, daß ein wirkungsvoller Einsatz in einem Ernstfall mehr solcher Übungen erfordere, bei denen ihn die BVS-Dienststelle Hanau in anerkennenswerter Weise unterstütze. Die Ausbildung diene in erster Linie dem Selbstschutz der Truppe. Bei Katastrophen und sonstigen Unglücksfällen stehe die Bundeswehr auch selbstverständlich der Zivilbevölkerung bei.

Großes Interesse festgestellt

Nach einer Kontaktaufnahme mit Col. Louis W. Dornbusch, Chef des US-Army Engineer District Hessen, konnte die BVS-Dienststelle Frankfurt Zivilbedienstete ausbilden. Dies regte Dienststellenleiter Albert Walter an, auch in Fulda den Kontakt aufzunehmen. In Zusammenarbeit mit Facilities Engineers Cpt. McGee und Safety Off. Erich H. Eichhorn konnten über 200 Teilnehmer mit Zivilschutz und Selbstschutz vertraut gemacht werden.

Die BVS-Dienststelle Fulda führte sieben Selbstschutz-Grundlehrgänge mit 113 Teilnehmern (Zivilbediensteten) durch. Bei zwei weiteren Aufklärungsveranstaltungen waren insgesamt 37 Amerikaner unter den Besuchern. 23 Teilnehmer, zum Teil US-Angehörige, nahmen an einer fachlichen Unterweisung teil. Je eine Veranstaltung fand in Kassel und in Bad Hersfeld mit 42 Teilnehmern statt.

Die Referenten Horst Steinmetz, Theo Bott, Horst Peter Möller, Georg Albrecht, Bernhard Kümmel und Josef Hendler gestalteten die Veranstaltungen so interessant, daß nach erneuter Kontaktaufnahme auch für die Zivilamerikaner Aufklärungsveranstaltungen geplant werden können.

Cpt. Mc. Gee war von der Notwendigkeit der Aufklärungsveranstaltungen und der Lehrgänge so überzeugt, daß er durch Dienstbefreiung dafür sorgte, daß möglichst viele Zivilbedienstete und US-Angehörige an den Veranstaltungen teilnehmen konnten.



Bei der Ausbildung wurde besonderen Wert auf die Wiederbelebung gelegt. Unser Foto zeigt US-Zivilbedienstete beim Üben am „Phantom“.

Erstmals gemeinsam

Bei strahlendem Sonnenschein eröffnete der Oberbürgermeister der Stadt Reutlingen den „Tag des freiwilligen Helfers — Rund um den Katastrophenschutz“. Auf dem Marktplatz fanden Vorführungen der Feuerwehr, des DRK, der JUH und des THW statt. Präzise arbeitete nach einem simulierten Unfall die Polizei. Wie man sich selbst und seinem Nächsten helfen kann, zeigte die BVS-Dienststelle in einem Zelt mit der Vorführung von Tonbildschauen und Kurzfilmen; außerdem war die Tafelausstellung „Der Mensch in der Katastrophe“ aufgestellt. Rund 2000 Besucher ließen sich einen Erbseneintopf von DRK und THW im Freien servieren.

Das Interesse der Bevölkerung war weitaus größer, als man hoffen konnte. Etwa 10 000 Bürger waren erschienen, um sich über einen wirksamen Schutz in Not- und Katastrophenfällen zu informieren. Alle beteiligten Organisationen sind sich darüber einig, daß der Zweck dieser Veranstaltung erreicht wurde. Es gelang zum ersten Mal, alle in Reutlingen ansässigen, im Katastrophenfall mitwirkenden Organisationen zu einer gemeinsamen Veranstaltung zu vereinigen. Die BVS-Dienststelle Reutlingen hatte zu diesem Tag eine Broschüre „Rund um den Katastrophenschutz“ herausgegeben, in der alle Organisationen zu Wort gekommen sind und die allgemein guten Anklang fand. Im Grußwort dieser Broschüre dankt Oberbürgermeister Kalbfell allen mitwirkenden Helfern. Von der Stadtverwaltung wurden die Leistungen der Helfer mit einer Einladung zum abendlichen Ball honoriert.

Erste Vorführung

Der Verein der Hundefreunde Ettligen bei Karlsruhe beabsichtigt, eine Rettungshunde-Staffel aufzubauen. BVS-Fachbearbeiter Büchel steht dem Verein mit Rat und Tat zur Seite.

So stellten sich an einem Sonntag in Ettligen die ausgebildeten Tiere erstmals vor. Zwei Helfer, die auf

dem Platz des Vereins in Erdlöchern unter Trümmerteilen versteckt waren, hat die Rettungshündin Blanka im Zusammenwirken mit ihrem Führer Horst Jansen aufgespürt. Diese Vorführung des vorerst einzigen Rettungshundes im Landkreis Karlsruhe bildete gleichsam den Höhepunkt der Gemeinschaftsveranstaltung, die der BVS, die DRK-Bereitschaft Ettligen, die Freiwillige Feuerwehr und der Verein der Hundefreunde Ettligen unter dem Vorsitzenden Huber ausgerichtet haben.

Blanka spürte sehr schnell und sicher die Verschütteten auf, die dann sofort von Helfern des BVS geborgen und anschließend von DRK-Helfern versorgt wurden. Die Hilfsorganisationen führten anschließend ihre Einsatzgeräte vor und gaben sie zur Besichtigung frei.

„Fertigbau 73“

Bei der Ausstellung „Fertigbau 73“ beteiligte sich die BVS-Dienststelle Ulm mit einem 30 qm großen Informations- und Aufklärungsstand. Gezeigt wurde ein Schutzraum mit Grobsandfilter und Belüftungsanlage. Während der Ausstellung ließen sich 744 Bürger und Bürgerinnen, darunter auch Besucher aus Holland und Österreich, am BVS-Stand eingehend informieren.

Das besondere Interesse der rund 4000 Standbesucher galt der Filmkoje, in der Informationsfilme gezeigt wurden, z. B. „Schutzraumbau“ und „Lebensmittelbevorratung“. Aber auch die zwei aufgestellten Schutzraummodelle und der zusammengestellte Lebensmittelnotvorrat verfehlten ihre Anziehungskraft nicht. Bei den 382 Schutzraumbauberatungen zeigte sich, daß die Werbung und Unterrichtung des BVS immer mehr Anklang in der Bevölkerung findet.

Gemeinsamer Weg in Karlsruhe

Seit einigen Jahren kommen die Leiter der Karlsruher Katastrophenschutzorganisationen regelmäßig zusammen.

Sie sprechen über ihre Probleme und suchen Wege, sich gegenseitig zu helfen. Anlaß zu dem grundlegenden Wandel nach früherem Mißtrauen war eine gemeinsame Übung mit nachfolgender Aussprache in gemütlicher Runde. Gleich war die Atmosphäre gelockert, und weitere Treffen wurden vereinbart. Seitdem helfen sich die Organisationen mit Vorträgen, Geräten und anderen Dingen aus. Wie vorteilhaft sich persönliche Kontakte auswirken können, zeigte sich jetzt bei einer Großübung. Es gilt als sicher, daß dies auch bei einem ernsteren Anlaß der Fall wäre.

OB kam zum Lehrgang

Ende vergangenen Jahres führte die BVS-Dienststelle Ulm drei Se-Grundlehrgänge für Bedienstete der Stadt durch. Insgesamt nahmen 86 Bedienstete teil. Diese Lehrgänge sollen gleichzeitig als Werbung für den Behörden-Selbstschutz dienen. An einem dieser Lehrgänge nahm auch Oberbürgermeister Dr. Lorenser teil und unterstrich dabei in einer kurzen Ansprache die Bedeutung des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

Betriebe beraten

In Zusammenarbeit mit dem Betriebschutz e. V., Arbeitskreis Freiburg, und dem Leiter des Amtes für Zivilschutz der Stadt Freiburg i. Br., Verwaltungsrat Eckert, führte die Dienststelle Freiburg in den Räumen der Industrie- und Handelskammer eine Aufklärungsveranstaltung über das Thema „Empfehlung für den betrieblichen Katastrophenschutz“ durch. Das Referat wurde von Herrn Eckert gehalten. Zehn Großbetriebe in Freiburg wurden, angeregt durch die Aufklärungsveranstaltung, über den Aufbau des Betriebsselbstschutzes beraten. Sechs Firmen haben für das 1. Halbjahr 1974 die Ausbildung ihrer Betriebsselbstschutzkräfte zugesagt.

Selbstschutztag

Einen Selbstschutztag unter dem Motto „Selbstschutz — ein Gebot des eigenen Interesses! Zivilschutz — ein Gebot der eigenen Vorsorge!“ veranstaltete der BVS unter seinem Beauftragten für die Gemeinde Unterschleißheim in Verbindung mit einer Selbstschutz-Ausstellung. In einer Bürgerversammlung wurde im Vorraum der Turnhalle der Mehrzweckanlage in Lohhof die Ausstellung eröffnet. Am folgenden Tag — einem Sonntag — fand im Jugendsaal neben der Turnhalle ein Selbstschutztag statt. BVS-Beauftragter Otto Praxl und Fachkräfte des BVS standen zur Information der Bevölkerung zur Verfügung. Selbstschutztag und Ausstellung fanden bei regem Besuch großen Anklang bei der Bevölkerung. An einem der folgenden Tage wurde die Ausstellung auch von Referent Dr. Schneider (Bundeshauptstelle), Landesstellenleiter Kopsieker (Nordrhein-Westfalen), Bereichsbeauftragten Hinderberger (München), Dienststellenleiter Heinrich (Augsburg) und Dienststellenleiter Schmalzl (München), zu dessen Bereich Unterschleißheim gehört, besucht. Ebenfalls anwesend war auch ein Vertreter der Gemeinde.

Helfervertreterwahl

Ein großer Teil der ehrenamtlichen Helfer des BVS-Dienstbereichs Bamberg kam zur Wahl ihrer Helfervertreter zusammen. Für Bamberg Stadt und Land wurden als Helfervertreter gewählt: Else Faltin (Bamberg), Alfred Lierheimer (Bischberg) und Ludwig Tiefel (Oberhaid).

*

Die Dienststelle Bad Kissingen führte in der Aula der Realschule mit einer unerwartet hohen Teilnehmerzahl die Helfervertreterwahl durch. Gewählt wurden: Willi Falkenberg (Bad Bocklet-Aschbach), Karl Witzel (Bad Brückenau) und Karl Hartmann (Bad Kissingen-Poppenroth). Dienststellenleiter Larbig umriß kurz die Tätigkeit im Bereich der Dienststelle in den zurückliegenden Monaten und wies auf die Aufgaben im neuen Jahr hin.

Grundausbildung

Auf Initiative von Bürgermeister Andreas Reith und des Beauftragten des BVS bei der Gemeinde Premich, Josef Schäfer, konnten BVS-Lehrer mit 51 Personen — vorwiegend Jugendlichen und Frauen — einen Grundausbildungslehrgang in der Schule Premich-Steinberg durchführen. Dienststellenleiter Heinz Larbig (Bad Kissingen) schloß am letzten Abend die Ausbildung mit Filmvorführungen über Brandschutz, Rettung und Sofortmaßnahmen am Unfallort.

Alfons Fischer †

Im Alter von 67 Jahren verstarb Alfons Fischer, langjähriger Leiter der BVS-Dienststelle Aichach. Nach 40jähriger Dienstzeit schied er aus dem Polizeidienst. Im November 1966 kam er zum BLSV/BVS und war seit 1. 1. 67 als ehrenamtlicher Dienststellenleiter tätig. In unermüdlichem Einsatz widmete er mehr als ein Jahrzehnt dem Aufbau des Verbandes im Landkreis Aichach. Eine Delegation des BVS unter Leitung von Dienststellenleiter Volkert (Ingolstadt) erwies Alfons Fischer im Auftrag der Landesstelle Bayern die letzte Ehre.

Eva Möllers verabschiedet

Einen Helferabend besonderer Art führte die Dienststelle Bayreuth durch. Bereichsbeauftragter Fritz Polster, Dienststellenleiter Helmut Schneider und viele Kollegen verabschiedeten die langjährige

Personalräte informiert

Auf Einladung des Kreisreferates der Stadt München und mit Unterstützung des Hauptpersonalrates haben 35 Personalräte an einer Info-Tagung an der BVS-Landesschule Tutzing teilgenommen. Stadtdirektor Dr. Ludwig Raab, der in Begleitung des Leiters des Amtes Katastrophenschutz, Oberamtsrat Ruhland, nach Tutzing gekommen war, übernahm die Einführung. Daß die Vorsorgemaßnahmen in München auch im Frieden nützlich sein können, bewies Dr. Raab mit dem Hinweis auf die Schaffung von unabhängigen Trinkwasser-Notbrunnen und der Verstärkung des Katastrophenschutzes mit Personal und Gerät. Über den Selbstschutz der Bevölkerung sowie über die Vorsorgegesetze sprach anschließend der Leiter der BVS-Dienststelle Landeshauptstadt München, Zirk. In einer regen Aussprache bewiesen die Teilnehmer ihr Interesse. Einen gerafften Überblick über die 12stündige Selbstschutz-Grundausbildung vermittelte der BVS-Fachlehrer der Schule, Becker. Mit der Besichtigung eines Warnamtes und einem Vortrag über den Warn- und Alarmdienst der Bundesrepublik, den der Vertreter des Warnamtsleiters Mai in überzeugender Weise hielt, fand die Tagung ihren Abschluß.



Als Abschiedsgeschenk ein „Bayreuther Eichela“ für Eva Möllers, überreicht durch BVS-Bereichsbeauftragten Fritz Polster.



Große Verdienste erworben

Für seine Verdienste um das Technische Hilfswerk wurde Friederich Burkardsmaier mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Im Auftrag des Regierungspräsidiums Stuttgart überreichte ihm im festlich geschmückten Kleinen Ratssaal Erster Bürgermeister Dr. Karl Nägele (Heilbronn) den Orden und die Urkunde des Bundespräsidenten. Die Helfer des Ortsverbandes waren durch die Mitglieder des Ausschusses vertreten.

Dr. Nägele betonte, er habe die ehrenvolle Handlung schon deswegen gerne übernommen, weil die Zusammenarbeit der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und der Stadtverwaltung Heilbronn und hier insbesondere mit seinem Dezernat stets hervoragend gewesen sei. Er erinnerte daran, daß der von 60 THW-Helfern erbaute Waldsportpfad auf Anregung und die Planung von Friederich Burkardsmaier zurückgehe. Ebenso ist der Umzug der Frauenklinik, als das THW mit 65 Helfern und 10 Fahrzeugen für den Transport der medizinischen Apparate und Geräte gesorgt habe, reibungslos verlaufen. Nägele zu Burkardsmaier: „Sie haben allen Grund, auf die hohe Auszeichnung stolz zu sein.“

Der neue Bundesverdienstkreuzträger hatte vor 20 Jahren den Ortsverband Heilbronn des Technischen Hilfswerks gegründet, dem er seit dieser Zeit vorsteht. 1971 wurde er zum Kreisbeauftragten der Stadt Heilbronn ernannt. Mit ein Verdienst des heute 71jährigen Architekten ist es, daß die Ortsverbände Möckmühl, Weinsberg, Öhringen, Schwäbisch-Hall und Künzelsau gegründet werden konnten. Der THW-Ortsverband Heilbronn hat derzeit 120 Helfer, von denen auf Antrag der Organisation 60 vom Wehrdienst freigestellt sind. Die Glückwünsche des Landratsamtes Heilbronn überbrachte Oberregierungsrat Dr. Hans Draulsen. Im Namen aller Helfer gratulierte der Landesbeauftragte des THW für Baden-Württemberg, Dipl.-Ing. Rolf Schneider. Der Landesbeauftragte zeichnete den stellv. Ortsbeauftragten Regierungsbauamtmann Hansjürgen Hampel und den Helfer Gerhard Grauf mit dem Helferabzeichen in Gold aus. Friederich Burkardsmaier verband den Dank für die hohe Auszeichnung mit



Dr. Nägele (r.) überreicht die Urkunde.

der Hoffnung, daß die Zusammenarbeit mit den Behörden auch weiterhin so gut funktionieren möge wie bisher. Im Anschluß an die Ordensverleihung gab die Stadt Heilbronn im Ratskeller einen Empfang. A. Kistner

Nachruf

Am 21. Dezember 1973 verstarb unerwartet im 64. Lebensjahr der Hauptsachgebietsleiter beim THW-Landesverband für Rheinland-Pfalz **Hugo Wiedeck**

Der Verstorbene war seit dem 1. Oktober 1970 verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit und die Helferbetreuung des THW in Rheinland-Pfalz.



Diese Aufgaben hat er während seiner über dreijährigen Mitarbeit mit viel Einsatzbereitschaft und bewährter staatsbürgerlicher Gesinnung wahrgenommen und sich dadurch für die freiwillige humanitäre Hilfe bleibende Achtung und Anerkennung erworben.

Hugo Wiedeck wird unvergessen bleiben.

Der Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk Der Landesbeauftragte, die Helfer und Mitarbeiter im Landesverband Rheinland-Pfalz

✱

Wir bedauern den plötzlichen Tod unseres Kameraden

Wilhelm Berendsen

Durch einen tragischen Verkehrsunfall wurde er im Alter von 22 Jahren unseren Reihen entrissen, denen er über vier Jahre als Helfer angehörte. Er wird uns stets unvergeßlich bleiben. Ortsverband Ahaus

Im Alter von 63 Jahren verstarb nach kurzer Krankheit und für alle völlig unerwartet

Heinz Werner

langjähriger Mitarbeiter, Hauptsachgebietsleiter I und stellvertretender Landesbeauftragter beim THW-Landesverband Hessen.



Mit Heinz Werner verliert das THW einen Mann des Handelns, dem das Wirken für seine Organisation Bestimmung war. In vorbildlicher Pflichttreue hat Heinz Werner den Aufbau des THW

in Hessen mit geprägt.

Die Verbundenheit mit allen ehrenamtlichen Helfern war getragen von dem Bestreben, die Arbeit dieser Männer in allen Bereichen nach besten Kräften zu unterstützen.

Wir werden dem Verstorbenen, dessen Name unlöslich mit dem THW-Hessen verbunden bleiben wird, immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk Der Landesbeauftragte, die Helfer und Mitarbeiter im Landesverband Hessen

✱

Plötzlich und unerwartet verstarb am 13. Januar 1974 der Technische Angestellte

Wilhelm Klüser



Als wir im Sommer des Jahres 1972 seinen 60. Geburtstag feierten und auch an dieser Stelle seiner Person und seines für das THW so verdienstvollen Wirkens als Grafiker und Mitgestalter unserer Vorschriften und Merkblätter gedachten, hofften wir,

daß er mit uns noch recht lange gemeinsam arbeiten werde. Sein Tod reißt eine Lücke, die sich nur schwer schließen läßt. Wir wollen **Wilhelm Klüser nicht vergessen.**

Die Mitarbeiter der Abteilung Technisches Hilfswerk im Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz

Die Mitarbeiter der Abteilung Technisches Hilfswerk im Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz



Sturmschäden

An einem Novemberabend während der schweren Herbststürme des vergangenen Jahres wurde der OV Husum gegen 22.00 Uhr durch die Freiwillige Feuerwehr alarmiert. Teile des Dachstuhles im Hause eines Bäckermeisters in Mildstedt waren durch orkanartige Böen aus dem Verband ausgebrochen. Von den eingesetzten Helfern des Ortsverbandes wurden mehrere Zargen mit Aussteifungskragen abgebunden und montiert. Um weitere Schäden zu vermeiden, wurde der Dachstuhl außerdem an mehreren gefährdeten Stellen abgesichert. Der Einsatz dauerte etwa zwei Stunden und mußte unter Verwendung des Beleuchtungsgerätes durchgeführt werden.

*

Auch der OV Barmstedt wurde eingesetzt. Ein Orkan, der in der Nacht auf den 7. Dezember in ganz Norddeutschland tobte, hatte in Barmstedt das Dach einer Traglufthalle von rund 100 Metern Länge regelrecht zerfetzt, so daß die Regenflut ungehindert ins Halleninnere eindringen konnte. Unter Leitung von OB Rittner sorgten 14 Helfer des Ortsverbandes für die Ausleuchtung der Unglücksstelle und halfen gemeinsam mit Männern der Feuerwehr den eingesetzten Mitarbeitern der geschädigten Firma bei der Bergung des wertvollen Lagergutes. Die THW-Helfer sicherten außerdem noch die stählerne Tragekonstruktion der Halle, um weiteren Schaden abzuwenden.

Alarmbereitschaft

Im November kam es in Schleswig-Holstein zu vier schweren Herbststürmen mit Windstärken 9 — 10, die wegen der drohenden Sturmflutgefahr zu großer Besorgnis Anlaß gaben. Zum Glück kam es jedoch zu keiner Katastrophe. Nur einige der THW-Ortsverbände wurden vorsorglich in Alarmbereitschaft gehalten. Der Ortsverband Husum wurde bei zwei Schadensfällen eingesetzt, die sich

beide auf Grund des stürmischen und kalten Wetters ereignet hatten. Am 17. November wurde der OV um 8.49 Uhr durch die Freiwillige Feuerwehr alarmiert. Es galt, einen Lastzug zu bergen, der bei Glatteis von der Straße abgekommen und in einem Straßengraben gelandet war. Ein GKW und 12 Helfer wurden eingesetzt. Nach etwa 3 Stunden harter Arbeit — der Laster mußte vor dem Herausziehen zunächst entladen werden — hatten die Helfer es geschafft. Der Lastzug war mit Hilfe des GKW und eines Raupenbaggers aus dem Graben heraus und konnte seine Fahrt fortsetzen. Zwei Tage später wurde der OV Husum abermals eingesetzt. Es

herrschte ein starker Nord-West-Sturm, und auf dem Grundstück eines Bauern in Husum drohte ein gesplitteter Baum auf die Straße zu stürzen. Auf Anforderung des Ordnungsamtes wurden sieben Helfer des Ortsverbandes unter Leitung von Zugführer Damitz zum Einsatzort beordert. Hier angekommen, machten sich die Helfer sofort an die Arbeit. Der Baum wurde angesägt und dann mittels Seilwinde des Gerätekraftwagens umgezogen. Nachdem die Männer diesen und noch einen anderen Baum, der bereits vor ihrem Eintreffen umgestürzt war, zerlegt und aus dem Wege geräumt hatten, war der etwa 2 1/2stündige Einsatz beendet.

Hilfsorganisationen üben gemeinsam

In Mustin (Kreis Herzogtum Lauenburg) wurden erstmalig im Herbst 1973 alle Hilfsorganisationen zu einer gemeinsamen Katastrophenabwehrübung aufgeboten. Die Übung stand unter der Gesamtleitung des THW-Kreisbeauftragten Abromeit. Es nahmen teil: Technisches Hilfswerk, Deutsches Rotes Kreuz, Feuerwehr, Deutsche Lebensrettungsgesellschaft sowie Fernmeldeeinheiten des Kreises. Insgesamt waren im Bereitstellungsraum am Musteiner See rund 400 Helfer versammelt.

Durch einen Sturm — so lautet die Lage — sind mehrere Häuser in einem unzugänglichen Gelände zerstört und 30 Personen verletzt worden. Einige Häuser sind in Brand geraten.

Da die Schadensstelle nur mit Wasserfahrzeugen zu erreichen war, erhielt das THW den Auftrag zum Bau einer Behelfsfähre. Mit dieser wurden dann ein Löschtrupp der Feuerwehr und Rotkreuzhelfer mit Rettungsgerät zum Schadensort übergesetzt.

Die Männer von der Feuerwehr löschten und halfen bei der Bergung der „Verunglückten“. Während die Bergung noch lief, errichteten Helfer und Helferinnen des DRK einen Verbandplatz.

Die THW-Elektrogruppe installierte eine Beleuchtungsanlage; hierzu war der Bau einer Freileitung von etwa 120 m Länge erforderlich. Die Verpflegung der eingesetzten Helfer erfolgte durch eine gemischte Versorgungseinheit des DRK, der Feuerwehr und des THW, die mit ihren vier Feldkochherden eine „Kochstraße“ gebildet hatten.

In Anbetracht der Tatsache, daß es die erste Übung war, die im Kreis Herzogtum Lauenburg in einem großen Rahmen durchgeführt wurde, können alle Führungskräfte und Helfer mit dem Ergebnis zufrieden sein.

Wie der THW-Kreisbeauftragte als Leiter und Ausrichter der Übung in seinem Erfahrungsbericht feststellte, sind alle Aufgaben, die den Helfern der beteiligten Ortsverbände Mölln, Ratzeburg und Lauenburg im Verlauf der Übung gestellt wurden, in anerkennenswerter Weise gelöst worden.

Die bei der Übungskritik vorgebrachten Mängel werden mit Sicherheit bei der nächsten Übung nicht mehr auftreten.

Eines hat diese Übung klar gezeigt: Das Zusammenwirken aller Katastrophenschutzorganisationen muß auch in Zukunft in verstärktem Maße geübt werden.

„Bramscher Woche“

Helfen wollen ist gut! Helfen können ist besser! Helfen will gelernt sein! — Unter diesem Motto zeigte der THW-Kreisverband Osnabrück Ausstattung und Arbeitsgerät im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit auf der „Bramscher Woche“, einer weit über Niedersachsens Grenzen hinaus beachteten Wirtschaftsschau. Betreut wurde der Ausstellungsstand von vielen freiwilligen Helfern aus dem Bersenbrücker Raum, insbesondere jedoch von dem THW-Kreisbeauftragten Kobelt und Geschäftsführer Schönbrun aus Osnabrück. Gezeigt wurde auf der 250 Quadratmeter umfassenden Ausstellungsfläche ein fabrikneuer LKW-Kipper, ein MKW, zwei Funkkommandowagen, ein Wasserrettungsboot sowie ein auf einen Anhänger verlasteter Pumpensatz, der dem gesamten Regierungsbezirk für Einsätze zur Verfügung steht. Daneben wurde von den Ausstellungsbesuchern eine Sauerstofflanze, ein Notstromaggregat und allerlei Bergungs- und Instandsetzungsgerät mit Interesse beachtet.



Auf der „Bramscher Woche“ war der THW-Kreisverband Osnabrück mit einem vielbeachteten Stand vertreten.

Kreisbeauftragter Kobelt konnte den THW-Landesbeauftragten Sahlender auf der Ausstellung willkommen heißen. Auch der Niedersächsische Sozialminister Kurt Partsch, Schirmherr der Ausstellung, Reg. Vizepräsident Dr. Baron, stellv. Landrat Dr. Massmann und Oberkreisdirektor Kreft an der Spitze einer Kreistagsdelegation sowie Oberbürgermeister

Lewandowsky besuchten den THW-Stand.

Eine besondere Attraktion hatte sich THW-Gerätewart Wallhorn einfallen lassen, nämlich das Hochhieven des Pumpensatzanhängers durch einen Lastkran eines benachbarten Ausstellers.

H. Grönemeyer

THW und Feuerwehr ermöglichten Wiederaufnahme der Produktion

Am Sonntag, 6. Januar, begannen enorme, mit Schlamm vermischte Wassermassen aus einem Schacht des ehemaligen Steinkohlenbergwerks Barsinghausen hervorzubrechen. Werkshallen, Keller und Bürogebäude der Firma Tewes - Thompson wurden überflutet. Am Montagfrüh stand das Wasser etwa 50 cm hoch im Werksgelände, so daß die Produktion von Motorenteilen des rund 2 000 Beschäftigte zählenden Betriebs ausfiel. Die Strom- und Betriebswasserversorgung waren unterbrochen. Echte Teamarbeit zwischen Feuerwehr und Technischem Hilfswerk war auf dem Gelände zu bemerken. Ihnen fiel die Aufgabe zu, Wasser aus den Kellern und dem Schacht zu pumpen. Immerhin konnte der Wasserspiegel des Schachtes IV durch eine Spezialpumpe des THW um 60 Zentimeter gesenkt werden. Die Feuerwehr setzte in der Hauptsache Pumpen ein, die besonders für die Absaugung von Wasser geeignet waren, während das

THW Spezialschlammabsaugpumpen einsetzte. Im Auftrag des Landkreises Hannover arbeitete das 15 Personen starke THW-Team unter Leitung von Zugführer Franz Ligowski in Zwölfstunden-Schichten besonders an zwei Einsatzorten auf dem Werksgelände. In den Kellerräumen und am Schacht sowie am Betriebswasserbecken wurde Schlamm abgesaugt. Da die Überschwemmung die Motoren für die Versorgung der Maschinen in den Werkhallen mit Kühlwasser aus dem Betriebswasserbecken außer Betrieb gesetzt hatte, besorgte das THW in kürzester Zeit von den THW-Verbänden Oldenburg und Osnabrück „Tauchpumpen“. Diese Pumpen wurden im Wasserbecken versenkt. Durch Schweißarbeiten wurde eine Verbindung zum Wasserversorgungsnetz der Produktionsmaschinen hergestellt, so daß wieder Kühlwasser zu den Maschinen floß. Diese Arbeit, die unter Leitung des technischen

Angestellten Walter Müller vom THW-Landesverband Niedersachsen ausgeführt wurde, trug erheblich zum Produktionsfortgang bei.

Als am 9. Januar die Preussag AG mit leistungsstarken Pumpen das Abpumpen und die Wasserumleitung übernahm, konnten die Feuerwehren und das THW ihre Einsätze einstellen. Für einen nahtlosen Übergang der Arbeiten war zuvor Sorge getragen worden.

„Die Lage hat sich von Stunde zu Stunde verbessert“, erklärte Geschäftsführer Hellebrönth. „Die Feuerwehr und das Technische Hilfswerk haben sich nicht nur gut eingesetzt, sondern sie wissen auch, was sie tun und wo ihr Einsatz erfolgversprechend einzusetzen hat“, lobte der Geschäftsführer der Tewes-Thompson GmbH die Arbeit dieser beiden Verbände beim Wasser ausbruch aus dem Schacht IV mitten auf dem Werksgelände.

H.-J. Jürgens



Bergungstaucher – Sport oder Arbeit?

Seit 1968 baut der THW-OV Kleve eine Bergungstauchgruppe auf. Kritik und Zweifel sind seitdem nicht verstummt.

Diese Gruppe, speziell für Arbeiten unter Wasser ausgebildet, hat sich aber inzwischen zu einer echten Notwendigkeit herausgestellt. Ergänzt sie doch die Arbeit der übrigen Helfer, die mit ihren technischen Geräten und Fahrzeugen die Wasserbergung durchführen. Die Verwaltung des Kreises und die der Stadt Kleve haben dies erkannt und die Gruppe entsprechend unterstützt. Da die Feuerwehr, die im allgemeinen auch Wasserbergungen vornimmt, im Kreis Kleve bei ihren Wehrmännern auf wenig Interesse stieß, ergab sich zwangsläufig, daß das THW für die Unterwasserbergung Helfer zur Verfügung stellte.

Die DLRG, die für Rettungsaufgaben zuständig ist, darf auf Grund ihrer Satzung keine Bergungen durchführen. Sporttaucher sind für Bergungen nur bedingt einzusetzen, denn sie sind nicht mit den dafür notwendigen Bergungsgeräten ausgerüstet. Wo gibt es nichtberufliche Taucher, die kurzfristig Bergungen ausführen können? Wer birgt in Seen und Flüssen Schiffschrauben, Anker oder Sportboote, hebt Autowracks aus Kanälen? Wer birgt die Toten bei Unglücken, wie sie sich in den letzten Jahren ereignet haben? Fast immer waren es die Taucher des THW, die sich in Kleve freiwillig für diese Bergungen zur Verfügung stellten. Fast ausschließlich bringen diese Taucher ihre privaten Ausrüstungen mit. Woher kommen Bergungstaucher, wer bildet sie aus, was können sie?

1. In den meisten Fällen wird ein Sporttaucher zum Bergungstaucher, wenn er durch private oder behördliche Stellen zur Bergung angefordert wird. Im Laufe der Zeit schließen sich dann mehrere Taucher zusammen, die dann Bergungen gemeinsam vornehmen.

2. Die Ausbildung erfolgt durch geprüfte Taucher mit mehrjähriger Taucherfahrung. Die Bedingungen für die Prüfungen richten sich nach den internationalen Richtlinien des VDST (Brévet II u. III). Die Tauchtauglich-

keitsuntersuchung erfolgt durch die zuständige Gesundheitsbehörde. Verlangte Belastbarkeit: Schwere Atemschutz plus Belastung des Tauchers verbunden mit Arbeit. 3. Auf Grund einer speziellen Ausbildung zum Bergungstaucher können leichte bis mittelschwere Bergungen durchgeführt werden, abhängig auch von den an Land vorhandenen Bergungsgeräten. (Die Bergung eines 25-t-Saugbaggers übersteigt z. B. die Möglichkeit einer nichtkommerziellen Tauchgruppe.) Bisher wurde die Tauchgruppe des OV Kleve zu folgenden Einsätzen angefordert:

Suche nach einem ertrunkenen Mann im Wisseler See.
Suche nach einer Zollbootschiffschraube im Rheinhafen Emmerich.
Bergung eines LKW in Xanten.
Bergung eines LKW in Hassum/Goch.
Bergung einer Schiffschraube in der Maas.
Bergung eines Ankers in der Maas.
Suche nach einem Anker im Altrhein, Markierung mit einer Boje.
Abbau eines Gerüsts am Schöpfwerk Kalfiak während des Hochwassers am Rhein im Februar.

Bootsbergung mit Brennschneidegerät im Rhein bei Hamminkeln.

Außenbordmotorbergung in Wetten/Kevelaer.

Absägen von Bohlen im Spoykanal/Kleve.

Abbau einer Pumpe im Spoykanal.
Bergung eines Rostes, Kläranlage Limburg/Lahn.

Bergung von Baggergeräten in Hönnepele und Emmericher Eiland.
Bergung von Uhren, Brillen und Boots-ausrüstungen im Wisseler See.
Säuberung eines Baggerlochs in Goch.
Bergung eines Bootssteiges im Altrhein.

So hat die Taucherguppe des THW-Bergungsdienstes in Kleve nicht nur geholfen, sondern zugleich auch aller Öffentlichkeit den Wert eines Teams beherzter THW-Männer sinnfällig vor Augen geführt. Der Klever Beigeordnete Dipl.-Ing. Krobs brachte dies auf einem THW-Kameradschaftsabend in einer kleinen Ansprache zum Ausdruck, in der er die selbstverständliche Bereitschaft der Stadt hervorhob, neben dem Bund die Entwicklung des THW wie bisher schon nach besten Kräften zu unterstützen.

Rolf Donath



Blick auf die Unglücksstelle nach dem Absturz des Starfighters.

Zwei Tage im Einsatz

Wie eine Rakete raste ein Starfighter zwischen Hellefeld und Grevenstein im Kreis Arnberg in einen bewaldeten Hügel. Das Flugzeug riß eine 600 m lange Schneise in das 500 m hoch gelegene „Sonnenstück“ und explodierte mit einer gewaltigen Stichflamme. Der belgische Soldat war auf der Stelle tot.

THW-Kreisbeauftragter Walter Heitmann löste sofort Katastrophenalarm aus. Die Züge aus Arnberg, Balve und Neheim-Hüsten rückten aus. Unter der Führung von Ortsbeauftragten Hubert Flöper (Balve) und Geschäftsführer Manfred Glöckner (Arnberg) wurde die Unglücksstelle abgegrenzt. Zwei Tage waren die Helfer aus den Ortsverbänden Arnberg, Balve und Neheim-Hüsten im Einsatz.

Berthold Flöper



„Du und Deine Welt“

Die Ausstellung „Du und Deine Welt“ ist als größte Familienausstellung im gesamten Bundesgebiet anzusehen. Erstmals beteiligte sich neben Polizei, Feuerwehr und Sanitätsorganisationen auch das THW an dieser Superschau für die Familie. Auf einem 200 m² großen Ausstellungsstand im Freigelände wurde ein weiter Querschnitt durch die gesamte THW-Arbeit gezeigt und verschiedene Kraftfahrzeuge, wie Fukow, MKW, Kombi mit Spezial-einrichtung, LKW-Kipper und FKH sowie Einsatzgeräte, vorgeführt. Täglich wurden TWA, Sauerstofflanze und Geräte eines MKW vier- bis fünfmal in der Zeit von 11 bis 18 Uhr vorgeführt. Elbwasser, durch die Stadtentwässerung herangeführt, konnte wenig später nach der Aufbereitung mit der Berkefeldanlage als „Alsterwasser“ an die Besucher kostenlos zur Erfrischung abgegeben werden. Nachdem eine gewisse Skepsis überwunden war, trank man die ehemals schmutzige Brühe und staunte, daß so etwas möglich ist. Die Sauerstofflanzen-Vorführungen waren stets von vielen Besuchern umlagert, wobei die Helfer über Verfahren und technische Daten Auskunft geben mußten. Ein Betonträger war nach 10 Ausstellungstagen zu handlich kleinen Abschnitten zerkleinert worden.

Auch die zur Besichtigung aufgefahrene MKW mit ihren vielfältigen Geräten waren ein beliebtes Besuchsobjekt, und die Standbetreuer mußten die Besucher ständig über die Geräte und deren Einsatzmöglichkeiten informieren. Es ergaben sich darauf wertvolle Gespräche, und THW-Interessenten wurden gewonnen. Der tägliche Höhepunkt war die Demonstration eines FKH und die kostenlose Verteilung von 400 Essenportionen, wobei abwechselnd Erbsensuppe, Linsensuppe, Gemüsesuppe bzw. Bohnensuppe ausgegeben wurde. Der Andrang der Besucher, die mehrmals am Tage von der Messeleitung über Lautsprecher und in der Tagespresse auf diese Sondereinlage des THW hingewiesen wurden, war immer sehr groß. Mit Absperrgittern

der Polizei mußten Zu- und Abgänge geschaffen werden, um den Andrang zu bewältigen. Aussteller, Besucher, Beamte der Polizei, Feuerwehr und Helfer der Sanitätsorganisationen fanden sich stets zum Essenempfang ein. Alle waren voll des Lobes über das gute und schmackhafte Essen der THW-Küche. Es hätten mehrere tausend Essenportionen sein können, um alle zu versorgen.

Neben vielen leitenden Beamten der Feuerwehr, Polizei, Bundeswehr und Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg konnte Landesbeauftragter Ing. grad. Trautvetter als prominentesten Besucher den CDU-Oppositionsführer in der Hamburger Bürgerschaft, Jürgen Echternach, begrüßen. In einem längeren Gespräch wurden die gesamten Probleme des KatS erörtert. Herr Echternach zeigte auch großes Interesse an der Arbeit des THW, ließ sich ausführlich Kfz. und Geräte erklären und bekundete seine Bereitschaft, das Gespräch in einem größeren Kreis fortzuführen. Mit einem Schluck „Alsterwasser“ wurde der Bürgerschaftsabgeordnete vom THW-Stand verabschiedet.

Da auch das Wetter für die Aussteller günstig war und den Besuchern größtenteils strahlendes Herbstwetter beschert hatte, konnte eine positive Bilanz auch für das THW gezogen werden. An den 10 Ausstellungstagen hatten über 265 000 Personen die Ausstellung besucht; ein großer Teil war auch beim THW. In den Gesprächen konnte festgestellt werden, daß die Hamburger Bevölkerung noch immer viel zu wenig von der Organisation und der Arbeit des THW kennt. Durch die Aktionen „Grünes Hamburg“ und „Saubere Stadt“, die im Jahre 1972 unter Beteiligung vieler hundert THW-Helfer durchgeführt wurden, war zwar das THW bekannter geworden, aber dennoch gibt es Bevölkerungskreise, die erstmalig ein blaues THW-Fahrzeug auf dieser Ausstellung bewußt wahrgenommen und sich mit den Aufgaben der Helfer beschäftigt haben.

Weitere große Aktionen im Sinne des Umweltschutzes für die Freie und Hansestadt Hamburg, die noch in diesem Jahr durchgeführt werden

sollen, werden wieder einige Kreise ansprechen und zum Nachdenken anregen. Dieses Ansprechen muß, soll es auf die Dauer gesehen Erfolg haben, ständig wiederholt werden. Das THW Hamburg wird sich daher bemühen, auf der jährlich stattfindenden Ausstellung „Du und Deine Welt“ dabeizusein und sich zu präsentieren. Die Zusage und der Wunsch der Messeleitung liegen vor, wobei sogar erwogen wird, die Vorführungen zu verstärken und auszubauen. Interessierte Besucher werden es danken, und der eine oder andere sollte als wertvoller THW-Helfer in die THW-Gemeinschaft aufgenommen werden können.

Außerplanmäßiges

Eine kleine technische Hilfeleistung führte der BV II/7 Hamburg-Harburg durch. Für 12 Stunden waren zwei nicht unbedeutende Industriebetriebe ohne Telefonverbindung zur Außenwelt. In einem Falle handelt es sich um einen chemischen Betrieb, im anderen um eine bekannte Eisengießerei. Aus Sicherheitsgründen konnten diese Betriebe auf eine schnelle Meldeverbindung zur nächsten Feuerwache nicht verzichten. Man wandte sich an das THW und bat um Unterstützung.

Zugführer Peter Naujoks besprach die Lage mit der Betriebsleitung und nach Abstimmung mit der Hauptfeuerwache „Berliner Tor“ wurde der Fukow, Führungsfahrzeug des Bezirksverbandes, 12 Stunden für Alarmierungszwecke im Chemiewerk abgestellt. Die Wache übernahm der mit den örtlichen Verhältnissen gut vertraute ZF Naujoks selbst. Wie nicht anders zu erwarten, brauchte keine Meldung über Funk abgegeben zu werden. Erfreulich an der ganzen Angelegenheit war aber zumindest das umsichtige Handeln der Betriebsleitung, die sich auch ihren Mitarbeitern gegenüber verantwortlich fühlte. Außerdem konnte einmal mehr bewiesen werden, wie vielseitig verwendbar das Gerät des THW ist.

H. Faust



Die Vorderkante der Kiste liegt auf dem Hubwagen. Der Höhenunterschied wird durch zwei Hydro-Pressen ausgeglichen. Ein kurzzeitiges Problem war der Deckenabsatz.

„Unmögliches wird sofort erledigt“

„Unmögliches wird sofort erledigt, Wunder dauern etwas länger“ war die Devise, als es galt, ein 5,8 t schweres „Trumm“ durch eine enge Türöffnung zu bugsieren und gleichzeitig um 1,3 m abzusenken. Dabei mußte die Kiste stets in der Waagerechten bleiben, denn sie enthielt eine empfindliche Kunststoffverarbeitungs-maschine. Ort des Geschehens war das Labor für Kunststofftechnik der Fachhochschule Hamburg.

Frühmorgens rückte eine Gruppe unter Leitung von Zugführer Peter Naujoks mit dem GWK an. Die Türöffnung war schon frei gemacht worden, davor stand die Transportkiste: 5,3 m lang, 2,1 m breit und 1,9 m hoch. Natürlich war die Türöffnung nur unwesentlich größer als die Kiste, aber derartige Bedingungen sind für einen THW-Helfer ja geradezu normal.

Mit einem Hubwagen wurde die Kiste zunächst um $\frac{1}{3}$ ihrer Länge durch die Türöffnung bugsiert. Dann wurde auf

der Gegenseite — 1,3 m tiefer — ein zweiter Hubwagen darunter geschoben. Der Höhenunterschied konnte mittels zweier Hydro-Pressen überwunden werden. Vorsichtig wurde die Kiste dann weiter vorgeschoben. Als sie mit der Hinterkante die Türschwelle erreicht hatte, wurde die Vorbauseilwinde des GWK angeschlagen. Während die Hinterkante auf einer schrägen Ebene langsam abwärts glitt, wurde vorn durch Absenken der Hydraulikzylinder die Kiste in der Waagerechten gehalten. Dabei mußte sie kurzzeitig vorn etwas stärker abgesenkt werden, da ein Deckenabsatz im Wege war. Nach 5 Stunden Arbeit war das untere Niveau erreicht. Zunächst wurde ein wohlverdienter Schluck aus der Bierflasche genommen, dann die Transportkiste entfernt und die Maschine auf ihr vorbereitetes Fundament gesetzt.

Die Laborleitung bedankte sich herzlich für die gelungene Durchführung; für die Helfer war es eine interessante Übung an einem nicht alltäglichen Objekt.

Saarland



Rechenschaftsbericht für St. Ingbert

Zur Helferversammlung des OV St. Ingbert, an der auch Landesbeauftragter G. Reimann und der zuständige Geschäftsführer für den GFB Neunkirchen, W. Müller, teilnahmen, waren auch die Ehefrauen, Bräute und Freundinnen der Helfer eingeladen.

OB Kempf gab einen Überblick über den Stand der Ausbildung und stellte die vielseitigen technischen Hilfeleistungen in den Vordergrund. Er brachte zum Ausdruck, daß neben der vorgesehenen Kaminsprengung auch in absehbarer Zeit ein Aussichtsturm errichtet werden soll, damit die Ausbildung durch praxisnahe Maßnahmen entsprechend ergänzt wird. Die im vergangenen Jahr durchgeführten Werbemaßnahmen in den Abschlußklassen der Volksschulen seien so erfolgreich gewesen, daß eine Jugendgruppe mit 28 Helfern zur Verfügung steht. Problematisch sei nur die Unterbringung, schloß OB Kempf seine Ausführungen, denn



Landesbeauftragter Reimann überreicht bewährten Helfern des OV St. Ingbert Urkunden für zehnjährige Mitarbeit.

40 Quadratmeter Nutzraum seien für einen Ortsverband mit 60 aktiven Helfern zu wenig.

Landesbeauftragter Reimann, der sich anschließend bei den Helfern für die geleistete Arbeit und bei den Damen für das Verständnis um die ehrenamtliche Tätigkeit ihrer Männer für den Dienst im THW bedankte, ging

ebenfalls auf die Problematik der Unterbringung ein. Er versicherte, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft würden, um hier eine Abhilfe zu schaffen. Zum Abschluß zeichnete er die Helfer Siegfried Amman, Dieter Hoffmann und Günter Syrowatha für zehnjährige aktive Mitarbeit im THW mit einer Urkunde aus. G. F.

Lastzug aufgerichtet

Gegen 17 Uhr verunglückte auf der Bundesstraße 10 am Ortsausgang Friedrichsthal in Richtung Merchweiler ein mit rd. 100 Waschmaschinen und Wäschetrocknern beladener Lastzug in einer Kurve und stürzte um. Hierbei fiel die Ladung zum Teil auf die Straße und blockierte diese stark frequentierte Bundesstraße für den Verkehr.

Nach Alarmierung von OB Goerisch und Zugführer Decker durch die zuständige Polizeidienststelle Friedrichsthal wurde eine Bergungsgruppe des THW-OV Friedrichsthal zusammengezogen, die schon 15 Minuten nach Auslösung des Alarms mit zwei Einsatzfahrzeugen an der Unglücksstelle eintraf. Den Helfern bot sich ein Chaos aus Blech und Glas. Da mittlerweile die Dunkelheit hereingebrochen und der Fahrer von der Polizei aus dem Unglücksfahrzeug befreit worden war, wurden zuerst zwei Notstromerzeuger, je 1,5 KVA, aufgestellt, um die Schadensstelle auszuleuchten. Anschließend wurde gemeinsam mit der zur Bergung des Fahrzeugs beauftragten Abschleppfirma der Lastzug entladen, aufgerichtet und abgeschleppt. Anschließend wurde von den THW-Helfern unter Leitung von Zugführer Decker die Straße von der Ladung geräumt, gesäubert und Ölabsammlungen mit Bindemittel beseitigt. Gegen 1 Uhr in der Nacht, acht Stunden nach der Alarmierung, konnte der Einsatz beendet werden. G.F.

Leistungsstand überprüft

Um den Ausbildungsstand im Ortsverband Wadern zu überprüfen, hatte Ortsbeauftragter Ludwig eine ganztägige Übung angesetzt, die im Übungsgelände des Ortsverbandes durchgeführt wurde.

Unter der Führung des Zugführers Weber kam der komplette Bergungszug zum Einsatz und baute einen 15 m langen Trümmersteg über eine Geländespalte, führte Bergung aus Höhen mit Seilbahn, Leiter- und Stangenhebel vom Bergungsturm aus durch und setzte den Gesteinsbohrhammer ein. Verschiedene Arten des Transports von schweren, sperrigen Lasten mittels Lastportals wurden ebenfalls geprobt.

Mit den im Funk- und Fernmeldedienst ausgebildeten Helfern wurde als Folge einer Explosionskatastrophe die Heranführung von drei weiteren

Bergungszügen als Verstärkung der Einsatzkräfte durchsimuliert. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse werden maßgebend sein für die weitere Ausbildung der Helfer im Ortsverband Wadern. G. F.

OV Theley übte

Um den Helfern des OV Theley unter erschwerten Bedingungen in fremdem Gelände Gelegenheit zu geben, ihr Wissen bezüglich der Orientierung im Gelände mittels Karte und Kompaß unter Beweis zu stellen, wurde außerhalb von Bescheid am Rande des Hunsrücks an einem Wochenende ein Zeltlager errichtet, um auch gleichzeitig die behelfsmäßige Unterbringung zu proben. Nachdem am ersten Tag der Lagerplatz erreicht war, erfolgte der Aufbau der Zelte, die Herstellung der Zelt- und Platzbeleuchtung und das Niederbringen eines Brunnens sowie der Aufbau eines Funk- und Fernmeldenetzes. Die Versorgung der Helfer erfolgte mittels Feldkochherd.

Für den zweiten Tag war ein großangelegter Marsch angesetzt, wobei die insgesamt 40 Helfer in Truppstärke eingeteilt waren und mittels Karte und Kompaß nach Marschzahlen verschiedene Festpunkte erreichen mußten. Dort wurden wiederum Aufgaben verteilt, die nur bei guter Kenntnis aller Symbole der Bergung gelöst werden konnten.

Nachdem am Nachmittag alle Trupps wieder den Ausgangspunkt erreicht hatten, erfolgte von Ausbildungsleiter Schütz die Auswertung und Bekanntgabe des Siegers der wettbewerbsmäßig zu lösenden Aufgaben.

Günter Faß

Helferversammlung mit Ehrung

Zur Helferversammlung des OV Völklingen in der THW-Unterkunft konnte OB Specht in Vertretung des Landesbeauftragten TA Faß Vertreter der Basisorganisationen Feuerwehr und DRK sowie Forstamtsrat Molter begrüßen. Sein besonderer Gruß und Dank galt aber den Ehefrauen, Bräuten und Freundinnen der Helfer, die für viele Stunden auf Ehemänner und Freunde verzichtet haben, wenn diese zum Dienst im THW unterwegs waren. TA Faß ging anschließend auf die Leistungen der Helfer dieses rührigen Ortsverbandes ein und verwies auf die durchgeführten Übungen, Einsätze und technische Hilfsleistungen.

Besondere Erwähnung fand der Spielplatz mit Aufbauten, der im Laufe des Frühjahrs und Sommers im Stadtteil Geislautern errichtet worden war. Zum Abschluß des offiziellen Teils der Veranstaltung, der sich ein gemütliches Beisammensein anschloß, überreichte TA Faß im Auftrag des Direktors der Bundesanstalt THW für besondere Verdienste um den Aufbau und die Entwicklung des THW an die Helfer Hartmut Barth, Hermann Kiefer, Erwin Speicher, Helmut Speicher, Norbert Sperling und Günter Thomé das THW-Helferzeichen in Gold.

Brücke über den Leukbach

Wieder einmal ist der OV Mettlach für die Allgemeinheit in Aktion getreten, nachdem eine Fußgängerbrücke über den Leukbach im Naherholungsgebiet der Gemeinden Freudenburg, Weiten, Orscholz und Faha wegen Bauauffälligkeit gesperrt werden mußte.

War es im Frühjahr dieses Jahres ein 12 m hoher Aussichtsturm, der von den THW-Helfern des OV Mettlach in Rimlingen unter Aufwendung von 1600 Arbeitsstunden errichtet wurde (s. ZS-Magazin 5/73), so erklärte sich OB Günter Reinig mit seinen Führungskräften und Helfern wieder spontan bereit, auch diese Brücke zu errichten. Die notwendigen Arbeiten wurden an drei aufeinanderfolgenden Wochenenden unter Beteiligung von je 25 Helfern durchgeführt. Bei der Übergabe im Beisein von Landrat Linicus, Amtsvorsteher Felten (Mettlach), Stadt- und Verbandsbürgermeister Dr. Houy (Saarburg) und den Bürgermeistern und Gemeinderäten aus Freudenburg, Weiten, Orscholz und Faha sowie Forstdirektor Schmitt (Mettlach), Forstmann Schneider (Weiten) und Forstamtmann Odelrecht brachten Amtsvorsteher Felten und sein Kollege Dr. Houy die letzte Bohle des Belages in der Brückenmitte ein, bevor sie eröffnet und für die Öffentlichkeit freigegeben wurde.

In ihren Ansprachen fanden Landrat Linicus sowie die Gemeindevertreter viele lobende Worte für OB Reinig und seine Helfer und bedankten sich herzlich für die erbrachte Leistung für die Allgemeinheit. Man sei stolz, daß der THW-OV Mettlach so viele fachkundige Helfer in seinen Reihen hat, die sich neben der Mitarbeit im Katastrophenschutz auch für die Belange der Mitbürger einsetzen.

G. F.

Willy Gück geehrt

Ganz im Zeichen des Abschieds von Willy Gück, dem bisherigen Kreis- und Ortsbeauftragten des OV Melsungen, stand die Jahresabschlußveranstaltung.

Gück, der sein Amt aus gesundheitlichen Gründen niederlegen mußte, erhielt in Würdigung seiner Verdienste um den Aufbau des Ortsverbandes das ihm vom Direktor des THW verliehene Helferzeichen in Gold mit Kranz.

Landrat Franz Baier, der Ehrenbrief und Ehrennadel des Landes Hessen überreichte, würdigte die Arbeit von Willy Gück mit den Worten:

„Unzweifelhaft trägt die Entwicklung des THW-OV Melsungen Ihre Handschrift.“ Baier führte weiter aus, er sei froh darüber, daß er den Weg Gück's habe mit verfolgen können und selbst Zeuge gewesen ist, wie der Geehrte immer tatkräftig nicht nur an der Vervollständigung der Ausstattung des THW mitgewirkt, sondern sich auch im besonderen Maße um die Ausbildung gekümmert habe. „Die Demokratie lebt von denen, die ihr das Leben geben“, sagte Baier, „und Gück sei einer von denen, die sich besondere Dienste erwarben mit der Selbstverständlichkeit gegenüber dem Nächsten. „Sie haben mehr getan als Ihre Pflicht.“

Bürgermeister Dr. Appell sagte, er habe Willy Gück mit einstimmigem Magistratsbeschluß um so lieber zur Verleihung des Ehrenbriefes vorgeschlagen, als bekannt wurde, daß dieser aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt als Orts- und Kreisbeauftragter zurücktreten müsse.

Gleichzeitig hob der Bürgermeister die Aspekte des öffentlichen Wirkens von Gück hervor, der in kritischer und sehr konstruktiver Weise an die Dinge herangegangen war und dem es zuzuschreiben sei, daß der OV Melsungen zu einem der besten Ortsverbände im nordhessischen Raum zähle. Als Erinnerung überreichte Dr. Appell eine Kachel mit dem Bild des Rathauses.

Weitere Grüße überbrachte in Vertretung des Regierungspräsidenten Felix Mottl vom RP Kassel, MdB Böhm, ORR Menzel



Wechsel beim OV Melsungen: links Willy Gück, rechts sein Nachfolger Rudi Schiller, in der Mitte Stadtrat Dippel beim Überreichen des Wappentellers.

vom BzB und 17 Helfer des THW-BV Berlin-Spandau, die im Namen aller Spandauer Grüße überbrachten und an die im Jahre 1971 durch den OV Melsungen übernommene Patenschaft für den jetzt fast dreijährigen Jörg erinnerten. Von den Spandauern erhielt Gück ein handgeschmiedetes THW-Emblem.

ORR Menzel hob die große Aktivität und stete Bereitschaft Gück's hervor, der vor Jahren mit der Übernahme des OV eine konsequente Entscheidung getroffen habe und dessen Erfolg durch das Bestehende bezeugt wird.

Willy Gück selbst, der sich von den vielen Ehrungen überrascht zeigte, bedankte sich für alle Aus-

zeichnungen und Wünsche und fügte hinzu, das THW wäre sehr wohl ohne ihn ausgekommen, er jedoch nicht ohne das THW.

Als Nachfolger tritt an die Spitze des OV Rudi Schiller, der mit Wirkung vom 1. Januar 1974 vom Direktor des THW mit der Wahrnehmung der Geschäfte als Ortsbeauftragter beauftragt wurde.

Auf sein neues Amt eingehend, meinte Schiller, daß ihm der Entschluß nicht leicht gefallen sei. Die Verantwortung wird künftig nicht allein von ihm, sondern von allen gemeinsam getragen, denn eine geschlossene Mannschaft könne mehr leisten als der Einzelne.

Georg Albert

Partnerschaft THW - Behindertenwerk

Zwischen dem THW-OV Rotenburg und der von der Vereinigung „Lebenshilfe“ getragenen Behinderten-Werkstatt in Bebra wurde Ende vorigen Jahres die Grundkonzeption für einen Partnerschaftsvertrag erarbeitet.

Danach wollen die THW-Helfer die Werkstatt vor allem bei anfallenden technischen Arbeiten unterstützen. Der OV will außerdem versuchen, Veranstaltungen — wie bereits im Mai vorigen Jahres geschehen — zu Gunsten dieser Werkstatt durchzuführen. Der jeweilige Reinerlös soll dieser Werkstatt für weitere Anschaffungen dienen.

Vielleicht ergeben sich auch Möglichkeiten, bei der Freizeitgestaltung der Behinderten mitzuwirken. Eine innerhalb des OV gebildete Sing- und Spielgruppe

habe sich dazu bereiterklärt. Darüber hinaus bietet sich das Übungsgelände des THW am Edersee an, um den Behinderten dort im Verlauf eines Tagesausfluges Abwechslung zu geben.

Der Vorsitzende der „Lebenshilfe“, Kurt Werner, war über diese Angebote hoch erfreut und gab zu verstehen, daß auch die Behinderten im Rahmen des Möglichen ihren Beitrag zur Partnerschaft leisten würden.

OB Matz versprach den Verantwortlichen, daß die Helfer des THW auch für den mit Sorge erwarteten Umzug der Werkstatt bereitstehen würden. Er erklärte ferner, daß der OV alle seine Möglichkeiten einsetzen werde, um den etwa 40 beschäftigten Behinderten etwas Freude in ihren erschwerten Lebenslauf zu bringen.

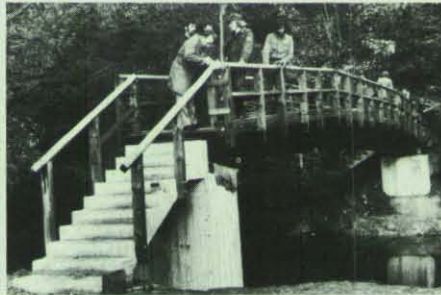
W. Lux

Brücke für Wanderer gebaut

„Mit dieser schönen Brücke hat sich das THW Bitburg ein Denkmal gesetzt“, stellte Ingenieur Geiger vom Landesverband Mainz bei der Fertigstellung der Brücke im Naturpark Südeifel fest. Er unterstrich nicht nur die saubere Ausführung der Arbeiten, sondern auch die Tatsache, daß mit diesem Brückenbau „etwas Sinnvolles geschaffen und zugleich das Übungsziel erreicht worden sei.“ Dies meinte Geiger vor allem im Hinblick darauf, daß ansonsten die vom THW zu Übungszwecken errichteten Brücken anschließend wieder abgerissen werden.

Dem pflichtete auch der stellvertretende Ortsbeauftragte, Architekt Hans Elsen, bei. „Es gilt, sich für den Katastrophenfall vorzubereiten, und wenn wir das auf derart sinnvolle Weise tun können, hat unsere Arbeit einen doppelten Zweck erfüllt.“ Die Leitung des Brückenbaues hatte Hans Elsen.

Die Brücke über die Prüm verbindet zwischen Holsthum und Peffingen die östlichen und westlichen Wanderwege. Sie ist eine Gemeinschaftsarbeit der Bauunternehmung Hoff (Schankweiler), die die Betonarbeiten, die Aufgänge und Pfeiler erstellte, der Stahlbau-firma Nikolaus Schmitz (Ordorf), von der die Tragkonstruktion aus Stahl hergestellt wurde, und dem THW, das



Für diesen Brückenbau darf der OV Bitburg des Dankes der Eifelwanderer gewiß sein.

in einer Tagesarbeit an einem Samstag den Oberbau erstellte.

Beim Richtfest wies Ortsbeauftragter Hans Breitbach darauf hin, daß das THW die gesamten Arbeiten kostenlos ausgeführt habe. Damit es auch wie bei „großen Vorbildern“ zugeht, hatten die THW-Männer ein weißes Band über die Brücke gespannt, das dann vom Ortsbeauftragten zum Zeichen der Freigabe mit einem Bolzenschneider durchtrennt wurde. Wie uns der stellvertretende Ortsbeauftragte Hans Elsen sagte, werden im Rahmen der Ausbildung noch drei weitere Brücken gebaut und ein Kinderspielplatz in Bitburg errichtet.

THW schuf Voraussetzung zur Renovierung

Wer am Sonntagnachmittag durchs Elmsteiner Tal fuhr, traute seinen Augen kaum, wenn er zur Burg Spangenberg hinauf sah, denn zwischen dem gewaltigen Felssockel und dem Bergteil war eine wuchtige Holzbrücke entstanden.

Vor etwa acht Wochen waren Vertreter der Stadt und des Vereins Burg Spangenberg mit der Bitte um Unterstützung an das Technische Hilfswerk herangetreten. Die Männer waren bereit zu helfen, zumal man den Bau dieser Brücke gleichzeitig als Übung ausführen konnte.

Unter Leitung von Geschäftsführer Wilhelm Rauh (Neustadt) taten sich

die THW-Ortsverbände Neustadt, Landau, Germersheim und Bad Bergzabern zusammen. Rolf Voland, der Landauer THW-Ortsbeauftragte, von Beruf Bauingenieur, entwarf nach mehreren Vorerkundigungen und der Festlegung des Nivellements den Plan des Brückenbaus. Das Holz ließ die Stadt aus ihrem Waldbesitz einschlagen, und am folgenden Samstag um acht Uhr ging es los. Im Einsatz waren 55 Mann, Spezialgruppen der vorgenannten Ortsverbände, die in anderthalb Tagen den Bau vollendeten.

Am Samstag wurde bis zum Einbruch der Dunkelheit gearbeitet, sonntags

vom Morgengrauen bis etwa um 14 Uhr. Es war harte Arbeit, die die Helfer des THW hier leisteten.

So betonte auch Oberbürgermeister Dr. Brix, als er am Sonntag-nachmittag im Namen der Stadt das Bauwerk übernahm: „Ich habe von Herzen zu danken für diesen Brückenschlag. Ich sehe ihn nicht nur von diesem zu jenem Stückchen Erde, sondern als symbolischen Brückenschlag zwischen dem THW und der Stadt Neustadt. Es ist eine großartige Sache, daß junge Männer auf private Freuden verzichten, um hier der Allgemeinheit einen Dienst zu leisten — hier im kulturellen Bereich wie schon bei der Hilfe am Krankenhaus mit der Sauerstoffpflanze im sozialen Bereich.“ Dr. Brix schloß mit dem Wunsch auf weitere gute Zusammenarbeit auch in Zukunft.

Zuvor hatte THW-Geschäftsführer Rauh kurz die Geschichte des Brückenbaues geschildert und den freiwilligen Helfern für ihren Einsatz gedankt, ehe der m.d.W.d.G.b. Landesbeauftragte des THW, Gerhard Reimann, die in so kurzer Zeit präzise fertiggestellte Brücke an die Stadt Neustadt übergab. G. Reimann: „Wir konnten damit zeigen, daß wir nicht nur im Katastrophenfall einsatzbereit sind.“

Auch der Vorsitzende des Vereins Burg Spangenberg, Heinz Baumann, war voll des Dankes für dieses Geschenk, das ihnen ihre Instandsetzungsarbeit, die ja auch eine idealistische sei, erleichtere. Er betrachtete die Erstellung der Brücke als bisherigen Höhepunkt der Restaurierungsarbeiten.

Wie Bauleiter OB Voland erklärte, habe die Zusammenarbeit der einzelnen Ortsverbände ausgezeichnet geklappt. Zur Brücke selbst sei zu sagen, daß sie bei einer Nutzlast von zehn Zentnern pro Quadratmeter ausreichend für Transport schweren Materials sei. Die Länge der Brücke beträgt 21,50 Meter, die maximale Stützhöhe sieben Meter und die nutzbare Breite 1,80 Meter. Gebaut worden sei mit Nadelholz (Kiefer und Fichte). Da die Brücke mindestens sechs bis sieben Jahre stehen solle, seien die Balkenteile verschraubt und nicht geklammert oder genagelt worden.

Hugo Wiedeck

Bezirksbeauftragter geehrt

Im Sommer 1973 plante der BV-Reinickendorf ein Helfervergnügen, das aber leider zu diesem Zeitpunkt infolge Umbauarbeiten in der Dienststelle verschoben werden mußte. Erst im November konnte das „Sommerfest“ stattfinden und wurde



21 Jahre dabei! Bezirksbeauftragter Hennicke (l.) wird durch Landesbeauftragten Brühl geehrt.

trotz der späten Zeit ein voller Erfolg. Vor allem unserem Bezirksbeauftragten Hennicke bescherte es eine Überraschung. Er konnte als dienstältester Bezirksbeauftragter von Berlin ein Jubiläum feiern und wurde vom Landesbeauftragten Brühl vor der versammelten aktiven Helferschaft und den Gästen für seine ehrenamtliche 21jährige Tätigkeit mit dem Helferzeichen in Gold mit Kranz geehrt. K.-D. B.

Hängesteg „ging baden“

Der BV Kreuzberg/Neukölln hatte sich für die Landesverbandsübung 1973 die Durchführung des gesamten Stegebauprogramms vorgenommen. Gruppenweise wurden im Stationsbetrieb alle im THW verwendeten Behelfsstege gebaut. Dabei durfte selbstverständlich auch der Hängesteg nicht fehlen. Nachdem man nach langer Suche ein Gelände am Aalemann-Kanal gefunden hatte, waren die Voraussetzungen so günstig, daß gleichzeitig 2 Hängestege in etwa 20 m Abstand gebaut werden konnten. Obwohl die Übung nicht wettkampfmäßig ausgerichtet war, entwickelte sich zwischen den beiden Gruppen ein natürlicher Ehrgeiz, um



Ein „schwimmender Hängesteg“ ist besser als gar keiner!

als erster den Steg für den Verkehr freigegeben zu können. Schnell wuchs Feld um Feld, und bei der 1. Gruppe waren nur noch wenige letzte Handgriffe auszuführen und dann die Greifzüge nachzuspannen, als ein morsches Krachen alle aufhorchen ließ. Die Drahtseile erschlafften, und langsam aber stetig senkte sich der Hängesteg auf die Wasseroberfläche. Ein Riegelholz an der Befestigung war von innen heraus angefault und brach beim Seileanspannen entzwei.

Daß ein „schwimmender Hängesteg“ immer noch als Bretterschnellsteg benutzt werden kann, bewies Kamerad Wimmer zur Heiterkeit der gesamten Mannschaft.

Nachdem ein neues Riegelholz eingesetzt war, durfte der Steg dann als Hängesteg wiederum unter langsamem Anspannen der Greifzüge seine Auferstehung feiern, doch war man der einhelligen Meinung, daß ein „schwimmender Hängesteg“ viel mehr Spaß macht.

Zusammenarbeit bewährt

Für die Dauer eines einwöchigen Unterführerlehrganges, der internatsmäßig durchgeführt wurde, war mit der Berliner Feuerwehr vereinbart worden, daß beim 3. Alarm der Feuerwehr auch diese Lehrgangsteilnehmer mit zum Einsatz kommen sollten. Die ganze Woche — außer einer überraschend angesetzten Nachtübung — verlief ruhig. Am Freitagabend hatte man sich schon auf den Schluß des Lehrganges eingerichtet, als über den Funkalarmwecker die Einsatzanforderung durch

die Berufsfeuerwehr kam. „Durch eine Gasexplosion war ein Einfamilienhaus total ausgebrannt und drohte einzustürzen.“ Unsere Aufgaben bestanden in der Abstützung von Seitenwänden und dem Einreißen einer Giebelwand. Außerdem mußten die Keller, die von dem Löschwasser vollgelaufen waren, mit den Elektrotauchpumpen wieder leergesaugt werden. Die Zusammenarbeit mit den Männern der Feuerwehr war wie immer ausgezeichnet.



Die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr bewährte sich auch „auf höherer Ebene“.



„Sondereinsatz“

Auch Einsätze, bei denen nur Anwesenheit gewünscht wird und die sich dann noch zum Kameradschaftsabend entwickeln, lassen so manches Helferherz höher schlagen. So auch, als durch die Ernennung des THW-Ortsbeauftragten Hans Cramer zum Kreisbeauftragten für den Hohenlohekreis Horst Quosbarth als neuer Ortsbeauftragter des OV Öhringen durch den Landesbeauftragten des Technischen Hilfswerks eingesetzt werden sollte. Diese Veranstaltung fand in der Aula der Gewerblichen Kreisberufsschule in Öhringen statt. Kreisbeauftragter Cramer begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste, unter ihnen den THW-Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Schneider, den Leiter des Katastrophenschutzes im Hohenlohekreis, Landrat Dr. Susset, seinen Amtsvorgänger, den „Geburthelfer und Taufpaten“ des OV Öhringen, Landrat a. D. Bauer, sowie die Ortsbeauftragten der benachbarten Ortsverbände Heilbronn, Weinsberg, Möckmühl, Künzelsau und Schwäbisch Hall.

In seiner Ansprache erinnerte der ehemalige Orts- und jetzige Kreisbeauftragte an die Gründung des OV Öhringen vor genau 7 Jahren, als schon viele der heute Anwesenden Glückwünsche für eine erfolgreiche, zukünftige Arbeit mit auf den Weg gegeben hatten. Diese Glückwünsche waren damals auch bitter nötig, denn außer der Einstandsgabe des Technischen Hilfswerks, bestehend aus 30 Arbeitsanzügen und 30 Paar Stiefeln, überreicht mit einigen ermutigenden Worten, fehlte es buchstäblich an allem, einschließlich der Unterkunft.

Daß diese Einheit heute über eine voll ausgebaute Unterkunft mit allen erforderlichen Räumen und Nebenräumen verfügt, dafür dankte Hans Cramer besonders Landrat a. D. Bauer und Landrat Dr. Susset für ihre permanente Hilfe in Vergangenheit und Gegenwart sowie den Helfern für ihren selbstlosen Einsatz.

Landrat Dr. Susset, Hauptverwaltungsbeamter für den Hohenlohekreis, überbrachte als Geste des Dankes ein Geschenk für die Ausstattung der THW-Unterkunft.

Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schneider dankte Hans Cramer, der

aus dem Nichts etwas gemacht hatte, und verlieh den „Männern der ersten Stunde“ und jetzigen Führungskräften Zugführer Guillard, Truppführer Maier und Schirrmeister W. Ludwig das THW-Helferzeichen in Gold. Danach wurde Hans Cramer als Ortsbeauftragter verabschiedet und Horst Quosbarth als neuer Ortsbeauftragter eingesetzt. Der Landesbeauftragte gab dem OV Öhringen den Leitsatz mit auf den Weg: „Wichtig ist das Gerät, wichtiger ist die Hand, die das Gerät pflegt, aber am wichtigsten ist der Geist, der alles bewirkt.“ Ebenso wies der neue Ortsbeauftragte Horst Quosbarth in seiner Antrittsrede darauf hin, daß eine Gemeinschaft nur bestehen kann, wenn alle im kameradschaftlichen Sinne zusammenarbeiten. Dies demonstrierten Helfer und Gäste gemeinsam im anschließenden gemütlichen Beisammensein.

W. Hesse

Neue Fähre für THW

Das Ulmer THW betreibt seit 10 Jahren intensiv den Wasserdienst, den schon seine Vorgängerin, die TN, als eine wesentliche Aufgabe des Katastrophenschutzes betrachtete. Die Ulmer TN hatte 1920 mit zwei Holzrillen den Dienst begonnen. Schon zur Zeit der württembergischen Könige lagen an der Donau Pionier-Bataillone, die bei Hochwassergefahr der Bevölkerung zu Hilfe kamen. Die Ulmer Pioniere pflegten ferner, nachdem die Ulmer Schifferzunft um die Jahrhundertwende den Schiffsverkehr auf der Donau eingestellt hatte, die alte Schiffertradition weiter und beteiligten sich am Nationalfeiertag der Ulmer, dem Schwörmontag, an dem Wasserumzug auf der Donau, dem „Nabada“.

Bei der Aufstellung der Bundeswehr wurden an der oberen Donau keine Pioniere stationiert, so daß das THW die einzige friedliche „Wasserstreitkraft“ von dem Ursprung der Donau bis Ingolstadt ist.

1971 mußte das Ulmer THW den größten Teil seines Wasserdienstes einstellen, die LH-Fähre des OV war trotz der guten Pflege in jedem Winter, trotz des vielen Flickens und

Streichens nicht mehr einsetzbar und mußte somit abgeschrieben werden. In dieser Not wandten die Ulmer Helfer sich an ihren Oberbürgermeister und an den jungen Ulmer Bundestagsabgeordneten Herbert Werner, der bis zu seinem Abitur Helfer im Ortsverband war.

Mit Hilfe dieser beiden „Prominenten“ und vieler Briefe der Ortsbeauftragten kam im Jahr 1973 die Zusage vom BZB: Ulm bekommt eine neue Fähre.

Am 10. Januar 1974 konnte von MdB Herbert Werner und HSGL Schumann beim LB VIII dem stellvertretenden Ortsbeauftragten Werner Mohr diese Fähre übergeben werden.

Im Frühjahr werden die Ulmer THW-Helfer der Bevölkerung dann mit ihren sonstigen neuen Errungenschaften auch diese Fähre vorführen können.

Bernd Braun

THW-Helferabzeichen in Gold

Mit dem THW-Helferabzeichen in Gold wurde der Leiter des Amtes für öffentliche Ordnung der Stadt Heilbronn, Oberverwaltungsrat Walter Weil, ausgezeichnet.



Oberverwaltungsrat Weil (l.) freut sich über die Auszeichnung; neben ihm Ex-Geschäftsführer Tschummi, Kreis- und Ortsbeauftragter Burkardsmaier und Geschäftsführer Kistner.

Walter Weil erhielt diese Auszeichnung für besondere Verdienste beim Aufbau und der Entwicklung der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk in Heilbronn.

Oberverwaltungsrat Weil kommentierte die überraschende Ehrung: „Was ich getan habe, war selbstverständlich. Ich sehe in der Auszeichnung eine Verpflichtung, dieser Sache auch weiterhin zu dienen.“

A. K.



Mdl. Fendt (Mitte) mit den Führungskräften des THW, rechts Geschäftsführer Wilhelm Nittmann.

Besuch im Landtag

Auf Einladung des Abgeordneten Georg Fendt (CSU) besuchten die Führungskräfte des Betreuungsbereichs Schwaben den Bayerischen Landtag. Nach dem ausgedehnten Rundgang durch das Regierungsgebäude fand ein Gespräch zwischen dem Abgeordneten und den Führungskräften statt.

Alarm in Niederbayern

Lage: „In der Nacht auf Samstag sind über dem Raum Niederbayern schwere Unwetter hinweggegangen, die, begleitet von orkanartigen Stürmen, besonders im Raum Straubing-Bogen schwere Verwüstungen und Zerstörungen hervorgerufen haben. Die örtlichen Feuerwehren sind seit drei Uhr nachts überall im ständigen Einsatz. Die Straßen sind in großem Umfang durch Windfall und zerstörte Versorgungsleitungen am Freileitungsnetz gesperrt, das Maß der Zerstörungen ist noch nicht überall erkennbar.“

Im Raum Haunkenzell-Wiesenfelden ist der Pilgramsberg bis jetzt als Schwerpunkt erkennbar. Das dort befindliche Sporthotel soll besonders schwer betroffen worden sein. Die nur beschränkten Zufahrtsmöglichkeiten sind unpassierbar. Nach unkontrollierten Meldungen einzelner

von dort beim Bürgermeister in Haunkenzell eingetroffenen Hotelgäste sollen etwa 50 Personen, überwiegend Angehörige von Jugendgruppen, in dem schwer zerstörten Gebäude eingeschlossen und zum Teil verschüttet sein. Über die Zahl der Verletzten ist noch kein Überblick möglich. Der seit 5 Uhr beim Landratsamt Straubing-Bogen zusammengetretene Katastrophenstab sieht bis jetzt keine Möglichkeiten, die örtlich überall gebundenen Feuerwehreinheiten für entsprechende Hilfeleistung freizumachen.“

Übungsaufgabe: Die Lösung der sehr umfangreichen Aufgaben begann bereits an den Standorten der Einheiten. In einem Umkreis von 70 km mußten die nach einem ausgeklügelten Einsatzplan beordneten Kräfte alarmiert und in Marsch gesetzt werden. Das Verhalten auf dem Marsch zur Einsatzstelle, Überwachung des Marsches über Funk, das Durchlotsen mit „Befehlsempfang“ in Nähe des Übungsgebietes und das Durchführen der vielgestaltigen Übungsaufgaben forderten Können und Sachverstand von allen Helfern.

Die Bergung umfaßte insbesondere die Rettung Verletzter aus dem zertrümmerten Übungsgelände unter Anwendung zahlreicher Bergungsmethoden, aus Kfz-Wracks mit Trennschleifer, Greifzug usw.

Von den Instandsetzungseinheiten mußte eine 200 m lange Zuführungsbahn gebaut und die Schadenstelle unter Einsatz sämtlicher vorhandener Beleuchtungsmittel ausgeleuchtet werden. Mit besonderem Stolz führte dabei der OV Deggendorf die von den Helfern selbst konstruierte und gebaute Lichtgiraffe vor.

Der THW-Fernmeldezug sorgte für die Nachrichtenverbindung zu allen Versammlungs-, Versorgungs- und Einsatzstellen sowie zur Fernmeldezentrale HVB und über Relais bis zur Regierung.

Der Bau eines Trümmersteiges und der Einsatz eines Kompressors mit Gesteinsbohrhammer waren erforderlich. Des Weiteren war ein Mauerdurchbruch und der Bau einer Seilbahn durchzuführen.

Übungsablauf: Es handelt sich um eine Übung des Landesverbandes Bayern der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk am Samstag, 20. Oktober

1973, in den Vorbergen des Bayerischen Waldes. Einsatzraum war das Gebiet um den Pilgramsberg (Landkreis Straubing-Bogen). Verantwortlich für die Planung und Durchführung der Übung war THW-Geschäftsführer Schmid (Straubing). Zweck dieser mit überörtlichem Akzent wohlorganisiert verlaufenen Übung war, den Behörden und Organisationen die Einsatzfähigkeit der vom Technischen Hilfswerk aufgestellten Neugliederungen nach dem KatSG unter Beteiligung der örtlichen Rot Kreuz- und Feuerwehreinheiten einerseits, wie auch die Zusammenarbeit mehrerer Bergungszüge, Versorgungstrupps sowie Instandsetzungs- und Fernmeldeeinheiten vorzuführen.



Bergung eines Verletzten.

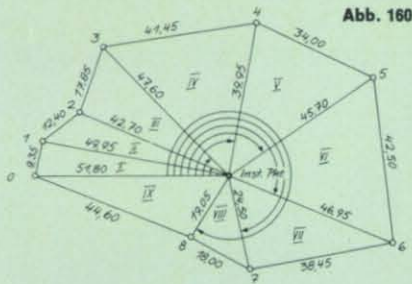
Der gesamte Übungsablauf hatte ernstfallmäßigen Charakter und hatte durch eine übererwartet große Anteilnahme aller Behörden und Ämter besondere Bedeutung. Die zahlreichen Gäste lobten Auftreten und Verhalten der Übungsteilnehmer, die einsatzmäßige Durchführung und das beeindruckende Leistungsbild der eingesetzten Einheiten.

Besonders aner kennend war für die seit den frühen Morgenstunden im Einsatz befindlichen Helfer der Ortsverbände Straubing mit Stützpunkt Regen, Deggendorf und Mallersdorf die kameradschaftliche Wertschätzung über ihre gesetzten Leistungen durch den Kreisbrandrat des Kreises Straubing-Bogen.

Erst spät abends konnten die Einheiten im Vollgefühl einer echten erbrachten Leistung in ihre Standorte wieder einrücken.

H. Pirch

em Punkt aus werden sämtliche Messungen der Winkel und Strecken durch Drehen des Fernrohres durchgeführt.



Polarverfahren

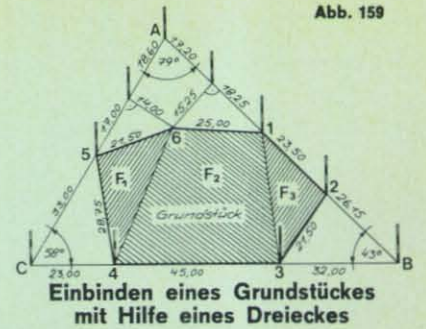
Ein Eckpunkt des Geländes wird als Ausgangspunkt (Punkt 0) bestimmt. Die übrigen Eckpunkte werden im Plan der Reihe nach mit arabischen Ziffern versehen.

Gemessen werden jeweils die Entfernung zwischen Instrumentenpunkt und Eckpunkt sowie die Winkel zwischen Ausgangspunkt und Eckpunkt in Grad oder Gon.

Die Berechnung der Gelände- oder Grundstücksgröße erfolgt durch Berechnung der einzelnen entstandenen Dreiecke, welche der Reihe nach mit römischen Ziffern benannt werden. Die Ergebnisse werden im Feldbuch festgehalten.

198

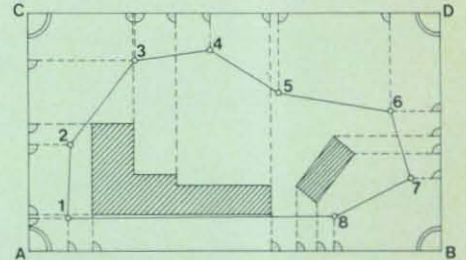
Abb. 159



Einbinden eines Grundstückes mit Hilfe eines Dreiecks

[198] Größere Grundstückflächen werden durch eine Maßlinienkette in Form eines Rechteckes aufgenommen. Es empfiehlt sich, wenigstens eine Seite des Grundstückes oder eine Hausflucht in das auszusteckende Rechteck einzubeziehen.

Abb. 160



Einbinden eines Grundstückes mit Hilfe eines Rechteckes Koordinatenverfahren

[199] Beim Koordinatenverfahren wird die Grundstücksgröße mit Hilfe eines oder zweier im rechten Winkel zueinander verlaufenden Standlinien aufgenommen. Die Standlinie(n) wird (werden)

195

6.13.

6.13.

Mittlere Querschnittsfläche F

$$= \frac{0,50 \text{ m} + 0,10 \text{ m}}{2} \cdot 0,90 \text{ m} = 0,27 \text{ m}^2$$

Somit betragen die anfallenden Erdmassen je lfdm des Grabenabschnittes 0,27 m³, die Massen des gesamten Grabenabschnittes BC

$$= V_2 = 60,00 \text{ m} \cdot 0,27 \text{ m}^3 = 16,20 \text{ m}^3$$

Beide Grabenabschnitte ergeben einen Massenanstieg von V₁ + V₂

$$= 20,43 \text{ m}^3 + 16,20 \text{ m}^3 = 36,6 \text{ m}^3$$

13. Massenberechnung von Gräben, Dämmen und sonstigen Aufschüttungen

Allgemeines

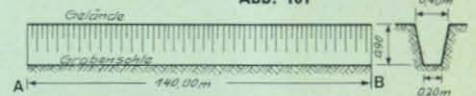
(202) Die Berechnung anfallender oder benötigter Erdmassen beim Bau von Gräben, Dämmen oder anderen Aufschüttungen erfolgt anhand der Längs- oder Querschnitte der verschiedenen Bauvorhaben. Die Abmessungen sind den Bauzeichnungen zu entnehmen.

Die Berechnung kann für den laufenden Meter (lfdm) oder für die ganze Länge durchgeführt werden. Angaben nach lfdm sind nur dann statthaft, wenn die Querschnittsflächen auf der gesamten Länge des Bauvorhabens gleich groß sind oder eine überschlägige Berechnung vorläufig genügt. Sind die Querschnittsflächen unterschiedlich groß, so ist die Masse von Querschnitt zu Querschnitt gesondert zu errechnen.

[203] Aufgabe:

Die Erdmasse des lfdm eines Drainagegrabens ist zu berechnen. Gegeben sind die obere Breite des Grabens (= 0,40 m), die Sohlenbreite (= 0,20 m) und die Grabentiefe (= 0,90 m). Die Oberkante des Geländes und die Grabensohle verlaufen parallel.

Abb. 161



Erdmassen je lfdm eines Drainagegrabens ohne Gefälle

Lösung:

$$\text{Querschnittfl. } F = \frac{0,40 \text{ m} + 0,20 \text{ m}}{2} \cdot 0,90 \text{ m} = 0,27 \text{ m}^2$$

demnach $0,27 \text{ m}^2 \cdot 1,00 \text{ m} = 0,27 \text{ m}^3$ lfdm Erdmasse.

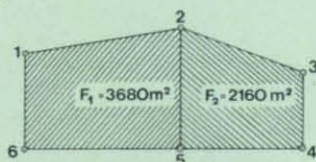
205] Aufgabe:

Eine unebene Wiese ist durch Aufschüttung waagrecht einzuebnen. Zu errechnen ist die Menge des anzufahrenden Schüttgutes. Gegeben sind die Quadratmeterflächen der Wiese im gegenwärtigen Zustand (F₁ = 3 680,00 m², F₂ = 2 160,00 m²).

Die geforderte Aufhöhung ist an den Grenzpunkten durch bereits einnivellierte Pfähle festgelegt. Die Höhen betragen im einzelnen:

- Pfahl 1 = 0,12 m Pfahl 4 = 0,40 m
- Pfahl 2 = 0,26 m Pfahl 5 = 0,32 m
- Pfahl 3 = 0,38 m Pfahl 6 = 0,14 m

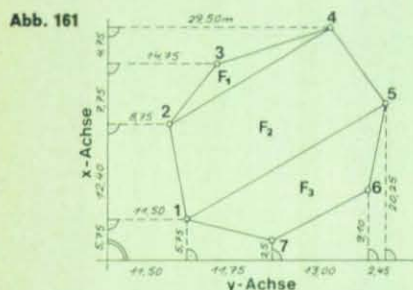
Abb. 164



Aufhören einer Wiese

außerhalb des Grundstückes eingefluchtet. Die waagerechte Standlinie bezeichnet man als y-Achse, die senkrechte Standlinie als x-Achse.

Die Standlinie(n) wird (werden) so angelegt, daß sämtliche Eckpunkte oder Gebäudeecken rechtwinkelig auf sie übertragen werden können. Durch Messen der Abstände von Winkelpunkt zu Winkelpunkt auf der Standlinie und der Senkrechten vom Winkelpunkt zum Endpunkt (Eckpunkt des Grundstückes) können der Lageplan und die Größe des Grundstückes ermittelt werden.



Koordinatenverfahren

Orthogonalverfahren

(200) Wasserläufe, Straßen oder ähnliche Objekte, die in ihrer Gesamtlänge und -breite unregelmäßig verlaufen, werden mit Hilfe des Orthogonalverfahrens auf eine Standlinie aufgenommen.

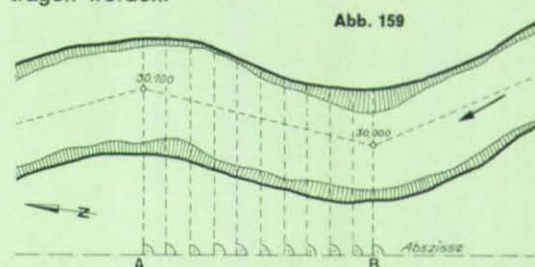
Zur Durchführung wird eine Standlinie in beliebigem Abstand zum betreffenden Objekt ausgeflucht. Auf der Standlinie, welche unbestimmt lang sein kann, werden die Objekte, Signaturen etc. aufgewinkelt.

Gemessen werden:

- die rechten Winkel zu den Senkrechten,
- die Abstände der Senkrechten untereinander auf der Standlinie.

Die Meßergebnisse sind in dem Feldbuch einzutragen.

Anhand einer Handskizze oder den Eintragungen im Feldbuch können später der Verlauf der Achse und die Breite des entsprechenden Objektes maßstabsgerecht in den Lageplan übertragen werden.



Vermessen eines Flußabschnittes im Orthogonalverfahren

Polarverfahren

(201) Das Polarverfahren läßt sich nur bei unbautem und begehbarem Gelände (oder Grundstücken), welches voll und ganz eingesehen werden kann, anwenden.

Nach Kenntlichmachung und Numerierung aller Grenzsteine wird das Tachymeterinstrument in der Mitte des betreffenden Grundstückes aufgestellt und verbleibt bis zum Ende der Vermessung an seinem Platz. In der Handskizze (oder Feldbuch) und später im Lageplan ist der Standort des Instrumentes mit der Bezeichnung „Inst. Pkt.“ (Instrumentenpunkt) zu versehen. Von die

[203] Aufgabe:

Die Erdmasse des lfdm eines Drainagegrabens ist zu berechnen. Geländeoberkante und Grabensohle verlaufen nicht parallel. Gegeben sind die Einschnitttiefe bei Punkt A (= 0,80 m), bei Punkt B (= 1,10 m), die Entfernung AB (= 140,00 m), die obere Grabenbreite (= 0,50 m) und die Sohlenbreite (= 0,10 m).

Abb. 162



Erdmassen je lfdm eines Drainagegrabens mit Gefälle

Lösung:

Mittlere Grabentiefe

$$= \frac{0,80 \text{ m} + 1,10 \text{ m}}{2} = 0,95 \text{ m}$$
 Mittlere Querschnittsfläche F

$$= \frac{0,50 \text{ m} + 0,10 \text{ m}}{2} \cdot 0,95 \text{ m} = 0,285 \text{ m}^2$$
 Somit betragen die Erdmassen je lfdm des Grabens $0,285 \text{ m}^3$, die Massen des gesamten Grabens $140 \cdot 0,285 \text{ m}^3 = 39,9 \text{ m}^3$

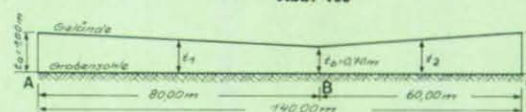
[204] Verläuft die Geländeoberfläche in Achsrichtung uneben, so ist die Gesamtstrecke an den Geländeknickpunkten zu unterteilen. Dadurch liegt jeder Abschnitt in einem gleichlaufenden Gelände. Die Teilabschnitte sind entsprechend ihrer mittleren Querschnittsfläche gesondert zu berechnen.

Aufgabe:

Die Erdmassen eines 140,00 m langen Drainagegrabens sind zu berechnen. Das Ge-

lände ist in der Achsrichtung unterschiedlich geneigt. Gegeben sind die obere Grabenbreite (= 0,50 m), die untere Grabenbreite (= 0,10 m), die Grabentiefe in Punkt A (= 1,00 m), die Grabentiefe in Punkt B (= 0,70 m) und die Grabentiefe in Punkt C (= 1,10 m). Die Länge der Grabensohle von A nach B beträgt 80,00 m, von B nach C 60,00 m.

Abb. 163



Erdmassen eines Drainagegrabens in unebenem Gelände

Lösung:

Grabenabschnitt AB
 Mittlere Einschnitttiefe t_1

$$= \frac{0,70 \text{ m} + 1,00 \text{ m}}{2} = 0,85 \text{ m}$$
 Mittlere Querschnittsfläche F_1

$$= \frac{0,50 \text{ m} + 0,10 \text{ m}}{2} \cdot 0,85 \text{ m} = 0,225 \text{ m}^2$$
 Somit betragen die anfallenden Erdmassen je lfdm des Grabenabschnittes $0,225 \text{ m}^3$, die Massen des gesamten Grabenabschnittes AB

$$= V_1 = 80,00 \text{ m} \cdot 0,225 \text{ m}^3 = 18,00 \text{ m}^3$$
Grabenabschnitt BC
 Mittlere Einschnitttiefe t_2

$$= \frac{0,70 \text{ m} + 1,10 \text{ m}}{2} = 0,90 \text{ m}$$

Heinz Carle

Lehrgang für Sprechfunker im Warnamt

Wie in Heft 6/72 dieser Zeitschrift bereits berichtet, wurde beim Warnamt VI / Bodenrod im Jahre 1972 eine Relais-Funkstelle des Landes Hessen für dessen Brand- und Katastrophenschutz sowie für den Unfallrettungsdienst eingerichtet. Gleichzeitig wurde mit der Zuteilung eines Funkgerätes FuG 7 b die Möglichkeit geschaffen, daß das Warnamt VI im Bedarfsfalle den Funksprechverkehr mit den „Behörden und Organisationen mit gemeinsamen Sicherheitsaufgaben“ (BOS) aufnehmen kann. Voraussetzung zur Durchführung eines

Funksprechverkehrs im Funknetz der BOS war jedoch die Erteilung der Funksprecherlaubnis für bestimmte Bedienstete des Warnamtes. Unter der Leitung des Lehrgruppenleiters für Fernmeldewesen an der KatS-Schule Hessen, Herrn Rittgen, wurde daher im Warnamt VI vom 17. bis 19. Dezember 1973 ein Lehrgang für Sprechfunker durchgeführt. Der Leiter des Warnamtes VI, Herr Peterek, konnte zu dieser Ausbildung 25 Teilnehmer begrüßen. Neben den Einsatzleitern und dem Personal der fernmelde- und

maschinentechnischen Fachgruppen war auch je ein Helfer von den WD-Leitmeßstellen 61, 62 und 64 an dem Lehrgang beteiligt, um ggf. auch diese Dienststellen in das Funknetz der BOS einbeziehen zu können. Der Lehrgangsplan enthielt im theoretischen Teil im wesentlichen eine Einweisung in die Grundsätze des Aufbaues von Funkverbindungen sowie in die Geräte- und Betriebskunde. Höhepunkt der Ausbildung waren dann die praktischen Sprechfunkübungen unter der Leitung von Herrn Ruppel von der KatS-Schule. Dabei war die Einhaltung der Sprechdisziplin besonders wichtig. Herr Ruppel verstand es indes, den Betriebsdienst so lebendig zu gestalten, daß alle Teilnehmer stets mit Begeisterung bei der Sache waren und beim Abschluß des Lehrgangs eine gute Fertigkeit in der Bedienung des FuG 7 b nachweisen konnten.



Arbeitsplatz eines Sprechfunkers am eingebauten Funkgerät FuG 7b.

Albert Hane

Warnungen und Alarmierungen im Atomzeitalter?

(Fortsetzung aus Heft 1/74)
Die in großer Höhe fliegenden, mit hochkomplizierten Radaranlagen und den modernsten Datenverarbeitungssystemen ausgerüsteten Flugzeuge des AWCS-Systems können ebenfalls den Anflug von Raketen und natürlich auch anfliegende Bombenflugzeuge entdecken. Die z. Z. in ähnlicher Rolle fliegenden EC-135-Flugzeuge entsprechen nicht mehr den Erfordernissen weltweiter Führung. U. a. können die in diesen Flugzeugen installierten elektronischen Geräte den Umfang der kurzfristig eingehenden Informationen aus dem Satelliten-Frühwarnsystem nicht mehr verarbeiten. Die Aufgabe der veralteten EC-135 soll daher künftig eine entsprechende Anzahl besonders hergerichteter Boeing-747-Flugzeuge (Jumbo-Jet) übernehmen. Alle drei Systeme zusammen-
genommen

- Bodenständiges Raketen-Frühwarnsystem mit OTH-Radargeräten,
- Satelliten-Frühwarnsystem,
- Bordgestütztes Warn- und Kontrollsystem (AWCS)

bilden also einen nahezu undurchdringlichen Abwehrschirm, der die Voraussetzungen für rechtzeitige Warnungen und sonstige Abwehr- und Gegenmaßnahmen schafft.

Das Ziel jeder Luftverteidigung ist jedoch nicht nur, einen mutmaßlichen Gegner zu entdecken und zu identifizieren, sondern auch ggf. abzufangen und zu vernichten. In den Vereinigten Staaten übernimmt diese Aufgabe das halbautomatische Abwehr-Leitsystem SAGE (Semi Automatic Ground Environment — Halbautomatisches Bodenführungssystem) gegen einfliegende Flugzeuge unter Einsatz von Abfangjägern und Boden-Luft-Lenk Waffen.

SAGE löst Abwehr aus

Aufgrund der übermittelten Daten der Radarsysteme übernimmt SAGE die Zielverfolgung und Feuerleitung. Es beliefert die Befehlshaber der Luftstreitkräfte unverzüglich mit den erforderlichen Informationen und kombiniert Radar sowie Anlagen für rasche Datenübermittlung und -auswertung mit einem „elektronischen Gedächtnis“. SAGE ist damit in der Lage, nicht nur der zivilen Seite laufend Informationen zukommen zu lassen, sondern auch die geeigneten Abwehrmaßnahmen auszulösen. Gegen anfliegende Raketen wird z. Z. in den USA wie auch in der UdSSR ein Anti-Raketen-System (ABM — Anti Ballistic Missile) entwickelt und aufgebaut. Das amerikanische (Wächter-) SAFEGUARD-System ist ein landgestütztes Endphasenabwehrsystem, das aus neuartigen Radarsensoren, Waffenrechnern der jüngsten Generation, verzugslosen Fernmeldeverbindungen und zwei Typen von Abwehr raketen besteht, die aus unterirdischen Silos verschossen werden. Während die weitreichende SPARTAN gegen Ziele in der äußeren Atmosphäre eingesetzt wird und einen thermonuklearen Gefechtskopf im Megatonnenbereich trägt, hat die kleinere SPRINT eine Reichweite von ca. 80 km und einen Gefechtskopf von wenigen Kilotonnen. Sie soll diejenigen ICBM abfangen,

die den SPARTAN-Gürtel durchbrochen haben.

In der Sowjetunion werden ähnliche ABM-Systeme entwickelt. Im Bau befindet sich ein Ring von Abwehr raketen vom Typ GALOSH (Nato-Code) um Moskau. Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion scheinen jedoch zu wissen, daß die bisherigen höchst komplizierten Abfangsysteme noch sehr unvollkommen und stör anfällig sind und ein voll ausgebautes ABM-System die Investition gewaltiger Summen (für die USA etwa 16 Milliarden Dollar) erforderlich macht. Das erste Ergebnis der nun schon zweieinhalb Jahre dauernden SALT-Verhandlungen (Strategic Arms Limitation Talks — Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen) ist daher auch die gegenseitige Beschränkung der Antiraketensysteme. Auch ABM-Systeme tragen durch die Vielfalt ihrer Radar- und Rechen einrichtungen dazu bei, eine rechtzeitige Warnung der Bevölkerung zu ermöglichen.

Für die Bundesrepublik Deutschland bildet das NATO-Luftverteidigungssystem eine beachtenswerte Barriere gegenüber feindlichen Luftangriffsunternehmen. Kein Land Europas wäre, auf sich allein gestellt, noch in stande, mittels einer in rein nationaler Verantwortung liegenden Luftverteidigung eine feindliche Bedrohung aus der Luft abzuwehren. Schon kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges war die Notwendigkeit der Integration der europäischen Luftverteidigung offensichtlich. Das nunmehr geschaffene und einsatzbereite übernational zusammengefaßte Luftwarn- und Luftverteidigungssystem aller westeuropäischen Staaten NADGE (NATO Air Defence Ground Environment — Bodenführungssystem der NATO-Luftverteidigung) ist ein rechnergesteuertes Flugabwehrsystem. Es wird von 84 Stationen entlang eines 4 800 km langen Bogens, der vom Nordkap bis zur Türkei reicht, getragen. Das System besteht aus Radarstationen, Rechnern und elektronischen Untersystemen und dient zur Erfassung, zur Erkennung und zum Abfangen einfliegender Feindflugzeuge.

Die Organisation des NADGE-Systems beginnt (in der Rangstufe von unten nach oben) beim RP (Reporting Post — Flugmeldestelle) und bei den CRP (Control and Reporting Post — Flugleit- und Meldestelle), die weit über das jeweilige Land verstreut sind. Die einlaufenden

Informationen werden an ein CRC (Control and Reporting Centre — Flugleit- und -meldezentrum) weitergegeben. Diese Zentren erhalten damit die grundlegenden Informationen für die Darstellung der Luftlage, und zwar durch dreidimensionale Radargeräte oder durch zweidimensionale Radargeräte und durch Höhenmeß-Radargeräte. Mehrere CRC geben ihre Informationen an ein SOC (Sector Operations Centre — Luftverteidigungssektor Operationszentrum) weiter, das verantwortlich die Waffensysteme zur Luftverteidigung auswählt, indem es auf die in seinem Bereich liegenden Flugplätze mit Abfangjägern und Flugabwehrbatterien zurückgreift. Bei den SOCs handelt es sich um integrierte Gefechtsstände, deren Personal sich aus Angehörigen mehrerer Nationen zusammensetzt. Hier wird vor Weiterleitung der Einsatzbefehle die Luftlage dargestellt, beurteilt und ausgewertet sowie die notwendigen Entschlüsse gefaßt. Die Luftlage mit Angaben über Anzahl, Höhe, Fluggeschwindigkeit und Flugrichtung von feindlichen Luftzielen sind dem Warndienst der Bundesrepublik über eigene zivile Verbindungskräfte zugänglich, so daß gefährdete Räume gegebenenfalls unverzüglich gewarnt bzw. alarmiert werden können. Mit Hilfe von Automatisierung und Elektronik ist durch NADGE eine umfassende Luftraumüberwachung, die durch ein Tief flieger-Meldesystem ergänzt wird, und eine Führung der Abwehrkräfte sichergestellt.

Hohe Kosten für Europa

Das NADGE-System sieht aber noch keine Abwehr gegnerischer Raketenangriffe vor. Das liegt an der außerordentlichen Schwierigkeit und an den hohen Kosten, die mit dem Auffassen von Kurz- und Mittelstreckenraketen, mit denen in Europa gerechnet werden muß, verbunden sind. Es sollte aber doch untersucht werden, wie durch geeignete Mittel und technische Einrichtungen der Bedrohung durch Mittelstreckenraketen entgegengewirkt werden kann. Ein solches für europäische Maßstäbe entwickeltes ABM-System könnte ein durchaus logischer weiterer Schritt zur Vervollständigung der NATO-Luftverteidigung sein.

Ehrenmitglieder

Gesangstar Ivan Rebroff kam mit 40 Minuten Verspätung ins Offenbacher Wiking-Bootshaus, wo ihn inzwischen ungeduldig gewordene Gäste erwarteten. Der Ehrenvorsitzende des Offenbacher Arbeiter-Samariter-Bundes, Stadtrat Horst Schwarz, ernannte den Sänger, der zwischen zwei Rundfunkaufnahmen rasch nach Offenbach kam, zum ASB-Ehrenmitglied. Die gleiche Auszeichnung erhielt auch der Conférencier Charly Hähnchen. ASB-Vorsitzender Franz Kircher freute sich über den prominenten Besuch und dankte Rebroff für die schon vor Jahren geknüpften Kontakte zum Offenbacher ASB und dafür, daß Rebroff schon mehrmals auf Gagen verzichtete, um Behinderten zu helfen.

Sozialstation eingerichtet

Krankenhäuser und Altenpflegeheime reichen trotz verstärkten Ausbaus nicht aus. Sie müssen durch ambulante Gesundheits- und sozialpflegerische Dienste ergänzt werden. Mit der Errichtung von Sozialstationen wurde in Rheinland-Pfalz ein neuer Weg beschritten. Die Einrichtung einer solchen Sozialstation, wie sie der ASB-Pirmasens am 2. Januar eröffnete, bedeutet auch für Pirmasens einen wesentlichen Fortschritt in der Gemeindekrankenpflege und Altenhilfe.

„Sie rufen uns — wir helfen“ ist das Angebot des ASB als Kostenträger mit seiner Neueinrichtung. „Viele Menschen müssen nicht stationär behandelt werden, wenn sie die Möglichkeit haben, zur Sozialstation zu gehen, oder sich von dort Hilfe anbieten zu lassen.“

Man muß die Sozialstation als eine Art zentrale Einsatzstelle der ambulanten Pflege ansehen, die durch Fachkräfte angeboten wird. Die Einrichtung der Sozialstation fördert also in erster Linie die gleichmäßige und ständige Versorgung des Betreuungsbereiches mit offenen pflegerischen Hilfen. Außerdem fördert sie die Aufklärung und Schulung der Bevölkerung durch Fachkräfte der Station und die Durchführung von Kursen in häuslicher Krankenpflege sowie die



Eine Sozialstation — nach dem Motto: „Sie rufen uns — wir helfen“ — eröffnete der Arbeiter-Samariter-Bund am 3. Januar in Pirmasens.

Zusammenarbeit mit den Ärzten, denen die Einrichtung als wesentliche Entlastung dienen kann. Sie dient aber auch der Mobilisierung der Nachbarschaftshilfe. Die Krankenschwestern sind täglich dort zur Stelle, wo durch Erkrankungen in den Familien oder bei alleinstehenden Personen die Pflege nicht mehr sichergestellt werden konnte.

Der ASB, so Vorsitzender Manfred Elig, richtet seine Sozialstation vorerst in drei Räumen ein und wandte einschließlich der drei Fahrzeuge und des notwendigen Materials (Krankenbetten zum Ausleihen und vieles mehr), ein Anfangskapital von DM 70 000,— auf. Etwa 50 Prozent des Startkapitals gibt das Land als Zuschuß. Hier rechnet man allerdings

noch mit Zuschüssen der Landesversicherungsanstalt und der Stadt. Nach vorausgerechneten Zahlen muß der ASB jährlich etwa DM 215 000,— aufbringen. Auch dazu geben die LVA und die AOK einen jährlichen Zuschuß. Mit einem Aufkommen von etwa DM 60 000,— wird durch Selbstbeteiligung gerechnet. Die ungedeckten Kosten werden hier zu 40 Prozent vom Land gedeckt. Mit dem gleichen Prozentsatz rechnet man auch von der Stadt; die restlichen 20 Prozent muß der ASB tragen. Nach den Worten des Vorsitzenden wird der ASB die Gründung eines Sozialhilfe- oder Sozialpflegevereins anstreben. Anfangs stehen zwei Schwestern, ein Pfleger und drei Althelferinnen zur Verfügung.

Verstärkter Schutz

Der Katastrophenschutz im Gebiet des Kreises Segeberg wird erheblich verstärkt. In Anwesenheit von Vertretern des Kreises und des Landesvorstandes des Arbeiter-Samariter-Bundes wurde aus dem bisherigen „4. Sanitätszug des Kreises Segeberg“ jetzt der „ASB-Ortsverband Kreis Segeberg“ gegründet. Zur Gründungsversammlung erschien als Sprecher der Kreisverwaltung Herr Dose, um über die Notwendigkeit einer Mitgliedschaft in einer Hilfsorganisation für die Helfer des Katastrophenschutzes zu informieren. Unter anderem führte der Referent aus, es wären keine Einheiten mehr erwünscht, die nicht von einer Hilfs-

organisation betreut würden. ASB-Landesvorsitzender Richard Hinz erläuterte Ziele und Arbeitsweise der Organisation. Er gab den Anstoß für die Gründung des ASB-Ortsverbandes. Die Mitglieder des 4. Sanitätszuges kamen der Aufforderung nach. Der Name „Kreis Segeberg“ wurde bewußt gewählt, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß alle ASB-Mitglieder aus dem Landkreis Segeberg zu einem Ortsverband zusammengefaßt werden. Dadurch soll eine Aktivität auf breiter Basis möglich werden. Damit war der Grundstein für eine breite Mitarbeit im Katastrophenschutzdienst, dem Ziel des neuen

ASB-Ortsverbandes Kreis Segeberg, gelegt, denn der bisherige 4. Sanitätszug, stationiert in Nützen bei Kaltenkirchen, der unter der Leitung von Rolf Hinz bereits erhebliche Vorleistungen auf diesem Gebiet erbracht hatte, war in seiner Arbeit gebunden, da er in seinem Bestehen als Regieeinheit keine weiteren Helfer mehr aufnehmen konnte.

Der ASB hat beim Kreis Segeberg bereits beantragt, folgende Einheiten im Katastrophenschutzdienst zu stellen: 4. Sanitätszug Segeberg, 2. Sanitätszug Segeberg, 2. Betreuungszug Segeberg. Zur Zeit verfügt der neugegründete „ASB-Ortsverband Kreis Segeberg“ über 73 aktive Mitglieder. Um die beantragten Einheiten zu stellen, werden noch viele Helfer benötigt. Gesucht sind nicht nur aktive, sondern auch passive Mitglieder, die mit ihren Beiträgen die Arbeit des Ortsverbandes unterstützen, denn eines ist gewiß: je stärker der Katastrophenschutz, je mehr Sicherheit und Hilfe für alle Bürger des Kreises.

Transporthilfe

Der Arbeiter-Samariter-Bund hat sich jetzt auch im Landkreis Augsburg als überörtliche Vereinigung konstituiert. Zur Gründungsversammlung, die im Florianstüberl der Stadtberger Feuerwehr stattfand, konnte der Vorsitzende des Ortsverbandes Gessertshausen, Hermann Puhr, zahlreiche Delegierte aus den Ortsverbänden Stadtbergen, Langweid und Gessertshausen begrüßen. Hauptpunkt der Tagesordnung war die Wahl der Kreisvorstandschafft. Zum ersten Kreisvorsitzenden wurde Oberregierungsrat Karl-Heinz Müller aus Aystetten und zu dessen Stellvertreter Kreisrat Max Strehle aus Deubach gewählt. Die ärztliche Betreuung übernahmen Dr. Wilhelm Liebknecht und Dr. Müller. Dr. Müller betonte, daß sich der ASB nicht als Konkurrenz zu den im Landkreis bereits bestehenden Wohlfahrtsorganisationen versteht. Für den Dienst am Nächsten könnten nicht genug Organisationen tätig sein. Als Schwerpunkt der Arbeit des Kreisverbandes sieht er zunächst die Ausweitung der Ausbilderschulung. Ferner könne der Kreisverband mit den bereits vorhandenen ASB-Fahrzeugen Aktionen wie „Essen auf Rädern“, Personentransporte zu

Altennachmittagen und vieles mehr durchführen. Außerdem sei der Ortsverband Gessertshausen bereits im überörtlichen Katastrophendienst eingesetzt. Als Nahziel des Kreisverbandes bezeichnete Karl-Heinz Müller auch die Gründung weiterer Ortsverbände.

Ausbildungskonzept

Je besser ein Retter ausgebildet ist, um so eher besteht die Chance, daß ein Unfallopfer trotz schwerer Verletzungen überlebt. Diesem Grundsatz folgend ist der Arbeiter-Samariter-Bund Wiesbaden bemüht, seine Ausbildung zu verbessern und dem neuesten Stand der Technik anzupassen. So hat der Verband, übrigens mit 24 Fahrzeugen und etwa 80 ehrenamtlichen Mitarbeitern einer der größten im Bundesgebiet, vier komplizierte Übungsgeräte angeschafft, die die wichtigsten Funktionen des menschlichen Körpers wie Atmung, Herztöne und Puls simulieren. Der Sanitäter erfährt sofort, wenn er bei Herzmassage oder bei künstlicher Beatmung Fehler macht. Wie Ausbildungsleiter Theodor Thomas erläuterte, geht der Trend ohnehin weg vom theoretischen und fast ganz hin zum Anschauungsunterricht.



In Wiesbaden veranstalteten ein hauptamtlicher Ausbilder und seine drei Mitarbeiter im vergangenen Jahr insgesamt 97 Lehrgänge.

Die sogenannte Recording-Resusc-Anne, ein feinmechanisches Wunderwerk, hat unter ihrer künstlichen Bauchdecke eine Vielzahl von Apparaturen, die von der Verengung der Pupille bis zu verschiedenen Herztonfrequenzen alles „vortäuschen“ kann, was zu den lebensnotwendigen Reaktionen gehört. Sogar ein EKG kann man von der „Dame“ anfertigen. Der Intubations-Trainer, eine Art Büste, ermöglicht es, das Einführen von Tuben in die Luftröhre zum Schutz vor Erstickung sowie die künstliche Beatmung zu üben. Jeder falsche Druck, jeder verkehrte Handgriff, den der Ausbilder gar nicht erkennen könnte, zeigt sich sofort an. Dazu gehören verschiedene Tuben, sogenannte Endotrachealkatheter, die auch im Ernstfall benutzt werden und das Laryngoskop, eine Art beleuchteter Haltestab zum Öffnen des Mundes. Alle vier Apparate kosten etwa 5000 Mark. Die Anschaffung wurde zum Teil ermöglicht durch eine Spende der Berlinischen Lebensversicherung. Wie Renate Steiner, die Vorsitzende des ASB, sagte, möchte man zur Ausbildung noch einen Infusionsarm haben.

Renate Steiner hob auch die Schwierigkeiten hervor, die dem ASB durch die Ölkrise und die damit verbundenen erhöhten Benzinpreise entstehen. Trotzdem will der ASB vorerst die Tarife beim Krankentransport nicht erhöhen. Gerade der Wagenpark verschlingt jedoch das meiste Geld.

Abgesehen von technischen Einrichtungen und Reparaturen müssen in jedem Jahr etwa sieben Fahrzeuge neu angeschafft werden. Das neue Medimobil des ASB, das bei den Städtischen Kliniken stationiert ist, reicht in seiner Kapazität aus. Täglich sind im Durchschnitt drei Einsätze zu fahren. Erst bei der Fertigstellung der neuen Klinik auf dem Freudenberg müßte der Kauf eines dritten Medimobils ins Auge gefaßt werden. Den alten Notarztwagen würde der ASB lieber heute als morgen zu einem Infarkt-Wagen ausbauen, doch noch fehlen die Mittel dazu.

Ohne seine vielen ehrenamtlichen Helfer müßte der ASB ganz anders kalkulieren. Sie sind das „Rückgrat“ des Bundes. Da jedoch in den Schulen bald Erste-Hilfe-Kurse beginnen, wird ein hauptamtlicher Ausbilder benötigt. Theodor Thomas und seine drei Mitarbeiter sind „ausgebucht“. Im Jahre 1973 haben sie beispielsweise 97 Lehrgänge veranstaltet.

Für Ausbau der Häuslichen Krankenpflege

Zusammenarbeit brachte gute Ergebnisse im Würzburger Raum

Die Versorgung der Bevölkerung durch ambulante diakonische Gemeindepflege schrumpfte infolge des Mangels an Ordensfrauen und Diakonissen im letzten Jahrzehnt zusehends. Die Altersheimplätze reichen nicht aus. Zudem entschließen sich viele Menschen nicht rechtzeitig für ein Altersheim, solange sie noch familiäre Anlehnung haben.

Die Bundesländer, Kommunen und Wohlfahrtsverbände haben die Situation erkannt und suchen die Aufgabe, die Bevölkerung mit ambulanter Kranken- und Altenpflege zu versorgen, durch zentrale Sozialstationen für Bezirke von 15 000 bis 30 000 Einwohnern zu lösen. Es ist aber schon jetzt zu erkennen, daß die drei bis fünf dafür vorgesehenen Kräfte dafür nicht ausreichen — trotz Motorisierung. Das schon in Erprobung gegebene Modell kann nur gelingen, wenn eine Anzahl von neben- und ehrenamtlichen Helferinnen mitarbeiten. Man wird dabei an Hausfrauen mit einer kürzeren Ausbildung denken müssen. Diese kann in Schwestern-Helferinnen-Lehrgängen, Altenpflegekursen oder — vor allem für Eigen- und Nachbarschaftsfälle — in Kursen für Häusliche Krankenpflege geschehen.

Die Johanniter-Unfall-Hilfe hat seit ihrer Gründung solche Kurse für Häusliche Krankenpflege in ihr Programm aufgenommen. Es konnten aber immer nur verhältnismäßig wenige Kurse dieser Art gehalten werden.

Auch im Würzburger Raum haben wir „Häusliche Krankenpflege“ z. B. im Evang. Bildungszentrum (R. A. Schröder-Haus) bis 1972 mit wenig Erfolg angeboten. Das hat sich geändert, seit in Schweinfurt Innere Mission und Caritas gemeinsam einen ähnlichen, nur ausführlicheren Lehrgang mit umfangreicher Werbung durchgeführt haben und Würzburger Pfarrer beider Konfessionen — darauf aufmerksam gemacht — sich der Sache annahmen.

So haben wir vom Standort Reichenberg aus im Winter 1972/73 in vier Stadtrandbezirken (Würzburg, Keesburgsiedlung/Gerbrunn, Reichenberg und Höchberg) Häusliche

Krankenpflege-Kurse mit rund 140 Teilnehmern gehalten. Sie waren in jedem Fall von den jeweiligen evangelischen und katholischen Kirchengemeinden gemeinsam getragen, in einem Fall von einem Diakonverein, der auch die Hälfte der Teilnehmergebühren erstattete. Die Kirchengemeinden stellten den Raum und übernahmen gerne die Werbung, manchmal auch die Gebühr von 10,— DM je Person, die mit dem MHD abgestimmt ist. Der MHD hält dabei entweder einen Parallelkurs in einem anderen Gemeindeteil oder den für nächstes Jahr vorgesehenen Kurs.

Durch die Aufgeschlossenheit der Leitungen der kirchlichen Wohlfahrtsorganisationen dürfte der Boden für die Lehrgänge in Häuslicher Krankenpflege bei Pfarrern und Kirchengemeinden mehr und mehr bereitet sein. Daß dies nicht nur für Bayern zutrifft, erweisen die Aufsätze über Gemeindekrankenpflege und Sozialstationen im zentralen Organ des Diakonischen Werks vom April 1973.

Durch Anbieten von Kursen für Häusliche Krankenpflege besteht meines Erachtens für die Johanniter-Unfall-Hilfe eine gute Möglichkeit, daß ihre Beauftragten mit dem

Diakonischen Werk, vor allem seinen Bezirksvereinen, Stadtmissionen und Diakonvereinen, aber auch mit den Pfarrern und Kirchengemeinden in die längst wünschenswerte engere Fühlung kommen.

Die Beauftragten müßten nur an ihrem Ort eine Krankenschwester, die sprachlich dazu in der Lage ist, für den Unterricht in Häuslicher Krankenpflege finden. Der Leitfaden für Häusliche Krankenpflege von Liselotte Kascher — Christl. Zeitschriftenverlag 1 Berlin 41 (Preis DM 3,20) — ist für Lehrende und Lernende gut brauchbar. Es empfiehlt sich, für einen Abend (z. B. Infektionskrankheiten) einen Arzt hinzuzuziehen, für einen zusätzlichen Abend einen oder beide Pfarrer der Sprengel über Seelsorge am Krankenbett sprechen zu lassen.

Der Landespfarrer der Johanniter-Unfall-Hilfe könnte etwa durch ein Schreiben an die Obmänner des Diakonischen Werks, wie es sie in jedem Dekanatsbezirk gibt, oder den Besuch von besonders aktiven Dekanen an bedeutenderen Orten zu vertrauensvoller Verbindung zu den Kirchengemeinden mit dem konkreten Ziel der Häuslichen-Krankenpflege-Kurse helfen. Pfarrer E. Geissler

Schüler helfen im Krankenhaus

Vorher genaue Einweisung in vorkommende Arbeiten

Viele Hamburger Gymnasien führen einmal im Jahr in der Vorabiturklasse eine Projektwoche im Rahmen der „Aktion Gemeinsinn“ durch. Einige Klassenverbände machen Studienreisen, archäologische Studien und vieles andere. Auf Initiative der Gattin unseres Ritterbruders E. v. Block meldete sich eine Gruppe Oberschüler aus Blankenese zum Krankenpfordienst im Allgemeinen Krankenhaus Hamburg-Rissen.

Um die nach einigen Wochen auf 12 Mitglieder angewachsene Gruppe nicht ganz unvorbereitet in den Stationsdienst zu schicken, bot die JUH-Hamburg sich an, 11 Schüler

und 1 Schülerin in einem Krankenpflegekursus mit diesem Dienst vertraut zu machen.

An zwei Nachmittagen wurden sie von einer Gemeindegewester und einem JUH-Arzt theoretisch und praktisch in der Krankenpflege unterwiesen, unter Berücksichtigung der Aufgaben, die im Krankenhaus auf der Pflegestation anfallen. Sie hörten etwas über die Funktion des Stationsdienstes, über den Umgang mit Patienten, über die Aufgaben, die einen Pfleger erwarten, über die Schwestern- und Ärztehierarchy, über die Schweigepflicht, über den guten Ton, kleine Hinweise, wie man sich

Namen und Aufträge besser merken kann, und vieles mehr.

Besonderen Eifer legten die Teilnehmer des Lehrgangs an den Tag, als es um die Praxis des Umbettens, des Topfens, des Hemdwechsels, des Waschens des Patienten in dem aufgestellten Pflegebett ging. Jeder kleinste Handgriff wurde von unserer Gemeindeschwester geübt. Die Beobachter waren erstaunt und erfreut über soviel Einsatzfreude und Mitmachen der Teilnehmer. Dieses ungewöhnlich große Interesse und die erlernte Praxis sollten unseren Schülern beim Einsatz sehr zugute kommen.

Mit viel Geschick und Einfühlungsvermögen verteilte die Krankenhausoberin unsere Gruppe auf die verschiedensten Branchenstationen. So hatte einer das Glück, auf die Intensiv-Station zu kommen. Mit Sicherheit hat er hier in der apparativen Schwerkrankenpflege und Versorgung den Vogel abgeschossen.

Aber auch alle anderen Stationschwestern begrüßten unsere Schüler als willkommene Hilfe und setzten sie sehr schnell verantwortlich ein, weil sie Intelligenz und Fertigkeiten erwarteten und nicht enttäuscht wurden.

Als unsere Helfer sahen, daß sie einem echten Notstand, dem Schwesternmangel, etwas abhelfen konnten, auf der Station bei Schwestern und Patienten mehr und mehr beliebt wurden, entschlossen sich viele in den Herbstferien, die dieser Projektwoche folgten, gleich weiter Dienst zu machen. Ganz

schnell wurden sie „erfahrene Helfer“, die dann zur Sitzwache herangezogen wurden und überrascht ein gutes Entgelt dafür in Empfang nahmen.

Während des ganzen Einsatzes hielt Frau v. Block Kontakt mit der Oberin, um eventuelle Unebenheiten im Dienstablauf für die Schüler auszugleichen. Einen Fehlstart gab es umzudirigieren, dann aber mehrten sich Anerkennung und Freude über die Tätigkeit ihrer Schüler und endeten mit dem Wunsch, diese Aktion recht bald zu wiederholen.

Einige Tage nach dem Ende dieser erweiterten Aktion kamen wir noch einmal zusammen, um uns von den Schülern berichten zu lassen, was wir besser im Vorunterricht bringen könnten und daß wir neben dem guten Pflegeunterricht auch medizinische Tätigkeiten z. B. Blutdruckmessen, kleine Blutentnahmen, Kurvenführung u. a. lehren sollten.

Übereinstimmend wurden die anfängliche nervliche Belastung und die ängstliche Erwartung geschildert, die einen Neuling auf der Station überfallen. Auch der Anblick eines Toten gab zunächst einen Schock. Alle diese Belastungen seien aber nach zwei Tagen vorbeigewesen. Sie bleiben keinem erspart, können wohl im Vorunterricht auch nicht erfaßt werden, müssen aber wohl mehr vorausgesagt werden.

Für Schüler und Lehrer war diese Aktion ein Gewinn. Dies hat uns ermuntert, für eine Wiederholung im nächsten Jahr zu sorgen.

Dr. Cropp
Landesarzt der JUH-Hamburg

genommen und dort der Johanniter-Unfall-Hilfe übergeben.

*

Auch in Rattlingen hat die JUH in ähnlicher Weise wie in Verden alte Telefonbücher eingesammelt.

JUH-Teams in Äthiopien

Zur Linderung der durch die Hungersnot in unzugängliche Teile Äthiopiens entstandenen Notlage werden im Rahmen der „Stern“-Aktion Ärzteteams eingesetzt. Die Teams haben die Aufgabe, die ärztliche Betreuung und Verteilung von Lebensmitteln zu verbessern.

Am 14. Januar ist ein Team der JUH nach Äthiopien abgeflogen. Das JUH-Team ist wie folgt zusammengesetzt: 2 Ärzte, 2 Krankenschwestern und 2 Techniker. Ein Team des DRK soll im Februar folgen.

Das JUH-Team wird in der Nähe des Ortes Harrar in der Provinz Wollo eingesetzt. Die Leitung des Teams hat Dr. Ohlen (JUH-Blomberg, Nordrhein-Westfalen) übernommen. Das Team wird voraussichtlich sechs Monate im Einsatz bleiben.

JUH in unserer Gesellschaft

Die „Löhner Zeitung“ beschäftigte sich mit dem kurzen Jahresbericht, den die JUH-Löhne für Freunde, Interessenten und Spender herausgegeben hat — kein Prunk- und Protzdokument, sondern einfache Schreibmaschinenschriftvervielfältigungen, gespickt mit Zahlen. Die Zeitung schreibt u. a.: „Nachdem die Johanniter diesen Dienst neun Jahre lang als einzige JUH-Gruppe im Bundesgebiet durchführten, beginnen jetzt auch andere Gruppen mit der Einrichtung eines ähnlichen Dienstes. Die sehr moderne Ausrüstung der Löhner JUH — Krankentransport- und Funkkommandowagen, Entgiftungsfahrzeuge, Wiederbelebungs-, Sauerstoffinhalations- und Funkgeräte sind nur einige Beispiele — ermöglicht die Übernahme von Sanitätsdiensten und Massenverpflegung sowie Notfalltransporten. Für dieses Jahr wünschen sich die Unfallhelfer der Johanniter einen weiteren Zuspruch von Seiten der Bevölkerung. Daß die Arbeit der Organisation stets auf Verständnis der Öffentlichkeit gestoßen ist, beweist auch die Tatsache, daß im vergangenen Jahr immerhin mehr als 3000 Mark Spendenbeiträge eingegangen sind.“

JUH sammelt alte Telefonbücher ein

Die „Aller-Weser-Zeitung“ berichtete: Rund 13 000 neue Fernsprechkarten liegen beim Postamt Verden und seinen Amtsstellen zur Ausgabe an die Postkunden bereit. In wenigen Tagen werden die Abholkarten den Fernsprechteilnehmern ins Haus gebracht. Auf die Rückgabe der alten Telefonbücher verzichtet die Post seit einigen Jahren. Dennoch sollen sie nicht in die Mülltonnen wandern, sondern einem guten Zweck zugeführt werden. In diesem Jahr hat sich die Johanniter-Unfall-Hilfe bereit erklärt, die alten Bücher einzusammeln.

Ab Montag steht vor dem Verdener Postamt ein Wagen der Verdener Johanniter-Unfall-Hilfe, um die alten Telefonbücher einzusammeln, die als Altpapier verkauft werden. Der Erlös stellt eine wirksame Unterstützung

der Arbeit der Johanniter-Unfall-Hilfe dar. Das Postamt Verden wird diese Initiative unterstützen.

Die Post in Verden ist froh, daß sich die Johanniter-Unfall-Hilfe bereit erklärt hat, die alten Fernsprechkarten einzusammeln und für den Abtransport zu sorgen. Sie wird daher vor dem Postamt Verden einen Sammelwagen aufstellen, in den die alten Bücher hineingeworfen werden können. Das Aufstellen eines solchen Sammelbehälters lohnt sich jedoch nur für die Stadt Verden. Bei allen Poststellen, den beiden „Fahrbahnen Postschaltern“ und bei den Postämtern Langwedel, Thedinghausen und Dörverden können die alten Telefonbücher am Schalter abgegeben werden. Sie werden dann von den Postwagen mit nach Verden

Zivil- militärische Zusammen- arbeit im Not- und Katastrophenfall aus ärztlicher Sicht

Von Generalstabsarzt
Dr. med. Rebentisch,
stellvertretender Inspekteur
des Sanitätswesens
der Bundeswehr

Fortsetzung aus Heft 1/74

Eine große Zahl qualifizierter Hilfskräfte ist jedoch weder für den zivilen noch für den militärischen Bereich erfaßbar, nachdem die Arbeitnehmer ihre Karteien über medizinisches

Personal aufgelöst und die Gesundheitsämter die Meldepflicht für medizinisches Personal nicht konsequent erhalten haben. Wie groß die Zahl ehemaliger Krankenschwestern und med.-techn. Assistentinnen ist, läßt sich nicht annähernd schätzen. Es ist nur bekannt, daß die durchschnittliche Zeitdauer der Berufsausbildung nach Erlangung der staatlichen Anerkennung bei diesen Berufsgruppen 3—5 Jahre beträgt.

Es wird Sie vielleicht interessieren, wie wir zur Zeit aufgrund der gesetzlichen Möglichkeiten verfahren. Die Bundeswehr trägt die Verantwortung für die Einplanung und die Feststellung der Eignung der Schwesternhelferinnen. Sie führt diese unter Anhörung der ausbildenden Verbände durch. Der Bundesminister für Arbeit bzw. die Arbeitsämter sorgen für die Bereitstellung der benötigten Kräfte.

Es ist dabei von völkerrechtlicher Bedeutung, daß eine Gestellung durch die Verbände bzw. Krankenpflege-Organisationen aufgrund der

Genfer Abkommen nicht möglich ist. Dafür sind folgende Gründe zu nennen: Das weibliche Personal muß zu den Streitkräften im Sinne des Artikels 13,1 des I. und II. Genfer Abkommens sowie Artikel 4a des III. Genfer Abkommens gehören. Das Sanitätspersonal muß gem. Artikel 26,1 des I. Genfer Abkommens fester Bestandteil der Streitkräfte sein. Es kann daher den Schutz gem. Art. 24a des 1. Genfer Abkommens nur aufgrund eines Einzelvertrages genießen.

Wenn ich mich nun der Untersuchung der Möglichkeiten für eine zivilmilitärische Zusammenarbeit in der Praxis widme, so möchte ich unterscheiden zwischen dem Notfall — ähnlich einer örtlichen Katastrophe — und der großen Katastrophe, d. h. dem Verteidigungsfall.

Beim Eintreten von Notfällen und örtlichen Schäden liegt nach Bundesrecht die Zuständigkeit bei der zivilen Verwaltungsspitze, d. h. auch bei der Leitung des öffentlichen Gesundheitsdienstes im Schadensgebiet. Das Ausmaß der Katastrophe



Generalstabsarzt Dr. Rebentisch (Mitte), stell. Inspekteur des Sanitätswesens der Bundeswehr, beim Symposium über die Möglichkeiten der Flugrettung; vor ihm: Ministerialdirektor Thomsen, Leiter der Abteilung ZV im Bundesministerium des Innern.

bestimmt auch die Ebene der Zuständigkeit.

Die Katastrophen-Einsatzleitung wird sich zunächst der zivilen örtlichen Sanitätskräfte, also z. B. des Technischen Hilfswerkes und Krankenpflegeverbände sowie der Krankenhäuser bedienen. Wenn deren Kapazität überschritten ist, tritt auf Anforderung die Bundeswehr in Tätigkeit.

Als Beispiele möchte ich hier anführen die Überschwemmungskatastrophe in Hamburg und Schleswig-Holstein sowie neuerdings die Giftmüll-Affäre in Hessen.

Zur Giftmüll-Affäre in Hessen möchte ich erläutern, daß es hier in erster Linie um den Einsatz von Pionier-einheiten mit Spezialgeräten zur Räumung der Müllhalden ging. Der Sanitätsdienst war durch örtliche und überörtliche Berater zur Vorbeugung von Vergiftungsschäden und Bereithaltung begrenzter Krankenhauskapazitäten für Spezialbehandlung beteiligt.

Ein Beispiel für einen sozusagen vorgeplanten Notfall besonderer Art boten die Olympischen Spiele. Ihr Umfang sprengte alle Möglichkeiten des zivilen Sektors, der während der Spiele seine normalen Aufgaben unverändert und der Hauptreisezeit entsprechend, weiterhin wahrzunehmen hatte. Natürlich wäre es für den zivilen Bereich möglich gewesen, durch Heranziehung der benötigten Kräfte aus dem ganzen Bundesgebiet die Aufgaben zu bewältigen. Sie werden jedoch verstehen, daß es wesentlich einfacher und zudem kostensparender war, die Bundeswehr schwerpunktmäßig einzusetzen. Dies wird im übrigen in allen Ländern, die Olympische Spiele veranstalten, genauso gemacht.

Die große Katastrophe, also der Verteidigungsfall, stellt uns vor eine extreme Situation. Ich darf also als bekannt voraussetzen, daß die NATO ein reines Verteidigungsbündnis ist und keinerlei Vorbereitungen für einen Angriff über die Grenzen ihrer Territorien hinaus kennt. Der Verteidigungsfall würde uns also im eigenen Land treffen. Das erklärte Ziel der NATO ist es, die Integrität ihrer Territorien zu wahren oder zum Ende einer militärischen Auseinandersetzung wieder hergestellt zu haben.

Während die Streitkräfte die Verteidigung unter der Maxime Vorneverteidigung so dicht wie möglich an der Ostgrenze führen, wird die Bevölkerung nicht nur im Kampfgebiet, sondern auch in den

rückwärtigen Räumen durch die militärischen Maßnahmen getroffen und schwerer in Mitleidenschaft gezogen werden als die gut ausgebildeten — zahlenmäßig in keinem Verhältnis zum Umfang der Bevölkerung stehenden — Streitkräfte.

Für die Bevölkerung gilt die Richtlinie, an ihren Wohnorten zu bleiben und ihr Leben so gut wie nur irgendwie möglich zu schützen. Die großen Fluchtbewegungen des letzten Krieges mit den unermeßlich hohen Opfern an Menschenleben haben nicht zuletzt zu dieser Forderung beigetragen. Einzelne Fluchtbewegungen werden sich dennoch nicht verhindern lassen; sie stören aber die militärischen Maßnahmen. Für die am Ort verbleibende Bevölkerung sind Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherung der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern und Energien sowie ein geregelter Gesundheitsdienst lebensentscheidend. Dies gilt auch für die Bereiche, in die feindliche Streitkräfte eindringen. Die Verantwortung liegt hier einseitig bei den zivilen Verantwortlichen. Bei und rückwärts der eigenen Abwehrkräfte ist organisatorisch enge Verbindung des zivilen Gesundheitswesens mit dem Sanitätsdienst der Streitkräfte Grundbedingung. Allgemeine Gesundheitsvorsorge ist ebenso wenig getrennt zu betreiben wie die Behandlung Verletzter, Kranker und Verwundeter. Die unterschiedliche Inanspruchnahme des völkerrechtlichen Schutzes nach dem I. bis III. bzw. IV. Genfer Abkommen kann nur dann erfolgen, wenn Bergung, Abtransport und Behandlung geordnet verlaufen. Dringliche Behandlungsmaßnahmen muß derjenige durchführen, der dem Schadensort am nächsten ist und über die besten Behandlungsmöglichkeiten verfügt.

Je intensiver ein Krieg geführt wird, desto mehr muß die Verantwortung dezentralisiert werden. Das Extrem ist der von uns allen abgelehnte Krieg mit A- und C-Waffen. Sollten diese Massenvernichtungsmittel zum Einsatz kommen, so wird es keine überörtliche Führung mehr geben. Es kann soweit kommen, daß nur noch der überlebende Arzt oder ärztliches Hilfspersonal dem nächst-benachbarten Geschädigten Hilfe und Trost gibt.

Sich diese Zustände im einzelnen vorzustellen, geht über das normale Denken weit hinaus.

Zum Abschluß möchte ich doch noch

einmal auf ein Problem eingehen, was uns im Rahmen der Vorbereitungen beschäftigt und die zivil-militärische Zusammenarbeit zweifellos erschwert. Es handelt sich um den Umfang und die Art der Maßnahmen zur Bereitstellung von Krankenhaus-Objekten. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand von 1972 3545 Krankenhäuser mit 690 236 Betten. Darunter 465 946 = 67,5 % Betten für akute Kranke und 224 290 = 32,5 % Betten für langfristige Sonderbehandlung. Bei der Einwohnerzahl von 61 809 000 steht für 89 Einwohner ein Bett zur Verfügung. Für den Notfall haben die zuständigen zivilen Behörden bisher 75 000 Betteneinheiten für Hilfskrankenhäuser vorbereitet, die z. T. in Anlehnung an bestehende Krankenhäuser und zum Teil aus Einzelobjekten eingeplant sind. Für die Einrichtung und Inbetriebnahme der Hilfskrankenhäuser hat der BMI Richtlinien erlassen. Die Verantwortung dafür tragen die zivilen Behörden, vornehmlich die Landkreise und kreisfreien Städte. Die Bundeswehr unterliegt den Forderungen der NATO, sie soll für die eigenen Streitkräfte, aber auch auf Anforderung für alliierte Verbände Lazarett-Unterbringungsmöglichkeiten vorbereiten. Weiteres Gerät liegt in Depots bereit. Dazu kommen — als im Frieden bereits voll arbeitsfähige Elemente — die 14 Bundeswehrkrankenhäuser mit insg. 2500 Betten sowie die Feldlazarette und Hauptverbandplätze der Streitkräfte. Im Hinblick darauf, daß der zivile Unterbringungsbedarf nicht beeinträchtigt werden soll, werden die Reservelazarette vorwiegend in Kasernen stationiert werden. Das Problem zur Inbetriebnahme der Reservelazarette liegt vor allem in der rechtzeitigen Heranziehung des Personals sowie in der Freimachung der Kasernen von der Truppe und Einrichtung mit Lazarett-Gerät. Zum Teil muß dieses Gerät über einige Entfernung herantransportiert werden. Dies ist in einer Spannungszeit nur mit Hilfe der Truppe oder durch Anmietung geeigneten Transportraumes möglich. Nach Freigabe der Anwendung des Bundesleistungsgesetzes läßt sich dies auf dem Weg über die Inanspruchnahme von Leistungen erreichen. Es ist nach wie vor eine Frage der Zeit, wann und wie dies gelingt.

Einzelheiten über die Vorbereitungen im zivilen Bereich sind mir leider nicht bekannt.



AKTUELLE NACHRICHTEN

Opposition drängt auf Notruf 110

Im Düsseldorfer Landtag kommt ein Antrag der CDU-Opposition zur Beratung, der die umgehende Einführung des öffentlichen Notrufs 110 einheitlich im ganzen Lande zum Ziel hat.

Die Landesregierung wird darin ersucht, den einheitlichen münzfreien Notruf im gesamten Gebiet von Nordrhein-Westfalen unverzüglich einzuführen und die notwendigen technischen Maßnahmen ohne Verzögerung zu veranlassen. Die Regierung soll die Durchführung dieses Beschlusses nicht von einer — nur verzögernden — vorherigen Regelung über die Kosten der Einführung und die Gebühren der Nutzung dieser Einrichtung abhängig machen.

Die CDU ist der Auffassung, daß die einmütige Zustimmung, die dieses Projekt bei allen Parteien des Landtages gefunden hat, die Einbringung dieses Antrages begründe; das Scheitern des Projektes sei lediglich auf Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Ländern und der Bundespost zurückzuführen.

„Ungeachtet der notfalls in verfassungsrechtlichem Streit zu klärenden Frage, durch welche Körperschaft die Kosten des münzfreien Notrufes zu tragen sind, soll“, so die Landtagsfraktion der CDU, „deshalb die Einführung des einheitlichen münzfreien Notrufes nicht von der Vorklärung finanzieller Fragen abhängig gemacht werden.“

Führt der Ölkonflikt zum Kriege?

Die Regierungen der Öl-Staaten in Nah-Ost scheinen zu befürchten, daß ihre einschneidenden Maßnahmen in der Öl-Politik einen heißen Krieg auslösen können. Der Sicherheits-Minister des Scheichtums Kuwait hat die Verminderung der Förderungs-

anlagen angeordnet; Algeriens Staatschef hatte bereits früher angedroht, im Falle einer militärischen Intervention durch ausländische Staaten, die Pipelines und Förderanlagen zu sprengen. Veranlassung solcher Ankündigungen sind die Flottenbewegungen der USA. Auch die Sowjets haben im Mittelmeer ihre dritte Flotten-Eskadron mit 90 Einheiten auf Höchststärke gebracht und folgen den Amerikanern bei allen Standortänderungen.

Die sowjetische Flotte im Indischen Ozean steht seit dem Ausbruch des israelisch-arabischen Krieges im Oktober in der Arabischen See. Sie steht zwischen dem Golf von Oman, der den Zugang zu den Ölfeldern im Persisch-Arabischen Golf bildet, und dem Golf von Aden, dem Eingang ins Rote Meer.

Die Amerikaner verfügen ostwärts der arabischen Halbinsel nur über geringere See-Streitkräfte.

Nach den Worten von Algeriens Staatschef Boumediene würde eine militärische Intervention „zu einer Weltkrise“ führen.

Konkurrenz zu Lasten Verletzter

Harte, aber offene Worte zum Konkurrenzdenken der verschiedenen Hilfsorganisationen fielen anlässlich eines Erfahrungsaustausches aller am Rettungswesen beteiligten Stellen in München. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand die Frage, ob Schwerverletzte sofort von Sanitätswagen — die nur mit speziell ausgebildeten Sanitätern besetzt sind — abtransportiert werden sollen, oder ob gewartet werden soll, bis der mit dem alarmierten Hubschrauber eintreffende Notarzt eine Erstversorgung und Beurteilung durchgeführt hat. Hierzu wurde festgestellt, daß die ärztliche Versorgung vordringlich sei. Somit bestehe kein Grund, im raschen Zugriff den Schwerverwundeten zu verladen und ohne Versorgung ins nächste Krankenhaus zu schaffen. Außerdem sind die im Rettungshubschrauber mitfliegenden Ärzte erfahrene Unfallmediziner.

Die Luftrettung hat inzwischen ihren festen Platz im Rettungswesen und soll noch weiter ausgebaut werden. Allerdings, so wurde festgestellt, tritt ein solches — schädliches — Konkurrenzdenken nicht nur bei der Zusammenarbeit zwischen Luftrettung und Sanitätsfahrzeugen auf, sondern auch zwischen den verschiedenen Organisationen, die die Sanitäts-

fahrzeuge einsetzen. Den Schaden hat in solchen Fällen immer der betroffene Schwerverletzte. In München wurde versucht, für die Zukunft zu einer besseren und befriedigenderen Zusammenarbeit zu kommen.

Schutz vor Sabotageakten

Die Sicherung von Atomkraftwerken vor Terroranschlägen, die möglicherweise eine Katastrophe auslösen könnten, nimmt bei den allgemeinen Sicherheitsvorkehrungen, die zum Schutz der Anlagen und der Betriebssicherheit getroffen wurden, einen sehr breiten Raum ein. Diese Feststellung hat der bayrische Innenminister Merk getroffen, als er die Anfrage eines Landtagsabgeordneten beantwortete. Der Fragesteller hatte wissen wollen, ob das in seinem Wahlkreis gelegene Atomkraftwerk Grundremmingen hinreichend geschützt sei. Merk verwies auf die sehr strengen sicherheitstechnischen Auflagen bei der Errichtung und beim Betrieb von Kernreaktoren. Beispielsweise könne das Reaktorgebäude von Grundremmingen nach Ansicht von Sprengstoffexperten wegen seiner starken Betonhülle mit herkömmlichen Sprengstoffen nicht gefährdet werden. Neben anderen Sicherheitsvorkehrungen werde in Gesprächen mit der Bundeswehr geprüft, ob in Krisenzeiten auch ein militärischer Schutz für Atomkraftwerke gewährleistet werden könne.

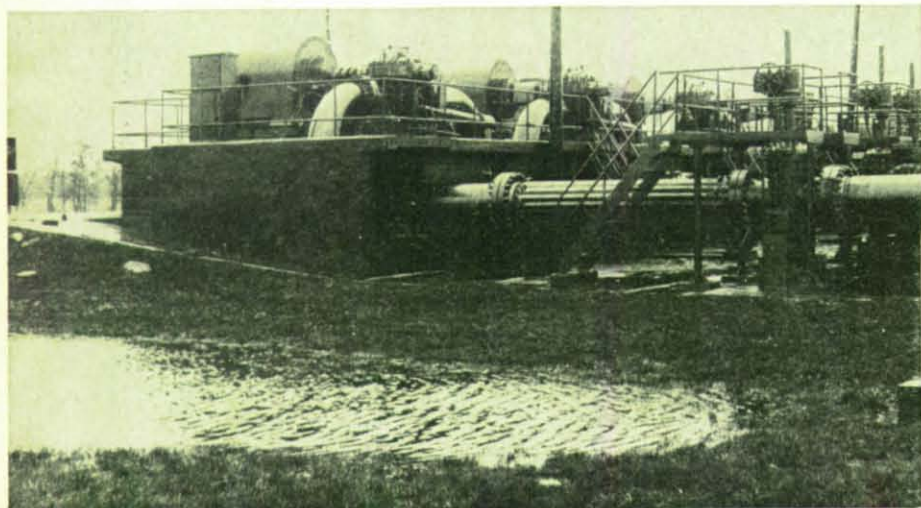
Verstärkte LS-Maßnahmen in der DDR

Nach einschlägigen Presseberichten läuft in der DDR ein neues, umfangreiches Luftschutz-Programm an. Zweck dieser Maßnahmen, die den Bau und die Einrichtung von Luftschutzanlagen forcieren sollen, ist es, im Rahmen der Zivilverteidigung einen umfassenderen Schutz für die „arbeitende Bevölkerung“ zu schaffen. Vorrangig sollen demzufolge bei allen Neubauten und allen Um- und Erweiterungsbauten von Wohnhäusern, Fabriken und öffentlichen Gebäuden Luftschutzräume geplant, gebaut und eingerichtet werden. Die örtlichen Partei-Organen sind beauftragt, ein genaues Augenmerk darauf zu haben, daß diese Maßnahmen auch durchgeführt werden.

Werner Schiefel

Prüfmolch kriecht durch die Leitung

Lehren aus der Ölkatastrophe von Ochtrup



Vor einem Jahr: Die Pumpstation Ochtrup kurz nach dem Bruch der Pipeline.

Vor einem Jahr bei Ochtrup nahe der niederländischen Grenze: An der Pipeline der Nord-West-Ölleitung (NWO), die von Wilhelmshaven ins Rheinland führt, ist in einer Pumpstation eine Schweißnaht geplatzt. Das Öl schießt in einer acht Meter hohen Fontäne aus dem Boden. Insgesamt ergießen sich rund 800 000 Liter auf die umliegenden Wiesen und Äcker. Den Hilfskräften gelingt es nach kurzer Zeit, das ausgelaufene Öl unter Kontrolle zu bekommen. Die große Ölkatastrophe findet zum Glück nicht statt.

Inzwischen haben die Ölleitungsgesellschaft und die zuständigen Behörden Bilanz gemacht, die damaligen Ereignisse ausgewertet und ihre Lehren daraus gezogen: Zusätzliche Sicherungsmaßnahmen sollen verhindern, daß es noch einmal zu einem ähnlichen Ölunfall kommt.

Nur geringer Schaden

Der damals angerichtete Schaden blieb mit 700 000 DM verhältnismäßig gering. Neben den 22 000 DM, die als Entschädigung an betroffene Landwirte zu zahlen waren, handelte es

sich fast ausschließlich um Kosten für die Beseitigung der ölgetränkten Erde. Daß die Sache so glimpflich abging, ist vor allem dem schnellen und

wirkungsvollen Eingreifen der Feuerwehren und der Hilfskräfte zu verdanken. Das bestätigt Dipl.-Ing. Hanns-Dieter Spohn, Feuerschutzdezernent beim Regierungspräsidenten in Münster. Er hatte am Ort des Geschehens die Technische Einsatzleitung übernommen, nachdem Katastrophenalarm ausgelöst worden war. Schlimmeres konnte verhütet werden — so Spohn —, weil die Feuerwehr frühzeitig alarmiert wurde; sie konnte sofort die in jenem Augenblick notwendigen Maßnahmen ergreifen, da ihr das Gelände vertraut war und sie die „schwachen Stellen“ der Anlage kannte.

Einige Glücksfälle kamen hinzu: Der Lehm Boden verhinderte ein schnelles Versickern des Öls ins Erdreich und damit ein Verseuchen des Grundwassers. Das oberirdisch abfließende Öl konnte mit schnell errichteten Sperren aufgehalten und sodann abgepumpt werden.

Weitere Sicherungen

Was einmal gelang, mußte nicht auch ein zweites Mal glücken. Es galt deshalb, aus dem Geschehen zu lernen und sich zu den bestehenden

noch weitere Sicherungen gegen die ölige Gefahr auszudenken. Die Techniker haben sich einiges einfallen lassen: Zusätzlich zu einem



Durch das schnelle und wirkungsvolle Eingreifen der Hilfskräfte konnte das Schlimmste verhütet werden.

Druckabfallmesser wurde in der Fernsteuerungszentrale in Wilhelmshaven ein „Mengenbilanzierungsgerät“ eingebaut. Alle fünf Minuten vergleicht das automatisch arbeitende Kontrollinstrument die in die Pipeline eingegebene Rohölmenge mit der Abgabe an die Raffinerien. Die mit Hilfe von Tankfernmessungen ermittelte Mengenbilanz, die auch den jeweiligen Leitungsinhalt berücksichtigt, wird von einem Computer ausgedruckt. Mit diesem Meßverfahren hofft man, jede noch so kleine undichte Stelle in dem Rohrsystem frühzeitig zu entdecken. Eine Art Spürhund, der die Leitung von innen inspiziert, ist der „Prüf-molch“. Das einer Bürste ähnliche Gerät wird in die Pipeline eingelassen und auf die Reise geschickt. Seine hochempfindlichen Sensoren sollen feinste Risse in der Rohrwandung ausfindig machen und genau lokalisieren. Noch ehe es zu einem Leck gekommen ist, kann das Rohr an der georteten Stelle erneuert werden.

Ebenfalls durch die Leitung gespült wird der nach einem ähnlichen Prinzip arbeitende sogenannte „Leckerkennungsmolch“. Sobald eine bestimmte Ölmenge pro Sekunde entweicht, schlägt er Alarm.

Depots halten Spezialmittel bereit

Aber was geschieht, wenn dieses „Frühwarnsystem“ trotz seiner raffinierten Sicherungseinrichtungen einmal versagt? Reichen dann die Vorkehrungen aus, um das heraus-sprudelnde Öl aufzufangen, weiteres Ausbreiten auf die umliegenden Gebiete zu stoppen? Die NWO meint: ja. Ölwehr-Depots entlang der 378 km langen Erdölpipeline sollen für die örtlichen Feuerwehren die erforderlichen Spezialmittel zur Ölbekämpfung bereithalten. Alle 40 bis 50 km werden demnächst solche Stationen errichtet. Auf diese Weise hofft man ausreichend gewappnet zu sein, um bei einem erneuten Rohrbruch eine Ölkatastrophe großen Ausmaßes, wie sie bei Ochtrup durch das Zusammen-treffen glücklicher Umstände gerade noch abgewendet werden konnte, zu verhindern.

Denn über eines muß man sich klar sein: Zumindest solange noch die alten Rohre der Pipeline benutzt werden, ist ein weiterer Unfall nicht

gänzlich auszuschließen. „Letzte Sicherheit“, so ein Sprecher der Ölleitungsgesellschaft, „kann nicht gewährleistet werden.“



Einsatzleiter Spohn (rechts): Zum Glück kannte die Feuerwehr die schwachen Stellen der Anlage.

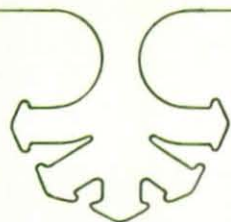


Zusätzliche Sicherungsmaßnahmen sollen verhindern, daß sich die Ölkatastrophe noch einmal wiederholt.

Künftig strenge Kontrollen

Künftig wird jedes Rohr schon bei der Fertigung strengen Kontrollen unterzogen, die bisher nur stichproben-artig durchgeführt wurden. Die NWO hat nach dem letzten Unglück alle Rohre der Leitung durch einen Hochdrucktest prüfen lassen. Um ganz sicher zu gehen, haben die Arbeits- und Sozialministerien von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen der Gesellschaft die Auflage erteilt, das Öl vorerst nur mit einem Druck von maximal 30 Atmosphären

(früher 60 atü) durch die Pipeline zu pumpen. An der vor 15 Jahren gebauten und damit ältesten Ölleitung der Bundesrepublik hat es bis heute drei schwere Ölunfälle gegeben: 1964 im Emsland, 1966 bei Dinslaken und 1972 bei Ochtrup. Hoffentlich reichen die Vorkehrungen aus, um das vierte Unglück an dieser wichtigen Transportader, durch die rund ein Viertel des in die Bundesrepublik eingeführten Öls fließt, zu verhindern.



Presseschau des Inlands

Viel Geld für Wasserversorgung

Insgesamt 244 Mio DM gibt das Land Nordrhein-Westfalen für die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung aus. Der hohe Anteil der Anschlüsse an die öffentliche Wasserversorgung — 95 Prozent —, kommt nicht zuletzt durch eine hohe Anschlußquote im Industriegebiet des Landes zustande. Hier sind es 98 Prozent.

In den ländlichen Bereichen Nordrhein-Westfalens sind erheblich geringere Bevölkerungsteile an die Trinkwassernetze angeschlossen. In Münster z. B. sind es 75 Prozent, in den Kreisen Tecklenburg und Borken nur 52 Prozent der Bevölkerung. Jährlich sollen aus den Trinkwassernetzen 70 000 Einwohner neu versorgt werden. Hierbei spielt natürlich der Bau von Trinkwassersperrn eine wesentliche Rolle.

39,7 Prozent der Bevölkerung waren Ende 1972 an mechanisch-biologische Kläranlagen angeschlossen. Diese Zahl hat sich bis Ende 1973 auf 43 Prozent gesteigert.

1974/75 sollen für den Anschluß weiterer 27 Prozent der Einwohner biologische Kläranlagen gebaut, bzw. bereits bestehende mechanische Anlagen um einen biologischen Teil erweitert werden. Dafür sind 191 Mio DM vorgesehen; 53 Mio DM werden für die Trinkwasserversorgung ausgegeben.

(Landtag intern, Düsseldorf)

Selbstschutz wieder gefragt?

Das überraschende Aufflammen des Krieges im Nahen Osten mit all seinen Folgeerscheinungen im politischen und wirtschaftlichen Bereich scheint den Gedanken an Selbstschutzmöglichkeiten bei vielen Bürgern wieder aktiviert zu haben. Die Selbstkritik, wie es wohl um den eigenen Schutz bestellt sein könnte, wenn es uns selbst beträfe, veranlaßt sie, sich um eine gezielte Ausbildung zu bemühen.

Der Bundesverband für den Selbstschutz registrierte, wie auch die Baden-Badener Dienststelle mitteilte, in letzter Zeit ein ungewöhnlich starkes Interesse an Selbstschutz-Lehrgängen. Trotz der starken Beanspruchung der Lehrkräfte auf höherer Ebene wurden in den Schulen wieder Sonderlehrgänge durchgeführt. Beteiligt waren drei neunte Klassen der Hauptschule in Steinbach, vier Klassen der Realschule, zwei Klassen der Theodor-Heuss-Schule und jeweils eine neunte Klasse der Hauptschule Oos, der Knabenschule und der Klosterschule Lichtental. Insgesamt 334 Schülerinnen und Schüler wurden diesmal unterrichtet. Für das kommende Jahr hat die Dienststelle im Hinblick auf das starke Interesse zahlreiche Ausbildungsvorhaben im Bereich des betrieblichen und behördlichen Katastrophenschutzes geplant.

(Badische Neueste Nachrichten, Karlsruhe)

Perfekte Luftschutzorganisation

In der DDR wird der Luftschutz als ein Teil der „Maßnahmen der Gesamtverteidigung“ betrachtet. Die für den Luftschutz verantwortlichen Funktionäre werden demzufolge, neben der obligatorischen Parteilernen, einer gezielten militärischen Ausbildung unterworfen.

Organisatorisch untersteht der Luftschutz in der DDR als eigene Verwaltung wie in der Bundesrepublik dem Innenminister.

Auf dem Dienstplan des sechsmonatigen Standard-Lehrganges für hauptamtliche Luftschutzfunktionäre sind von etwa 850 Ausbildungsstunden 214 Stunden für die militärische Ausbildung und 162 Stunden für die Politische Schulung angesetzt. Heute ist die Luftschutzorganisation in der DDR inzwischen so perfekt, daß auch das kleinste Dorf seinen eigenen Beauftragten für den Zivilschutz hat.

Nach § 6 des Verteidigungsgesetzes der DDR vom 20. 9. 1961 besteht die gesetzliche Möglichkeit, Männer und Frauen gleichermaßen zum Luftschutzdienst heranzuziehen. Ost-Berlin verfügt über kasernierte Luftschutzeinheiten, die, in Bataillonstärke gegliedert, 10 000 Mann umfassen. Sie sind uniformiert. Eine zentrale Luftschutzschule ist in Bahrendorf eingerichtet worden; zusätzlich hat jeder Bezirk eine eigene Bezirks-Luftschutzschule.

(Schweinfurter Volkszeitung)

UdSSR erhöht Erdölförderung

Die Sowjetunion versucht, in Anbetracht der durch die Haltung der arabischen Staaten verursachten Energiekrise, durch die Steigerung der eigenen Erdölherzeugung, die Versorgung im eigenen Lande und in den Staaten des Warschauer Paktes sicherzustellen. Die politischen Partner der Sowjetunion — Polen, DDR, Tschechoslowakei und Ungarn — erhalten ihre Lieferungen über eine von diesen Staaten gemeinsam mit der UdSSR erbaute Pipeline.

Im Jahr 1973 wurden in der UdSSR allein in den ersten neun Monaten über sechs Prozent mehr Erdöl gefördert als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Für das Jahr 1973 wird dies eine Mehrförderung von mehr als 30 Millionen Tonnen Erdöl bedeuten. In mehr als der Hälfte des über 11 Millionen Quadratkilometer großen Territoriums der UdSSR werden Gebiete vermutet, in denen Erdöl und Erdgas in solchen Mengen vorhanden sind, daß sich eine Ausbeutung lohnt. Der laufende Fünfjahresplan in der UdSSR sieht vor, daß im Jahre 1975 rund 500 Millionen Tonnen Erdöl gefördert werden sollen. Zwei Drittel des Zuwachses der Erdölförderung in der UdSSR entfallen auf die reichen Erdölgebiete Westsibiriens. Im Gesamtaufkommen liegt Westsibirien im Tagesschnitt der Förderung bereits jetzt auf Platz 1; das dort geförderte Öl macht ein Viertel des in der UdSSR geförderten Erdöls aus.

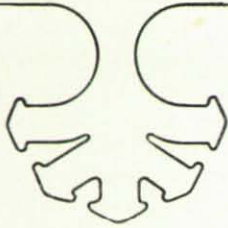
(Wehr und Wirtschaft, München)

Den Sowjet-Vorsprung einholen

Hinter der Bezeichnung MX verbirgt sich ein Plan der USA, nach welchem der sowjetische Vorsprung bei der Fernraketen-Rüstung aufgeholt werden soll. Die Rüstungsexperten fordern den Aufbau eines trilateralen Raketen-systems, welches vom Lande her, in der Luft und zu Wasser gleichermaßen wirksam eingesetzt werden kann.

Es werden bereits Trägheits-Navigations-Systeme, Feststoff-Antriebssysteme und neuartige Fernlenk-Verfahren entwickelt, damit möglichst rasch eine Testreihe der neuen Raketen-systeme erreicht werden kann. Die neuen Raketen sollen nuklearsicher untergebracht und erst unmittelbar vor ihrem Einsatz auf mobile Rampen verladen werden.

(Politik und Wirtschaft, Bonn)



Presseschau des Auslands

VII. Weltkonferenz für Zivilschutz



In der Zeit vom 13. bis zum 16. Februar 1974 findet in Caracas/Venezuela die VII. Weltkonferenz für Zivilschutz statt. Ausgerichtet wird die Veranstaltung von der Internationalen Zivilverteidigung, Genf, in Zusammenarbeit mit der Comisión de Defensa Civil unter der Schirmherrschaft der venezuelischen Regierung. Durch die Einladung an Länder aller fünf Kontinente zur Weltkonferenz soll den Verantwortlichen und den Sachverständigen die Gelegenheit gegeben werden, ihre Erfahrungen und Kenntnisse über den Zivilschutz auszutauschen und gemeinsam zu neuen Lösungen zu kommen, die der Verhütung von Katastrophen, dem Schutz vor ihnen und den besonderen Einsätzen in einem Katastrophenfall dienen sollen.

Es ist kein Land vor Katastrophen sicher, die Entwicklungsländer aber sind in dieser Hinsicht besonders verwundbar und öfter als andere Staaten der Schauplatz von Naturkatastrophen. Die Arbeit der Konferenz wird sich auf folgende Punkte konzentrieren:

1. Organisation des Zivilschutzes, speziell in den Entwicklungsländern;
2. Technische Rettungsmittel;
3. Massenbehandlung von Verletzten;
4. Regionalhilfe im Katastrophenfall, insbesondere in Lateinamerika.

Die Arbeitssprachen der Konferenz sind Englisch, Französisch und Spanisch.

(Genf, Nr. 219)

Die Belastung der Gemeinden

Schweizerischer Bund für Zivilschutz

Presse- und Informationsdienst

Es gibt in der Schweiz Kantone und Gemeinden, die auf dem Gebiete des Zivilschutzes immer wieder über die hohen Kosten klagen und die durch Bundesgesetz vorgeschriebenen Maßnahmen nur sehr zögernd realisieren.

Eine Zusammenstellung läßt jedoch erkennen, daß diese Kosten bei etwas gutem Willen und Verständnis für den Schutz der anvertrauten Bevölkerung durchaus tragbar sind. Zudem ist der Bund an ihnen mit erheblichen Subventionen beteiligt.

Die totalen Kosten der Gesamtverteidigung beliefen sich im Jahre 1972 auf 2 425,8 Mio Franken; darin betragen die Anteile für den Zivilschutz 209,3 Mio Franken und für die wirtschaftliche Kriegsvorsorge 18,7 Mio Franken.

In diesem Zusammenhang sind auch die Zahlen von Interesse, die im Durchschnitt die Belastung der 149 zivilschutzpflichtigen Gemeinden des Kantons Bern aufzeigen. Im Jahre 1967 betrug die Belastung dieser Gemeinden für den Zivilschutz 2,2 %, im Jahre 1968 2,6 %.

Im Jahre 1970 sank der Durchschnitt auf 2,25 %. Es ist hier deutlich ersichtlich, daß die Ausgaben für den Zivilschutz der Gemeinden eine verhältnismäßig geringe Belastung darstellen und durchaus tragbar sind. (Bern, Nr. 23/1973)

So rosig ist die Lage nicht



In der letzten Broschüre der „ausgewählten Statistiken“, die in den USA herausgegeben wurden, sind sehr detaillierte Informationen über die Schutzräume in den USA enthalten. Sie machen rund 75 % des Gesamtumfanges dieser Broschüre aus.

Es könnte nun aus dieser Tatsache der Schluß gezogen werden, daß in den USA der Schutzraumbau besonderen Vorrang hat. Wenn man zudem liest,

daß in den USA für 206 207 000 Menschen 215 723 000 Schutzraumplätze zur Verfügung stehen, könnte man sich sehr beruhigt fühlen. Besonders gut liegen die Dinge in New York, wo es doppelt so viele Schutzraumplätze gibt, wie Menschen in der Stadt leben.

Aber man sollte doch einmal klarstellen, daß die Lage keinesfalls wirklich so rosig ist. In Mississippi beispielsweise gibt es pro Einwohner weniger als 1/4 Schutzplatz, zudem sind die Schutzplätze schlecht verteilt; eine Tatsache, die auch für New York gilt. Wichtig wäre zudem der Hinweis, daß sich diese Statistik auf „fall-out-Schutzräume“ bezieht, die doch nur von zweifelhaftem Nutzen sind. Dies deshalb, weil diese Schutzräume in dichtbesiedelten Stadtteilen liegen, also dort, wo die hauptsächlichsten Auswirkungen eines atomaren Angriffes zu befürchten sind.

(Starke/Florida, Mai/Juni 1973)

Speicherung von Sonnen-Energie

SOWJETUNION

ILLUSTRIERTE MONATSSCHRIFT

Forschungen über die Sammlung und Akkumulierung von Sonnen-Energie werden von usbekischen Wissenschaftlern erfolgreich betrieben. Ihnen ist es gelungen, nachzuweisen, daß Salzwasserbecken zukunfts-trächtige Anlagen für die Akkumulation von Sonnen-Energie sein können. Die Becken werden mit Salzlaugeschichten unterschiedlicher Konzentration gefüllt. Je tiefer die Schicht, umso dichter die Lösung. Am dichtesten und schwersten ist die unterste Schicht, die sich auch am stärksten erwärmen läßt. Ihre Wassertemperatur erreicht 90 bis 95 Grad Celsius; trennt man die Schicht mittels durchsichtiger Folien von den darüberliegenden Schichten ab, so steigt die Temperatur um weitere 5 Grad an.

Die Salzlaugebecken speichern die Sonnen-Energie viele Monate lang. Man kann die gespeicherte Energie zur Beheizung von Gebäuden und zu Haushaltszwecken nutzen. Mit Kältemaschinen gekoppelt, kann man mittels der solaren Salzlaugeanlagen sogar Eis erzeugen.

(Moskau, Nr. 276)



ZEITSCHRIFTEN SCHAU

Wehrmedizinische Monatsschrift
München, Heft 10/1973

Antibiotika bei der Erstversorgung

Das Fachblatt veröffentlicht in Folgen vier Referate von Sachverständigen, die diese vor den Mitgliedern der Ausschüsse des Wissenschaftlichen Beirates für das Sanitäts- und Gesundheitswesen beim BMV gehalten haben.

In der ersten Veröffentlichung kommt Prof. Dr. med. Reiner Thomssen, der Direktor des Hygiene-Instituts der Universität Göttingen, zu Wort. Sein Referat befaßt sich mit der Frage, ob bereits bei der ersten ärztlichen Versorgung — also gegebenenfalls auch bei der Ersten Hilfe — bei den Verletzten oder Verwundeten mit der Infektionsprophylaxe durch Antibiotika begonnen werden soll. Gleichzeitig untersucht der Referent auch die Voraussetzungen, die bei einer solchen Behandlung gegeben sein müssen. Die Erfahrungswerte, deren sich Thomssen bedient, fußen auf Untersuchungen aus dem ersten und dem zweiten Weltkriege, aus dem Koreakriege und den Kämpfen in Vietnam. Bei großen Katastrophen und Unfällen liegen heute infolge der gegebenen technologischen Veränderungen die Größenordnungen der Massenverletzungen sicher ähnlich. Für den im Katastropheneinsatz tätig werdenden Mediziner sind die veröffentlichten Fakten somit auf jeden Fall von größtem Interesse.

Strazack
Warschau, Nr. 24/1972

Polnische Selbstschutz- Formationen

Der Kampf um das Überleben des polnischen Volkes und die Überwindung der Folgen eines möglichen

Einsatzes von Massenvernichtungsmitteln durch einen potentiellen Gegner sind die Hauptanliegen des polnischen Zivilschutzes. Die Feuerwehr-Fachzeitschrift „Strazack“, die in Warschau erscheint, gibt einen Überblick über die Organisation und die gesetzliche Grundlage der polnischen Zivilschutz-Formationen. Die gesetzliche Grundlage ist durch das Gesetz über die Allgemeine Verteidigungspflicht in der Volksrepublik Polen gegeben, welches am 21. 11. 1967 in Kraft gesetzt wurde. Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz sind im Monitor Polski Nr. 5, Pos. 28, im Dziennik Ustaw Nr. 23, Pos. 214 und in den Verordnungen des Verteidigungsministeriums enthalten. Von Interesse dürfte die Aufzählung der verschiedenen Selbstschutz-Formationen und ihre organisatorische Gliederung sein. Die Unterstellungsverhältnisse und die Zuständigkeiten in der Verantwortlichkeit durch die übergeordneten Regierungsorgane sind ebenfalls angegeben, wobei sich zeigt, daß einige organisatorische Maßnahmen nur in Übereinstimmung mit den Chefs der jeweiligen militärischen Kreisstäbe getroffen werden können. Es steht fest, daß die Organisation des polnischen Selbstschutzes bis in die unteren Betriebsabteilungen hinein festgelegt ist.

Survive
Starke/Florida, Nr. 9/10 1973

Warum nicht auch Druckschutzräume?

Mit dem Anliegen, durch den Ausbau bereits bestehender „fall-out-Schutzräume“ zusätzliche Möglichkeiten eines besseren Schutzes auch gegen Atomexplosionen zu schaffen, befaßt sich G. A. Christy vom Oak Ridge Laboratorium in Tennessee. Seine Untersuchungen haben ergeben, daß es zumindest bei einem Teil der bekannten Anlagen möglich wäre, durch kurzfristige Überbelegung und zusätzliche Versorgungsmaßnahmen einen vollwertigen Schutz gegen Druck zu schaffen. Die Berechnungen des Verfassers zielen darauf hin, daß es möglich sein könne, durch bestimmte Maßnahmen in den nächsten 10 Jahren 10 Millionen Schutzplätze nach dem gebräuchlichen Zivilschutzstandard — oder sogar 25 Millionen Schutzplätze, wenn man das kurzfristige Überbelegungsprinzip

zugrunde legt — zu schaffen. Christy übt Kritik an Regierungsstellen, die, obwohl sie über eigene Bau-Budgets verfügen, Gebäude, die für den Ausbau von öffentlichen Schutzräumen geeignet wären, keinesfalls auch mit Schutzräumen versehen. Er schlägt drei verschiedene Programme vor, nach denen hier Abhilfe geschaffen werden könnte. Dies alles zunächst noch ohne Berücksichtigung der sich bei Privatbauten ergebenden Möglichkeiten.

Sivilt Beredskap
Oslo, Nr. 1/1973

Neue Form von Bereitschaftsübungen

In Norwegen ist der Regierungspräsident zuständig für alle Fragen der regionalen Bereitschaft. Damit dieser nun mit allen Möglichkeiten zur Lösung der Aufgaben, die in einem Kriegs- oder Spannungsfall auf ihn zukommen, vertraut wird, wurde ein neues System von Übungen eingeführt.

Diese sogenannten „Gemeindewehr-Übungen“ vermitteln dem Regierungspräsidenten selbst und den ihm unterstellten Stellen wirklichkeitsnahe Überlegungen und Planungen. Auf Anordnung der zentralen Behörden werden beispielsweise die Regierungspräsidenten übungsmäßig in einem Schreiben davon unterrichtet, daß das „Zentrale Amt für zivile Bereitschaft den Auftrag erhalten hat, die Möglichkeiten zur Bewerbstellung und Durchführung einer Reihe von Spezialprojekten mit Bereitschaftscharakter zu untersuchen.“ Danach folgt die Mitteilung darüber, welches Projekt innerhalb des betroffenen Regierungsbezirkes einbezogen wird.

Der Beitrag in der norwegischen Fachzeitschrift beschreibt den Ablauf einer solchen Übung in aller Ausführlichkeit und zieht die Konsequenzen aus dem Ablauf einer solchen Übung.

Entscheidende Bedeutung kommt der Tatsache zu, daß bei einer solchen Übung die Bereitschaftsprobleme örtlich geklärt werden. Diese Probleme gehen in alle Einzelheiten des täglichen Lebens hinein und befassen sich gezielt auch mit dem Komplex der Evakuierung.

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Rationeller Einsatz

Es gibt jetzt einen Sackkarren, der sich mit einigen Handgriffen in wenigen Sekunden zu einem Magazinhandwagen umwandeln läßt, oder der für besonders sperrige und schwere Gegenstände einen ausklappbaren Stützausleger hat. Dieses Gerät ist mit seinen Einsatzmöglichkeiten nicht nur rationell, sondern auch bequem in der Handhabung. Bei Verwendung als Gepäck-



oder Sackkarren mit Stützausleger liegt das Gewicht auf den Rädern und nicht in der Hand der Bedienungs-person. Arbeitsstellung = Ruhe-stellung, ein weiterer Vorteil, wenn man das Gerät kurz abstellen muß. Eine stabile Stahlrohrkonstruktion gewährleistet eine Nutzlast bis zu 250 kg. Für leichtes Fahren sorgen gängige Spezialkunststoffräder mit Vollgummiprofil.

H. F.

Zur Rettung verunglückter Taucher

Beim Tauchen begibt sich der Mensch in eine für ihn unphysiologische Umwelt. Neben dem Versagen der Technik gibt es darum für den Taucher viele Gefahren aus den

verschiedensten Ursachen, wie z. B. den Druckdifferenzen, die beim Ab- und Auftauchen entstehen, der physikalischen und chemischen Wirkung der Atemgase unter erhöhtem Umgebungsdruck u. a. m. Schon seit Jahren benutzt man daher Druckkammern für die Dekompression von Tauchern. Waren es anfangs nur Einmannkammern, kamen alsbald begehbare Mehrmannkammern hinzu, die es vor allen Dingen erlaubten, dem erkrankten Taucher einen Betreuer beizugeben. Bei den Einmannkammern hat sich der starre Typ durchgesetzt, vor allen Dingen in der sog. „Huckepack“-Ausführung mit autonomer Gasversorgung und Bajonettflansch für den druckdichten Anschluß an eine große Behandlungskammer. Die hier abgebildete Einmann-Taucher-Druckkammer, die gerade bei einer Rettungsübung an einem Hubschrauber angebracht wird, kann auch mit Booten oder Lastwagen zum Einsatzort gebracht werden.

Diese kompakte und leichte Druckkammer (2,20 m lang und ca. 120 kg schwer) wurde von einem Lübecker Werk speziell zum Transportieren von verunglückten oder erkrankten Tauchern zur ersten ärztlichen Hilfe



oder zur Weiterbehandlung in stationären Druckkammern entwickelt. Sie ist u. a. mit einer lungenautomatischen Sauerstoff-Atemanlage und einer Wechselsprechanlage ausgerüstet.

H. F.

Neuer netzunabhängiger Alpha-Beta-Kontaminationsmonitor

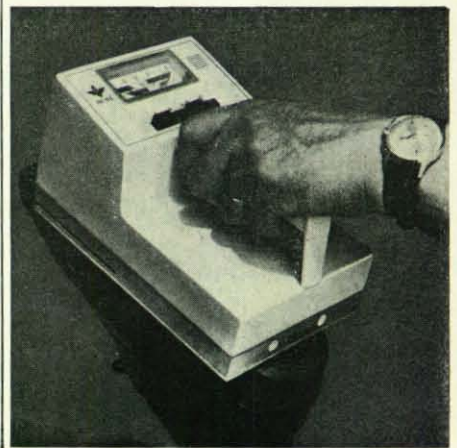
Das tragbare Strahlenschutzmeßgerät für Einhandbedienung dient zu schnellen Kontaminationsmessungen an Arbeitsoberflächen, Kleidung, Schuhen und Körperteilen sowie zu Messungen fester und flüssiger radioaktiver Proben.

Besondere Vorteile sind die Unabhängigkeit von zentraler Zählgas- und Stromversorgung, leichte Bedienbarkeit, schnelle Inbetriebnahme und das geringe Gewicht von ca. 1,5 kg. Zum Nachfüllen des Zählgases dient eine handelsübliche Butangaspatrone, die bei Alpha-Messung 4, bei Alpha- + Beta-Messung 8 Stunden Betriebsdauer bietet.

Zur Bedienung sind nur wenige Schaltvorgänge mit daumenbetätigten Drucktasten notwendig. Eine akustische Einzelimpulsanzeige erleichtert das Aufspüren von geringen Kontaminationen. Bei steigender Impulsrate ertönt ein Warnsignal. Die Strom- und Spannungsversorgung geschieht mit 3 eingebauten aufladbaren Akkus mit

8 Stunden oder 5 Batterien mit 30 Stunden Betriebsdauer. Das Gerät hat einen quasilogarithmischen Meßbereich von 0... 10⁵ Imp/min.

Das Endfensterzählrohr an der Geräteunterseite mit einer großen Meßfläche von 9,4 x 16,6 cm = 156 cm² bietet höchste Nachweisempfindlichkeit selbst bei niederenergetischer Strahlung und großflächigen Kontaminationen.





neue BÜCHER

Humanitäres Völkerrecht – humanitäre Aktion

Von Otto Kimminich
Chr. Kaiser Verlag, München
DM 10,80

Das humanitäre Völkerrecht ist wenig älter als 100 Jahre. Neben dem „Haager Recht“, das die Mittel der Kriegführung begrenzen will, umfaßt es die Regeln für die Erhaltung des Lebens und der Menschenwürde in Kriegszeiten. Dieses „Genfer Recht“, dessen Kern heute die vier Genfer Konventionen von 1949 bilden, soll vor allem die kampfunfähigen Soldaten und die nicht an Feindseligkeiten teilnehmenden Zivilpersonen schützen. Der Autor liefert eine juristische Darstellung und Interpretation des humanitären Völkerrechts und erörtert die jüngsten Bestrebungen zu einer Ergänzung der Genfer Konventionen. Er will mit seiner Studie dazu beitragen, das humanitäre Völkerrecht auf eine neue Grundlage zu stellen und es dabei von den Ketten zu befreien, die es an das Kriegsrecht binden. Seine Formel: Umformung des Völkerrechts von einem Recht der Staaten zu einem Recht der Menschheit. Im ersten Teil des Buches wird das bestehende Recht auf seine historischen und rechtstheoretischen Grundlegungen hin überprüft. Der zweite Teil behandelt die humanitären Aktivitäten der Staaten, internationalen und supranationalen Organisationen und — besonders eingehend dargestellt — des Internationalen Roten Kreuzes. Gerade im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz über einen Ausbau der Genfer Konventionen bietet das Buch eine gute Orientierungshilfe.

Signale der Persönlichkeit

Von Max Lüscher
Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart
DM 24,—

Eine Wissenschaft, die heute fast jeden angeht — insbesondere aber

wohl alle, die in der Öffentlichkeitsarbeit stehen —, wird in diesem Buch mit Witz und Charme präsentiert. Man wird sich möglicherweise durchschaut, aber kaum verletzt fühlen, wenn das Rollenverhalten der Menschen hier in einem neuen Licht aufgezeigt wird.

Den anderen besser erkennen zu können, heißt ja sicher auch, besser auf den anderen eingehen zu können. Und dies ist doch in vielen Lebensbereichen unter Umständen von entscheidender Bedeutung.

Die von Lüscher beschriebenen Verhaltensweisen, Zeichen und Mittel, mit denen ein Mensch — meist unbewußt — zu erkennen gibt, als welche Art von Persönlichkeit er eingeschätzt werden möchte, sind ein Schlüssel für den Umgang mit Mitmenschen. Zumal dann, wenn beabsichtigt ist, durch ein Eingehen auf die Person des anderen, diesen zu bestimmten Reaktionen oder Tätigkeiten, zum Mitgehen, zu veranlassen.

Wenn in so netter Form „die Wahrheit“ gesagt wird, d. h. ein unechtes Rollenverhalten aufgedeckt wird, wird ein Weg zur inneren Freiheit geöffnet.

Sand gegen den Wind

Von Barbara Tuchmann
Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart
DM 38,—

Ein Buch, welches Klarheit in die Konfusion und Undurchsichtigkeit der amerikanischen Chinapolitik der ersten Jahrhunderthälfte — 1911—1945 — bringt. Thema des Buches ist die Beziehung Amerikas zu China — und im weiteren Sinne — zu Asien überhaupt. Schlüsselfigur ist General Stilwells, an dessen Laufbahn das Buch diese Entwicklung projiziert. Gewissermaßen vor dem chinesischen Hintergrund weist die Laufbahn Stilwells in konzentrierter Form die wesentlichen Merkmale des amerikanischen Verhältnisses zu China auf. Die Verfasserin hat im Jahre 1972 für dieses Buch ihren zweiten Pulitzer-Preis erhalten.

Für den am Verhältnis USA — China interessierten Leser wird mit dem Inhalt des Buches eine Lücke im Wissen um die historischen Beziehungen zwischen beiden Staaten geschlossen. Man sollte sich allerdings davor hüten, aus der Schilderung über einen Tiefpunkt in der Geschichte Chinas und seiner — damaligen — militärischen Führung Schlußfolgerungen zu ziehen, die dem Land

und seinem Volke — in der Gesamtheit gesehen — Unrecht tun. Die Verfasserin bedauert selbst, daß die echten Lebenswerte nicht in angemessener Weise hervortreten und negative Aspekte in den Vordergrund rücken. Wichtig bleibt jedoch der historische Ablauf, der durch einen umfangreichen Quellennachweis untermauert wird.

Der Jahrtausendmensch

Von Robert Jungk
Verlagsgruppe Bertelsmann, Gütersloh
DM 29,80

Der so gelobte naturwissenschaftlich-technische Fortschritt ist in eine Krise geraten, die sich bis zum Jahre 2000 noch weiter vertiefen wird. Die Entwicklung, die einer Katastrophe zusteuert — und darin stimmen alle Prognosen überein — wird nur von Menschen gemeistert werden können, die, an unseren gegenwärtigen Maßstäben gemessen, gewissermaßen als neue, veränderte Menschen angesehen werden müssen.

Welche Anforderungen aber an diesen Menschen der Zukunft gestellt werden, das wird von Jungk nicht etwa in utopischer Form dargestellt, sondern so gezeichnet, daß man heute bereits die Ansätze zu dieser Veränderung sehen kann — wenn man sehen will. Das Buch berichtet über eine erst im Anlauf befindliche, unterschwellige Phase der menschlichen Entwicklung, in der letztlich auch neue Gesellschaftsformen sichtbar werden.

Mit einer Fülle von Beispielen aus aller Welt stellt Jungk Versuche zur Konstruktion und Rekonstruktion menschlichen Lebens vor. Versuche, die sicher noch nicht von jedermann in ihrer grundlegenden Bedeutung erkannt werden.

Empfehlenswerte Hand- und Taschenbücher

Feuerwehrkalender 1974

Verlag W. Kohlhammer GmbH,
Stuttgart

Erscheint in 7 Landesausgaben:
Baden-Württemberg, Hamburg/
Schleswig-Holstein, Hessen, Nieder-
sachsen/Berlin/Bremen, Nordrhein-
Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland.
Einzelpreis DM 4,50; bei Abnahme
größerer Mengen Nachlässe bis zu
25 %.